

# STAATSANZEIGER

HESSEN



FÜR DAS LAND HESSEN

2022

Montag, 20. Juni 2022

Nr. 25

|   | Seite |  | Seite |
|---|-------|--|-------|
| <b>Hessisches Ministerium der Finanzen</b>  |       | Co. KG, Trebur; Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG . . . . .  | 740   |
| Personalkostentabellen für die Kostenberechnungen in der Verwaltung . . . . .   | 706   | Anerkennung der Thorsten Reiher Familienstiftung, Sitz Eschborn, als rechtsfähige Familienstiftung des bürgerlichen Rechts . . . . .   | 740   |
| <b>Hessisches Ministerium der Justiz</b>  |       | Anerkennung der Familienstiftung Kahili V/XXII, Sitz Eschborn, als rechtsfähige Familienstiftung des bürgerlichen Rechts . . . . .   | 741   |
| Bekanntmachung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung . . . . .   | 708   | Aufhebung der Preller-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main . . . . .   | 741   |
| <b>Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen</b>   |       | GIESSEN  |       |
| Vordrucke für die Erfüllungserklärung nach § 92 des Gebäudeenergiegesetzes . . . . .  | 730   | Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung und Erweiterung der Konrad-Adenauer-Brücke und grundhafte Erneuerung der L 3020 Heuchelheimer Straße/Gabelsbergerstraße in der Universitätsstadt Gießen inklusive trassennahen landchaftspflegerischen Kompensationsmaßnahmen sowie einer Ökokontomaßnahme in Gießen-Rödgen; Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG . . . . . | 741   |
| <b>Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz</b>   |       | Vorhaben der Firma Liqvis GmbH, Huttropstraße 60 in 45138 Essen; Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG . . . . .   | 741   |
| Erklärung zum Naturpark . . . . .   | 733   | KASSEL   |       |
| Wasserrechtliche Anerkennungen nach der Hessischen Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) . . . . .   | 736   | Gemeinsame Bekanntmachung der Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel; Genehmigung einer Entgeltliste für die unschädliche Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und Erzeugnissen in den Kalenderjahren 2022 bis 2024 . . . . .   | 742   |
| <b>Hessisches Ministerium für Soziales und Integration</b>  |       | Vorhaben der Windenergiepark Höringhausen GmbH, Hauptstraße 2-4, 77704 Oberkirch; Bekanntmachung über die Erteilung einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz . . . . .   | 743   |
| Laufende Leistungen zum Unterhalt (§ 39 SGB VIII) für Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) (Pflegegeld-erlass) . . . . .  | 736   | Abwassereinleitung durch die Firma Plukon Gudensberg GmbH in den Goldbach; Bekanntmachung über die Erteilung einer   |       |
| <b>Regierungspräsidien</b>  |       | wasserrechtlichen Erlaubnis nach dem Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit der Verordnung zur Regelung des Verfahrens bei Zulassung und Überwachung industrieller Abwasserbehandlungsanlagen und Gewässerbenutzungen . . . . .   | 744   |
| DARMSTADT   |       | Vorhaben der eno energy GmbH, 01097 Dresden (Windpark Netra IV); Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG . . . . .   | 745   |
| Vorhaben der Equinix (Germany) GmbH, Rebstöcker Straße 33, 60326 Frankfurt am Main; Bekanntmachung über die Erteilung einer Genehmigung nach § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes . . . . . | 737   | Vorhaben der terranets bw GmbH, Theodor-Stern-Kai 1, 60596 Frankfurt am Main; Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG . . . . .  | 745   |
| Vorhaben der HIM GmbH: Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Lagerung von Abfällen in Großkrotzenburg . . . . .   | 739   | Erlöschen der „Kulturstiftung Klosterkirche Nordshausen“ mit Sitz in Kassel . . . . .  | 746   |
| Quarzkies- und -sandtagebau „Kiebertsee“ der Dyckerhoff Kieswerk Trebur GmbH &  |       | Genehmigung der Änderung und Neufassung der Stiftungsverfassung der Stiftung „Diakonie in Edermünde“ mit Sitz in Edermünde . . . . .   | 746   |
|   |       | <b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . .   | 747   |
|   |       | <b>Andere Behörden und Körperschaften</b>  |       |
|   |       | Regionalverband FrankfurtRheinMain, Frankfurt am Main; Änderung des Regionalplanes Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplanes 2010 . . . . .   | 748   |
|   |       | Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main; Änderung der Satzung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale . . . . .  | 748   |
|   |       | Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel; Tagesordnung für die 6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses . . . . .   | 748   |
|   |       | Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel; Tagesordnung für die gemeinsame Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales . . . . .  | 749   |
|   |       | Landeswohlfahrtsverband Hessen, Kassel; Tagesordnung für die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales . . . . .   | 749   |
|   |       | <b>Stellenausschreibungen</b> . . . . .  | 750   |

## HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

498

### Personalkostentabellen für die Kostenberechnungen in der Verwaltung

Bezug: Personalkostentabellen für das Jahr 2020 vom 18. Mai 2021 (StAnz. 22/2021 S. 718)

Die Personalkostentabellen für das Jahr 2021 mit Erläuterungen gebe ich hiermit bekannt. Sie wurden aufgrund des Kabinettschlusses vom 14. März 2005 fortgeschrieben.

Wiesbaden, den 2. Juni 2022

Hessisches Ministerium der Finanzen  
O 1066 A – 574 – I 4a

*StAnz. 25/2022 S. 706*

### Erläuterungen zu den Personalkostentabellen für das Jahr 2021

1. Die Tabellen weisen die durchschnittlichen Personalkosten des Landes Hessen – ohne und mit Arbeitsplatzkosten – getrennt für Beamtinnen und Beamte, sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus. Die Zahlen beruhen auf den am 1. Dezember 2021 gültigen tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen. Abweichungen gegenüber den Tarifen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände bleiben unberücksichtigt. Die Kostenwerte für jede Besoldungs- und Entgeltgruppe sind für ein Jahr, einen Monat, einen Tag und eine Stunde angegeben. Die Jahres-, Monats- und Tagesbeträge sind auf volle Euro, die Stundenbeträge auf eine Stelle hinter dem Komma auf-/beziehungsweise abgerundet.

Die Monatswerte wurden ermittelt, indem die Jahreswerte durch die Zahl der Monate (12) geteilt worden sind.

Für die Ermittlung der Tageswerte wurden die Jahreswerte durch die lt. den vom Bund zuletzt ermittelten zu leistenden Soll-Jahresarbeitsstage in Höhe von 199,02 dividiert. Ausfallzeiten, wie dienstfreie Wochenenden, Feiertage, Urlaub und so weiter sind in den Soll-Jahresarbeitsstagen nicht enthalten. Die Werte berücksichtigen somit neben den Kosten für die tatsächlich geleistete Arbeitszeit auch die Kosten für die Ausfalltage.

Die so errechneten Kosten pro Tag wurden für die Beamtinnen und Beamten durch 8 (40-Stunden-Woche), 8,2 (41-Stunden-Woche), 8,4 (42-Stunden-Woche) dividiert. Des Weiteren wurden jeweils die durchschnittlichen Stundensätze für die gemittelte Wochenarbeitszeit angegeben. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden die Kosten durch 8 (40-Stunden-Woche) und durch 7,7 (38,5-Stunden-Woche) dividiert.

Wegen der unterschiedlichen Stufenzuordnung können in einigen Fällen die durchschnittlichen Kosten einer Besoldungs- beziehungsweise Entgeltgruppe über dem Durchschnitt der nächsthöheren Gruppe liegen.

2. Die durchschnittlichen Kostenwerte für das Jahr 2021 sind wie folgt ermittelt worden:

#### 2.1 Personalkosten

##### 2.1.1 Beamtinnen und Beamte:

Es wurden die für das Kalenderjahr 2021 ausgezahlten Bezüge zugrunde gelegt. Aus Gründen des Datenschutzes sind die Besoldungsgruppen B 7 und B 8 zusammengefasst worden.

Unter Berücksichtigung der besoldungsrechtlichen Regelungen werden für jede Besoldungsgruppe stufenunabhängige Durchschnittswerte ermittelt. Die durchschnittlichen jährlichen Bezüge umfassen neben den Grundgehältern und Familienzuschlägen, Zulagen, Zuschläge, vermögenswirksame Leistungen (ohne Arbeitnehmer-Sparzulage) und sonstige Aufwendungen, die Sonderzahlung nach dem Hessischen Sonderzahlungsgesetz, darin enthalten der monatliche Grundbetrag, der Sonderbetrag für Kinder sowie der jährliche Festbetrag (früher Urlaubsgeld). Nicht enthalten ist das Kindergeld, das vom Bund gezahlt wird.

Die Versorgungsbezüge einschließlich Beihilfen werden durch einen Zuschlag in Höhe von 48 Prozent des Jahresdurchschnittswerts der jeweiligen Besoldungsgruppe eingerechnet. Der Zuschlagssatz entspricht dem nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelten Versorgungsaufwand (einschließlich Beihilfen) zu den gezahlten Bezügen in Prozent.

Die Personalnebenkosten wurden in Höhe von jeweils 314 Euro berücksichtigt. Hierzu gehören insbesondere Fahrt-, Umzugskosten und Trennungsgelder sowie Fortbildungskosten. Dieser Wert wurde ermittelt, indem die Gesamtaufwendungen des Jahres 2021 durch die Anzahl der Vollzeitäquivalente im Monat Dezember 2021 dividiert wurde.

##### 2.1.2 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Es wurden die für das Kalenderjahr 2021 ausgezahlten Bezüge zugrunde gelegt.

Unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen Regelungen werden für jede Entgeltgruppe stufenunabhängige Durchschnittswerte ermittelt. Die durchschnittlichen jährlichen Bezüge umfassen neben den Tabellenentgelten die Zulagen, Zuschläge, die Jahressonderzahlung, vermögenswirksame Leistungen (ohne Arbeitnehmer-Sparzulage) und sonstige Aufwendungen sowie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Umlagen zur Zusatzversorgung. Nicht enthalten ist das Kindergeld, das vom Bund gezahlt wird.

Der so errechnete Jahresdurchschnittswert erhöht sich – wie bei den Beamtinnen und Beamten – um Personalnebenkosten in Höhe von 314 Euro.

##### 2.2 Arbeitsplatzkosten

Zur Berücksichtigung der durchschnittlichen Arbeitsplatzkosten eines Büroarbeitsplatzes wird den Personalkosten nach 2.1 ein Betrag in Höhe von 16.906 Euro hinzugerechnet. Der Betrag wurde ermittelt, indem für repräsentative Buchungskreise, die standardmäßig nur über Büroarbeitsplätze verfügen, die diesbezüglichen Gesamtaufwendungen des Jahres 2021 durch die Anzahl der Vollzeitäquivalente zum Stichtag Dezember 2021 dividiert wurde. Zu den Arbeitsplatzkosten gehören insbesondere Kosten der Arbeitsräume, der Büroausstattung einschließlich IT-Ausstattung sowie Bürobedarf.

##### 2.3 Indirekte Kosten

Als Abgeltung so genannter indirekter Kosten (Kosten der Leitung, Aufsichtsbehörden und allgemeine Dienste) ist ein Zuschlagssatz in Höhe von 15 Prozent auf die Personalkosten nach 2.1 hinzugerechnet worden. Dieser Prozentsatz beruht auf einer Empfehlung des Arbeitskreises der Kostenrechtsreferentinnen und -referenten von Bund und Ländern.

**Durchschnittliche Personalkosten in der Hessischen Landesverwaltung im Jahre 2021**

**Beamtinnen und Beamte**

| Besoldungsgruppe/<br>Laufbahngruppe | Pro Jahr       |                | Pro Monat     |               | Pro Tag    |            | Pro Stunde           |             |                      |             |                      |             |                    |             |
|-------------------------------------|----------------|----------------|---------------|---------------|------------|------------|----------------------|-------------|----------------------|-------------|----------------------|-------------|--------------------|-------------|
|                                     | ohne<br>AK     | mit<br>AK      | ohne<br>AK    | mit<br>AK     | ohne<br>AK | mit<br>AK  | 40 Stunden/<br>Woche |             | 41 Stunden/<br>Woche |             | 42 Stunden/<br>Woche |             | im<br>Durchschnitt |             |
|                                     |                |                |               |               |            |            | ohne<br>AK           | mit<br>AK   | ohne<br>AK           | mit<br>AK   | ohne<br>AK           | mit<br>AK   | ohne<br>AK         | mit<br>AK   |
| 1                                   | 2              | 3              | 4             | 5             | 6          | 7          | 8                    | 9           | 10                   | 11          | 12                   | 13          | 14                 | 15          |
| A 5                                 | 56.725         | 73.631         | 4.727         | 6.136         | 285        | 370        | 35,6                 | 46,2        | 34,8                 | 45,1        | 33,9                 | 44,0        | 34,5               | 44,8        |
| A 6                                 | 57.101         | 74.007         | 4.758         | 6.167         | 287        | 372        | 35,9                 | 46,5        | 35,0                 | 45,3        | 34,2                 | 44,3        | 34,8               | 45,1        |
| A 7                                 | 63.360         | 80.266         | 5.280         | 6.689         | 318        | 403        | 39,8                 | 50,4        | 38,8                 | 49,2        | 37,9                 | 48,0        | 38,6               | 48,9        |
| A 8                                 | 73.093         | 89.999         | 6.091         | 7.500         | 367        | 452        | 45,9                 | 56,5        | 44,8                 | 55,1        | 43,7                 | 53,8        | 44,5               | 54,8        |
| A 9 m.D.                            | 81.389         | 98.295         | 6.782         | 8.191         | 409        | 494        | 51,1                 | 61,7        | 49,9                 | 60,2        | 48,7                 | 58,8        | 49,6               | 59,9        |
| A 10 m.D.                           | 93.038         | 109.944        | 7.753         | 9.162         | 467        | 552        | 58,4                 | 69,1        | 57,0                 | 67,4        | 55,7                 | 65,8        | 56,7               | 66,9        |
| <b>Summe mittlerer<br/>Dienst</b>   | <b>73.687</b>  | <b>90.593</b>  | <b>6.141</b>  | <b>7.549</b>  | <b>370</b> | <b>455</b> | <b>46,3</b>          | <b>56,9</b> | <b>45,2</b>          | <b>55,5</b> | <b>44,1</b>          | <b>54,2</b> | <b>44,9</b>        | <b>55,2</b> |
| A 9 g.D.                            | 65.014         | 81.920         | 5.418         | 6.827         | 327        | 412        | 40,8                 | 51,5        | 39,8                 | 50,2        | 38,9                 | 49,0        | 39,6               | 49,9        |
| A 10                                | 84.518         | 101.424        | 7.043         | 8.452         | 425        | 510        | 53,1                 | 63,7        | 51,8                 | 62,1        | 50,6                 | 60,7        | 51,5               | 61,8        |
| A 11                                | 97.365         | 114.271        | 8.114         | 9.523         | 489        | 574        | 61,2                 | 71,8        | 59,7                 | 70,0        | 58,2                 | 68,4        | 59,3               | 69,6        |
| A 12                                | 100.573        | 117.479        | 8.381         | 9.790         | 505        | 590        | 63,2                 | 73,8        | 61,6                 | 72,0        | 60,2                 | 70,3        | 61,2               | 71,5        |
| A 13 g.D.                           | 110.556        | 127.462        | 9.213         | 10.622        | 556        | 640        | 69,4                 | 80,1        | 67,7                 | 78,1        | 66,1                 | 76,2        | 67,3               | 77,6        |
| <b>Summe gehobener<br/>Dienst</b>   | <b>97.630</b>  | <b>114.536</b> | <b>8.136</b>  | <b>9.545</b>  | <b>491</b> | <b>576</b> | <b>61,3</b>          | <b>71,9</b> | <b>59,8</b>          | <b>70,2</b> | <b>58,4</b>          | <b>68,5</b> | <b>59,4</b>        | <b>69,7</b> |
| A 13 h.D.                           | 108.590        | 125.496        | 9.049         | 10.458        | 546        | 631        | 68,2                 | 78,8        | 66,5                 | 76,9        | 65,0                 | 75,1        | 66,1               | 76,4        |
| A 14                                | 125.524        | 142.430        | 10.460        | 11.869        | 631        | 716        | 78,8                 | 89,5        | 76,9                 | 87,3        | 75,1                 | 85,2        | 76,4               | 86,7        |
| A 15                                | 144.448        | 161.354        | 12.037        | 13.446        | 726        | 811        | 90,7                 | 101,3       | 88,5                 | 98,9        | 86,4                 | 96,5        | 88,0               | 98,3        |
| A 16                                | 161.529        | 178.435        | 13.461        | 14.870        | 812        | 897        | 101,5                | 112,1       | 99,0                 | 109,3       | 96,6                 | 106,7       | 98,4               | 108,7       |
| B 2                                 | 171.246        | 188.152        | 14.271        | 15.679        | 860        | 945        | 107,6                | 118,2       | 104,9                | 115,3       | 102,4                | 112,5       | 104,3              | 114,6       |
| B 3                                 | 181.102        | 198.008        | 15.092        | 16.501        | 910        | 995        | 113,7                | 124,4       | 111,0                | 121,3       | 108,3                | 118,4       | 110,3              | 120,6       |
| B 4                                 | 191.538        | 208.444        | 15.962        | 17.370        | 962        | 1.047      | 120,3                | 130,9       | 117,4                | 127,7       | 114,6                | 124,7       | 116,6              | 126,9       |
| B 5                                 | 200.400        | 217.306        | 16.700        | 18.109        | 1.007      | 1.092      | 125,9                | 136,5       | 122,8                | 133,2       | 119,9                | 130,0       | 122,0              | 132,3       |
| B 6                                 | 215.050        | 231.956        | 17.921        | 19.330        | 1.081      | 1.165      | 135,1                | 145,7       | 131,8                | 142,1       | 128,6                | 138,7       | 130,9              | 141,2       |
| B 7/B 8                             | 225.475        | 242.381        | 18.790        | 20.198        | 1.133      | 1.218      | 141,6                | 152,2       | 138,2                | 148,5       | 134,9                | 145,0       | 137,3              | 147,6       |
| B 9                                 | 270.111        | 287.017        | 22.509        | 23.918        | 1.357      | 1.442      | 169,7                | 180,3       | 165,5                | 175,9       | 161,6                | 171,7       | 164,5              | 174,8       |
| <b>Summe höherer<br/>Dienst</b>     | <b>121.832</b> | <b>138.738</b> | <b>10.153</b> | <b>11.562</b> | <b>612</b> | <b>697</b> | <b>76,5</b>          | <b>87,1</b> | <b>74,7</b>          | <b>85,0</b> | <b>72,9</b>          | <b>83,0</b> | <b>74,2</b>        | <b>84,5</b> |

**Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

| Entgeltgruppe<br>TV-H | Pro Jahr   |           | Pro Monat  |           | Pro Tag    |           | Pro Stunde         |           | Pro Stunde       |           |
|-----------------------|------------|-----------|------------|-----------|------------|-----------|--------------------|-----------|------------------|-----------|
|                       | ohne<br>AK | mit<br>AK | ohne<br>AK | mit<br>AK | ohne<br>AK | mit<br>AK | 38,5 Stunden/Woche |           | 40 Stunden/Woche |           |
|                       |            |           |            |           |            |           | ohne<br>AK         | mit<br>AK | ohne<br>AK       | mit<br>AK |
| 1                     | 2          | 3         | 4          | 5         | 6          | 7         | 8                  | 9         | 10               | 11        |
| E 1                   | 40.518     | 57.424    | 3.376      | 4.785     | 204        | 289       | 26,4               | 37,5      | 25,4             | 36,1      |
| E 2                   | 53.603     | 70.509    | 4.467      | 5.876     | 269        | 354       | 35,0               | 46,0      | 33,7             | 44,3      |
| E 2 Ü                 | 57.526     | 74.432    | 4.794      | 6.203     | 289        | 374       | 37,5               | 48,6      | 36,1             | 46,7      |
| S 2                   | 56.316     | 73.222    | 4.693      | 6.102     | 283        | 368       | 36,7               | 47,8      | 35,4             | 46,0      |
| E 3                   | 53.997     | 70.903    | 4.500      | 5.909     | 271        | 356       | 35,2               | 46,3      | 33,9             | 44,5      |
| E 4                   | 52.737     | 69.643    | 4.395      | 5.804     | 265        | 350       | 34,4               | 45,4      | 33,1             | 43,7      |
| S 3                   | 57.836     | 74.742    | 4.820      | 6.228     | 291        | 376       | 37,7               | 48,8      | 36,3             | 46,9      |
| E 5                   | 59.970     | 76.876    | 4.998      | 6.406     | 301        | 386       | 39,1               | 50,2      | 37,7             | 48,3      |
| S 4                   | 67.515     | 84.421    | 5.626      | 7.035     | 339        | 424       | 44,1               | 55,1      | 42,4             | 53,0      |
| E 6                   | 60.299     | 77.205    | 5.025      | 6.434     | 303        | 388       | 39,3               | 50,4      | 37,9             | 48,5      |
| E 7                   | 68.465     | 85.371    | 5.705      | 7.114     | 344        | 429       | 44,7               | 55,7      | 43,0             | 53,6      |
| E 8                   | 66.206     | 83.112    | 5.517      | 6.926     | 333        | 418       | 43,2               | 54,2      | 41,6             | 52,2      |
| S 8 A                 | 78.339     | 95.245    | 6.528      | 7.937     | 394        | 479       | 51,1               | 62,2      | 49,2             | 59,8      |

| Entgeltgruppe<br>TV-H | Pro Jahr      |               | Pro Monat    |              | Pro Tag    |            | Pro Stunde         |             | Pro Stunde       |             |
|-----------------------|---------------|---------------|--------------|--------------|------------|------------|--------------------|-------------|------------------|-------------|
|                       | ohne AK       | mit AK        | ohne AK      | mit AK       | ohne AK    | mit AK     | 38,5 Stunden/Woche |             | 40 Stunden/Woche |             |
|                       |               |               |              |              |            |            | ohne AK            | mit AK      | ohne AK          | mit AK      |
| 1                     | 2             | 3             | 4            | 5            | 6          | 7          | 8                  | 9           | 10               | 11          |
| S 8 B                 | 72.511        | 89.417        | 6.043        | 7.451        | 364        | 449        | 47,3               | 58,3        | 45,5             | 56,2        |
| E 9 A                 | 72.516        | 89.422        | 6.043        | 7.452        | 364        | 449        | 47,3               | 58,4        | 45,5             | 56,2        |
| E 9 B                 | 74.575        | 91.481        | 6.215        | 7.623        | 375        | 460        | 48,7               | 59,7        | 46,8             | 57,5        |
| S 11 B                | 84.189        | 101.095       | 7.016        | 8.425        | 423        | 508        | 54,9               | 66,0        | 52,9             | 63,5        |
| S 12                  | 76.802        | 93.708        | 6.400        | 7.809        | 386        | 471        | 50,1               | 61,1        | 48,2             | 58,9        |
| E 10                  | 77.048        | 93.954        | 6.421        | 7.830        | 387        | 472        | 50,3               | 61,3        | 48,4             | 59,0        |
| S 15                  | 76.029        | 92.935        | 6.336        | 7.745        | 382        | 467        | 49,6               | 60,6        | 47,8             | 58,4        |
| E 11                  | 84.129        | 101.035       | 7.011        | 8.420        | 423        | 508        | 54,9               | 65,9        | 52,8             | 63,5        |
| S 17                  | 88.715        | 105.621       | 7.393        | 8.802        | 446        | 531        | 57,9               | 68,9        | 55,7             | 66,3        |
| E 12                  | 95.802        | 112.708       | 7.983        | 9.392        | 481        | 566        | 62,5               | 73,5        | 60,2             | 70,8        |
| E 13                  | 91.284        | 108.190       | 7.607        | 9.016        | 459        | 544        | 59,6               | 70,6        | 57,3             | 68,0        |
| E 13 Ü                | 116.255       | 133.161       | 9.688        | 11.097       | 584        | 669        | 75,9               | 86,9        | 73,0             | 83,6        |
| E 14                  | 108.559       | 125.465       | 9.047        | 10.455       | 545        | 630        | 70,8               | 81,9        | 68,2             | 78,8        |
| E 15                  | 122.494       | 139.400       | 10.208       | 11.617       | 615        | 700        | 79,9               | 91,0        | 76,9             | 87,6        |
| E 15 Ü                | 150.612       | 167.518       | 12.551       | 13.960       | 757        | 842        | 98,3               | 109,3       | 94,6             | 105,2       |
| <b>Summe</b>          | <b>73.218</b> | <b>90.124</b> | <b>6.101</b> | <b>7.510</b> | <b>368</b> | <b>453</b> | <b>47,8</b>        | <b>58,8</b> | <b>46,0</b>      | <b>56,6</b> |

## HESSISCHES MINISTERIUM DER JUSTIZ

499

### Bekanntmachung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Gemäß dem durch die Hessische Ministerin der Justiz am 20. Juli 2021 erklärten Beitritt, der durch das Gesetz über den Beitritt des Landes Hessen zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 9. Dezember 2021 (GVBl. S. 895) ratifiziert wurde, in Verbindung mit Art. 8 Abs. 4 Satz 3, Art. 9 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 Satz 2 des Staatsvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, wird die nachstehende Bekanntmachung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, gesetzlich vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer, veröffentlicht.

Wiesbaden, den 2. Juni 2022

**Hessisches Ministerium der Justiz**  
1030/377

*StAnz. 25/2022 S. 708*

### Bekanntmachung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, gesetzlich vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer, gibt hiermit gemäß Art. 8 Abs. 4 Satz 3, Art. 9 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 Satz 2 des Staatsvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechts-

anwalts- und Steuerberaterversorgung, dem das Land Hessen beigetreten ist (Gesetz vom 9. Dezember 2021, GVBl. Hessen Nr. 54 S. 895), die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrags im Land Hessen geltende Fassung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 6. Dezember 1996, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 22. November 2021 bekannt:

#### Inhaltsübersicht

##### Abschnitt I: AUFBAU DER RECHTSANWALTS- UND STEUERBERATERVERSORGUNG

- § 1 Aufgabe, Rechtsform, Sitz
- § 2 Selbstverwaltung und Satzung
- § 3 Aufsicht
- § 4 Organe
- § 5 Der Verwaltungsrat
- § 6 Aufgaben des Verwaltungsrats
- § 7 Geschäftsgang des Verwaltungsrats
- § 8 Der Verwaltungsausschuss
- § 9 Aufgaben des Verwaltungsausschusses
- § 10 Die Versorgungskammer
- § 11 Der Kammerrat
- § 12 Aufbringung und Verwendung der Mittel; versicherungstechnischer Geschäftsplan
- § 13 Wirtschaftsplanung
- § 14 Rechnungslegung, Geschäftsjahr

##### Abschnitt II: MITGLIEDSCHAFT

- § 15 Pflichtmitgliedschaft
- § 16 Befreiung von der Mitgliedschaft
- § 17 Freiwillige Mitgliedschaft

Abschnitt III:  
VERSORGUNGSABGABEN

- § 18 Beitragspflicht
- § 19 Höhe der Beiträge
- § 20 Ermäßigter Beitrag
- § 21 Nachweis des beitragspflichtigen Einkommens; vorläufige Beitragsfestsetzung
- § 22 Fälligkeit und Tilgung der Beiträge und Nebenforderungen
- § 23 Freiwillige Mehrzahlungen
- § 24 Nachversicherung
- § 25 Rechtsverhältnisse nach Ende der Mitgliedschaft
- § 26 Überleitung von Beiträgen

Abschnitt IV:  
LEISTUNGEN

- § 27 Versorgungsleistungen
- § 28 Anspruch auf Altersruhegeld
- § 29 Anspruch auf Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit
- § 30 Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld
- § 31 Ansprüche aus aufrechterhaltener Anwartschaft
- § 32 Höhe der Anwartschaften, des Altersruhegelds und des vorgezogenen Altersruhegelds
- § 33 Höhe des Ruhegelds bei Berufsunfähigkeit
- § 34 (aufgehoben)
- § 35 Sterbegeld
- § 36 Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge (Witwen-, Witwer- und Waisengeld)
- § 37 Abfindung des Anspruchs auf Witwen- und Witwergeld
- § 38 Freiwillige Leistungen
- § 39 Auszahlung der Versorgungsleistungen
- § 39a Rückforderung von Geldleistungen
- § 40 Versorgungsausgleich bei Ehescheidung

Abschnitt V:  
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- § 41 Auskunftspflichten
- § 42 Verwaltungsakte der Versorgungsanstalt; Kosten und Gebühren
- § 43 Übertragung, Verpfändung, Aufrechnung
- § 44 Forderungsübertragung
- § 45 Verjährung
- § 46 Vollstreckung

Abschnitt VI:  
ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN; INKRAFTTRETEN

- § 47 Regelungen für den Anfangsbestand (Rechtsanwälte)
- § 47a Regelungen für den Anfangsbestand (Steuerberater und Steuerbevollmächtigte)
- § 47b Regelungen für den Anfangsbestand (Patentanwälte)
- § 47c Regelungen für den Anfangsbestand anderer berufsständischer Versorgungseinrichtungen für Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Patentanwälte
- § 47d Übergangsregelung zu § 15
- § 47e Übergangsregelung zu § 16
- § 47f Übergangsregelung zu § 17
- § 48 Übergangsregelung zu § 20
- § 48a (aufgehoben)
- § 48b Übergangsregelung zu §§ 28, 32
- § 48c Übergangsregelung zu § 29
- § 49 Übergangsregelung zu § 30
- § 49a Übergangsregelung zu § 31
- § 50 Übergangsregelung zu § 32
- § 51 Übergangsregelung zu § 33
- § 51a Übergangsregelung zu § 34
- § 51b Übergangsregelung zu § 35
- § 51c Übergangsregelung zu § 36
- § 52 Übergangsregelung zu § 38
- § 52a Übergangsregelung zu § 40
- § 52b Übergangsregelung zu § 47b
- § 53 Inkrafttreten

Tabellen zur Berechnung des Ruhgelds

**ABSCHNITT I  
AUFBAU DER RECHTSANWALTS- UND  
STEUERBERATERVERSORGUNG**

**§ 1  
Aufgabe, Rechtsform, Sitz**

(1) <sup>1</sup>Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ist nach dem Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) vom 16. Juni 2008 in der jeweils geltenden Fassung die berufsständische Versorgungseinrichtung der Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten und Patentanwälte in Bayern. <sup>2</sup>Sie hat die Aufgabe, ihre Mitglieder und deren Hinterbliebene nach den Bestimmungen dieser Satzung zu versorgen.

(2) Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in München.

**§ 2  
Selbstverwaltung und Satzung**

(1) <sup>1</sup>Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung (Versorgungsanstalt) hat das Recht zur Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. <sup>2</sup>Sie regelt ihre Angelegenheiten durch Satzung.

(2) <sup>1</sup>Die vom Verwaltungsrat beschlossene Satzung und ihre Änderungen werden nach der aufsichtlichen Genehmigung vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats ausgefertigt und im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht. <sup>2</sup>Sie treten am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft, wenn nicht ein anderer Zeitpunkt bestimmt wird.

(3) Satzungsänderungen gelten, soweit nichts anderes bestimmt wird, auch für bestehende Mitgliedschafts- und Versorgungsverhältnisse sowie für Anwartschaftsberechtigungen aus früherer Mitgliedschaft.

**§ 3  
Aufsicht**

Das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration führt die Rechts- und Versicherungsaufsicht über die Versorgungsanstalt.

**§ 4  
Organe**

Organe der Versorgungsanstalt sind der Verwaltungsrat und die Bayerische Versorgungskammer (Versorgungskammer).

**§ 5  
Der Verwaltungsrat**

(1) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat besteht aus 25 Mitgliedern; davon gehören neun Mitglieder der Rechtsanwaltskammer München an, fünf Mitglieder der Rechtsanwaltskammer Nürnberg, vier Mitglieder der Rechtsanwaltskammer Bamberg, drei Mitglieder der Steuerberaterkammer München, drei Mitglieder der Steuerberaterkammer Nürnberg und ein Mitglied der Patentanwaltskammer. <sup>2</sup>Selbstständige und angestellte Mitglieder der Versorgungsanstalt sollen jeweils angemessen vertreten sein. <sup>3</sup>Für jede der von den Berufskammern gestellten Gruppen von Verwaltungsratsmitgliedern werden Stellvertreter berufen, deren Anzahl jeweils der nach oben gerundeten Hälfte der nach den Sätzen 1 und 2 zu entscheidenden Verwaltungsratsmitglieder entspricht; jeweils werden mindestens drei Stellvertreter berufen. <sup>4</sup>Bei der Berufung wird eine Reihenfolge der Stellvertretung bindend festgelegt. <sup>5</sup>Satz 2 gilt für die Stellvertreter entsprechend mit der Maßgabe, dass die Reihenfolge der Stellvertretung auch für Gruppierungen im Sinn dieser Bestimmung festgelegt werden kann. <sup>6</sup>Die Mitglieder des Verwaltungsrats und ihre Stellvertreter müssen der Versorgungsanstalt angehören.

(2) <sup>1</sup>Die Mitglieder des Verwaltungsrats und ihre Stellvertreter in ihrer Reihung werden auf Vorschlag der Vorstände der Berufskammern durch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration für jeweils vier Geschäftsjahre berufen. <sup>2</sup>Der Verwaltungsrat nimmt seine Aufgaben über den Ablauf seiner Amtszeit hinaus bis zu seiner Neubildung, längstens zwölf Monate, wahr.

(3) <sup>1</sup>Ein Mitglied des Verwaltungsrats oder ein Stellvertreter wird durch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration abberufen, wenn seine Zugehörigkeit zur Versorgungsanstalt endet. <sup>2</sup>Der Vorstand der zuständigen Berufskammer kann die Abberufung verlangen, wenn die Kammerzugehörigkeit eines Mitglieds oder eines Stellvertreters oder die Zugehörigkeit zu einer Gruppe nach Absatz 1 Satz 2 endet, für welche die Berufung erfolgte. <sup>3</sup>Im Falle einer Abberufung rücken für den Rest der Amtsdauer des Verwaltungsrats die Stellvertreter in der festgelegten Reihenfolge nach. <sup>4</sup>Für die aufgrund des Nachrückens unbesetzte

Stelle erfolgt für die restliche Amtsdauer eine Nachberufung nur dann, wenn ohne sie die Vertretung nicht mehr auf Dauer gewährleistet wäre. <sup>5</sup>Bei Verhinderung eines Mitglieds des Verwaltungsrats tritt ein Stellvertreter nach der festgelegten Reihenfolge an seine Stelle.

(4) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden sowie dessen ersten und zweiten Stellvertreter; sie sollen jeweils verschiedenen Berufskammern angehören.

(5) Die Mitglieder des Verwaltungsrats und ihre Stellvertreter erhalten Ersatz der notwendigen Auslagen und eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Beschlüsse des Verwaltungsrats.

### **§ 6 Aufgaben des Verwaltungsrats**

(1) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat ist das Beschlussorgan der Versorgungsanstalt. <sup>2</sup>Er bestimmt die Richtlinien der Versorgungspolitik und beschließt nach Maßgabe des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen und der Satzung insbesondere über

1. die Satzung und deren Änderungen,
2. den Lagebericht und den Jahresabschluss sowie die Entlastung der Geschäftsführung,
3. die Wirtschaftsplanung,
4. die Anpassung von Versorgungsanrechten,
5. den Abschluss von Überleitungsabkommen,
6. die Zugehörigkeit zu Verbänden,
7. die Bestellung des Verantwortlichen Aktuars.

(2) Der Verwaltungsrat kann Richtlinien aufstellen

1. zur Anlage des Anstaltsvermögens,
2. für satzungsgemäß vorgesehene freiwillige Leistungen,
3. für Entscheidungen in Härtefällen.

(3) Folgende Maßnahmen der Geschäftsführung sind an eine Zustimmung des Verwaltungsrats gebunden:

1. Erwerb, Bebauung und Veräußerung von Grundstücken sowie Erwerb und Veräußerung von grundstücksgleichen Rechten und von Mehrheitsbeteiligungen an Unternehmen, deren alleiniger Zweck der Erwerb, die Bebauung und Verwaltung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten ist,
2. Aufnahme langfristiger Darlehen,
3. Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs in der am 1. Februar 2018 geltenden Fassung.

(4) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. <sup>2</sup>Er beschließt ferner über

1. die Besetzung des Verwaltungsausschusses, die Bildung weiterer Ausschüsse für besondere Aufgaben und über Geschäftsordnungen für die Ausschüsse,
2. die Aufwandsentschädigung und den Ersatz notwendiger Auslagen nach § 5 Abs. 5.

(5) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung der Versorgungskammer, insbesondere auch die Ausführung seiner Beschlüsse. <sup>2</sup>Er kann

1. Sondergutachten des Verantwortlichen Aktuars verlangen,
2. zusätzliche Schwerpunkte bei der Abschlussprüfung festlegen,
3. im Rahmen der Abschlussprüfung die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überprüfen lassen,
4. den Abschlussprüfer beauftragen, in seinem Bericht darzustellen
  - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Versorgungsanstalt,
  - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und
  - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrags,
5. Erörterungen des Prüfungsberichts mit dem Abschlussprüfer und mögliche Ergänzungen der Prüfung und des Berichts verlangen sowie
6. einzelne seiner Mitglieder ermächtigen, Einsicht in die Geschäftsunterlagen der Versorgungsanstalt zu nehmen.

### **§ 7 Geschäftsgang des Verwaltungsrats**

(1) <sup>1</sup>Der Vorsitzende lädt zu den Sitzungen ein und leitet sie. <sup>2</sup>Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen. <sup>3</sup>Die Versorgungskammer bereitet im Auftrag des Verwaltungsrats die Sitzungen vor; die Ta-

gesordnung ist im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden festzulegen. <sup>4</sup>Die Versorgungskammer nimmt an den Sitzungen teil; sie kann Anträge stellen und zu allen Tagesordnungspunkten Stellung nehmen.

(2) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat ist mindestens einmal jährlich einzuberufen. <sup>2</sup>Er ist außerdem innerhalb einer angemessenen Frist einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder oder die Versorgungskammer dies schriftlich unter Angabe des zu behandelnden Gegenstandes verlangen.

(3) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder schriftlich, im Verhinderungsfall ihre Stellvertreter, eingeladen wurden und mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten anwesend sind. <sup>2</sup>Er beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten. <sup>3</sup>In den Fällen des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 und 4 bedarf es der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Stimmberechtigten. <sup>4</sup>Für Wahlen gilt Art. 92 Abs. 1 und 2 des BayVwVfG in seiner jeweiligen Fassung; die Geschäftsordnung kann ergänzende Bestimmungen treffen.

(4) <sup>1</sup>Eine Abstimmung im schriftlichen Verfahren kann entweder durch den Vorsitzenden oder durch die Versorgungskammer herbeigeführt werden. <sup>2</sup>Die Abstimmung im schriftlichen Verfahren unterbleibt, wenn dies mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten oder die Versorgungskammer beantragen, es sei denn, der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung die schriftliche Abstimmung beschlossen.

### **§ 8 Der Verwaltungsausschuss**

(1) Der Verwaltungsrat wählt für die Dauer seiner Amtsperiode aus seiner Mitte einen Verwaltungsausschuss und gibt ihm eine Geschäftsordnung.

(2) <sup>1</sup>Der Verwaltungsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern; davon gehören zwei Mitglieder der Rechtsanwaltskammer München und je ein Mitglied den anderen Berufskammern an. <sup>2</sup>§ 5 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt. <sup>4</sup>Mit dem Ausscheiden aus dem Verwaltungsrat endet auch die Mitgliedschaft im Verwaltungsausschuss.

(3) § 5 Abs. 2 Satz 2, Absatz 3 Sätze 3 bis 5, Absatz 4 und Absatz 5 sowie § 7 Abs. 1 Sätze 1, 3 und 4, Absatz 2, Absatz 3 Sätze 1, 2 und 4 sowie Absatz 4 gelten mit der Maßgabe entsprechend, dass beim Ausscheiden eines Mitglieds oder Stellvertreters für den Rest der Amtsperiode in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats eine Nachwahl durchzuführen ist.

### **§ 9 Aufgaben des Verwaltungsausschusses**

(1) <sup>1</sup>Der Verwaltungsausschuss berät die Entscheidungen des Verwaltungsrats vor. <sup>2</sup>Er kann Beschlussempfehlungen aussprechen.

(2) Der Verwaltungsausschuss nimmt anstelle des Verwaltungsrats die in § 6 Abs. 3 Nrn. 1 und 3 genannten Befugnisse wahr.

(3) <sup>1</sup>Der Verwaltungsausschuss unterstützt den Verwaltungsrat bei der Überwachung der Geschäftsführung der Versorgungskammer. <sup>2</sup>Ihm obliegt insbesondere die Vorprüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. <sup>3</sup>§ 6 Abs. 5 Satz 2 Nr. 6 gilt entsprechend.

### **§ 10 Die Versorgungskammer**

Die Versorgungskammer führt als gemeinsames Geschäftsführungsorgan der bei ihr bestehenden Versorgungsanstalten nach Art. 6 VersoG die Geschäfte der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich.

### **§ 11 Der Kammerrat**

(1) <sup>1</sup>Bei der Versorgungskammer besteht nach Art. 8 VersoG ein Kammerrat. <sup>2</sup>Für die Versorgungsanstalt ist ein aus der Mitte des Verwaltungsrats gewählter Vertreter Mitglied des Kammerrats; der Vertreter erhält einen oder mehrere Stellvertreter. <sup>3</sup>Der Verwaltungsrat kann den Vertreter oder einen Stellvertreter abberufen, wenn dessen Mitgliedschaft im Verwaltungsrat endet.

(2) <sup>1</sup>Der Kammerrat wirkt nach Maßgabe von Art. 8 Abs. 2 VersoG in folgenden gemeinsamen Geschäftsführungsangelegenheiten der von der Versorgungskammer verwalteten Versorgungsanstalten beratend mit:

1. Änderungen der Rechtsverordnung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration nach Art. 6 Abs. 3 Satz 6 VersoG über die Einrichtung der Versorgungskammer,
2. Bestellung des Wirtschaftsprüfers,

3. Aufstellung der Wirtschaftsplanung für die gemeinsamen Dienste und von Grundsätzen für die Verteilung der Kosten für die gemeinsamen Dienste,
4. Übernahme der Geschäftsführung oder Verwaltung anderer Versorgungswerke,
5. wichtige Investitionsentscheidungen für die gemeinsamen Dienste,
6. Aufstellung von Grundsätzen zur Personalbewirtschaftung und Entwicklung von Personalkonzepten, insbesondere zur Vergütung,
7. Aufstellung des Stellenplans nach Art. 6 Abs. 7 VersoG.

<sup>2</sup>Der Kammerrat kann Empfehlungen aussprechen.

#### § 12

##### **Aufbringung und Verwendung der Mittel; versicherungstechnischer Geschäftsplan**

(1) <sup>1</sup>Die Mittel der Versorgungsanstalt werden durch Beiträge und freiwillige Mehrzahlungen der Mitglieder sowie durch Erträge aus Kapitalanlagen und sonstige Erträge aufgebracht. <sup>2</sup>Die Mittel und das Vermögen der Versorgungsanstalt dürfen nur zur Erfüllung ihres Versorgungsauftrags verwendet werden. <sup>3</sup>Soweit die Einnahmen eines Geschäftsjahres nicht nach Satz 2 verwendet werden, sind sie den nach allgemeinen Bilanzgrundsätzen sowie nach dem versicherungstechnischen Geschäftsplan zu bildenden Rückstellungen und sonstigen Reserven zuzuführen.

(2) <sup>1</sup>Für die Versorgungsanstalt ist ein versicherungstechnischer Geschäftsplan aufzustellen, der die dauernde Erfüllbarkeit der Versorgungsverpflichtungen sicherstellt. <sup>2</sup>Er bedarf der Genehmigung durch die Versicherungsaufsichtsbehörde.

(3) Die Versorgungskammer berichtet dem Verwaltungsrat jährlich über die versicherungstechnische Lage.

(4) Für die Anlage der Mittel gelten die gesetzlichen Vorschriften, die danach erlassenen Anordnungen der Versicherungsaufsichtsbehörde und der versicherungstechnische Geschäftsplan mit den hierzu abgegebenen geschäftsplanmäßigen Erklärungen.

#### § 13

##### **Wirtschaftsplanung**

(1) Die Versorgungskammer stellt für die Versorgungsanstalt einen Erfolgsplan entsprechend der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen Kostenplan (Wirtschaftsplanung) für das kommende Geschäftsjahr auf; dabei ist die Wirtschaftsplanung für die gemeinsamen Dienste zu berücksichtigen.

(2) Die Wirtschaftsplanung ist Grundlage für die Geschäftsführung der Versorgungsanstalt.

(3) Die Versorgungskammer legt die Wirtschaftsplanung rechtzeitig vor Beginn des neuen Geschäftsjahres dem Verwaltungsrat zur Beschlussfassung vor.

#### § 14

##### **Rechnungslegung, Geschäftsjahr**

(1) <sup>1</sup>Die Versorgungskammer stellt nach den jeweils geltenden Vorschriften zur Rechnungslegung für jedes Geschäftsjahr den Jahresabschluss sowie den Lagebericht auf und legt sie nach Prüfung durch den Abschlussprüfer dem Verwaltungsrat zur Beschlussfassung vor. <sup>2</sup>Der vom Verwaltungsrat festgestellte Jahresabschluss ist nach Maßgabe der Vorschriften zur Rechnungslegung bekannt zu machen.

(2) Die Versorgungskammer gibt unverzüglich nach der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat in geeigneter Weise bekannt, dass jedes Mitglied auf Verlangen ein Exemplar des Jahresabschlusses und des Lageberichts übermittelt erhält.

(3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

#### **Abschnitt II MITGLIEDSCHAFT**

#### § 15

##### **Pflichtmitgliedschaft**

(1) Pflichtmitglieder der Versorgungsanstalt sind alle nicht berufsunfähigen natürlichen Personen, die

1. Mitglieder der Rechtsanwalts- und Steuerberaterkammern in Bayern sind,
2. Mitglieder der Patentanwaltskammer sind und einen Kanzleisitz in Bayern eingerichtet haben.

(2) Von der Pflichtmitgliedschaft ist ausgenommen, wer

1. bei Beginn der Mitgliedschaft in einer Berufskammer in Bayern oder

2. als Patentanwalt bei Einrichtung eines Kanzleisitzes in Bayern oder

3. an dem Tag, an dem eine Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft unwirksam geworden ist,

die Altersgrenze für das obligatorische Altersruhegeld erreicht hat.

(3) <sup>1</sup>Die Pflichtmitgliedschaft beginnt mit dem Tag, an dem ihre Voraussetzungen eingetreten sind. <sup>2</sup>Sie endet mit dem Wegfall ihrer Voraussetzungen oder mit dem Wirksamwerden einer Befreiung. <sup>3</sup>Die Mitgliedschaft endet jedoch nicht mit dem Eintritt des Versorgungsfalls.

#### § 16

##### **Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft**

(1) Von der Pflichtmitgliedschaft wird auf schriftlichen Antrag befreit, wer

1. nach § 5 Abs. 1 SGB VI versicherungsfrei ist;
2. ein öffentliches Amt innehat, ohne in das Beamtenverhältnis berufen zu sein, und aufgrund dieses Amtes gesetzlichen Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung hat;
3. seine anwaltliche Tätigkeit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausübt und von der Kanzleipflicht im Inland befreit ist;
4. als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter sich ausschließlich und auf Dauer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland beruflich betätigt;
5. die Pflichtmitgliedschaft in einer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bestehenden, durch Gesetz angeordneten Versorgungseinrichtung beibehalten oder neu begründen muss;
6. aufgrund staatsvertraglicher Regelung Pflichtmitglied des Versorgungswerks der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen ist; dies gilt nicht, solange Mitgliedschaft in einer Rechtsanwaltskammer im Freistaat Bayern besteht;
7. bei Beginn der Mitgliedschaft in der Versorgungsanstalt Pflichtmitglied einer anderen öffentlich-rechtlichen berufsständischen Versorgungseinrichtung ist und zu dieser Pflichtbeiträge aus seinem gesamten beruflichen Einkommen entrichtet.

(2) <sup>1</sup>Die Befreiung wirkt vom Vorliegen ihrer Voraussetzungen an, wenn der Antrag innerhalb von sechs Monaten gestellt wird, sonst vom Eingang des Antrags an. <sup>2</sup>Mit dem Wegfall ihrer Voraussetzungen entsteht Pflichtmitgliedschaft nach Maßgabe des § 15.

(3) Wer befreit worden ist, hat eine Änderung der für die Befreiung maßgeblichen tatsächlichen Verhältnisse der Versorgungsanstalt unverzüglich anzuzeigen.

#### § 17

##### **Freiwillige Mitgliedschaft**

(1) <sup>1</sup>Eine nicht aufgrund von § 16 beendete Pflichtmitgliedschaft wird auf Antrag als freiwillige Mitgliedschaft fortgesetzt. <sup>2</sup>Der Antrag ist innerhalb von drei Monaten seit Zugang der Mitteilung über das Ende der Pflichtmitgliedschaft zu stellen. <sup>3</sup>Er kann in sinngemäßer Anwendung des Absatzes 4 abgelehnt werden. <sup>4</sup>Die Fortsetzung der Mitgliedschaft ist ausgeschlossen, wenn für das Mitglied im Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag eine Mitgliedschaft bei einer anderen berufsständischen Versorgungseinrichtung besteht.

(2) <sup>1</sup>Für freiwillige Mitglieder gelten die gleichen Rechte und Pflichten wie für Pflichtmitglieder. <sup>2</sup>Eintritt oder Wegfall von Berufsunfähigkeit beurteilt sich jedoch ausschließlich nach der Erwerbsfähigkeit in den rechts- oder steuerberatenden Berufen oder im Beruf des Patentanwalts (§ 29 Abs. 1).

(3) Die freiwillige Mitgliedschaft endet

1. mit Wiedereintritt der Voraussetzungen für die Pflichtmitgliedschaft;
2. durch schriftliche Austrittserklärung des Mitglieds mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Erklärung eingegangen ist;
3. durch Ausschluss aus der Versorgungsanstalt mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Entscheidung über den Ausschluss zugestellt worden ist;
4. durch Begründung einer Mitgliedschaft im Sinn von Absatz 1 Satz 4.

(4) Ein Ausschluss (Absatz 3 Nr. 3) kann verfügt werden, wenn das Mitglied mit der Beitragszahlung im Verzug ist, eine schriftlich bestimmte, angemessene Zahlungsfrist erfolglos abgelaufen ist und dem Mitglied für diesen Fall der Ausschluss angekündigt worden ist.

(5) Änderungen der für die Begründung der freiwilligen Mitgliedschaft maßgeblichen Verhältnisse hat das Mitglied der Versorgungsanstalt unverzüglich anzuzeigen.

### ABSCHNITT III VERSORGUNGSABGABEN

#### § 18 Beitragspflicht

<sup>1</sup>Für die Zeit der Mitgliedschaft sind Beiträge zu entrichten. <sup>2</sup>Beiträge können nicht entrichtet werden

1. nach dem Ende der Mitgliedschaft;
2. nach dem Eintritt des Versorgungsfalls (§§ 28 bis 30);
3. nach Ablauf von fünf Kalenderjahren nach ihrer Fälligkeit.

<sup>3</sup>Satz 2 gilt nicht für Beiträge, die von zur Zahlung verpflichteten Dritten oder aus fortgezahlem beitragspflichtigen Arbeitsentgelt entrichtet werden.

#### § 19 Höhe der Beiträge

(1) <sup>1</sup>Von den Mitgliedern wird ein Beitrag in Höhe eines Beitragsatzes aus dem monatlichen oder täglichen beitragspflichtigen Einkommen erhoben. <sup>2</sup>Das beitragspflichtige Einkommen ist in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zugrunde zu legen, wenn nicht ein niedrigeres Einkommen nachgewiesen wird; Höchstbeitrag ist der Höchstbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung. <sup>3</sup>Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze bestimmen sich nach den für die gesetzliche Rentenversicherung geltenden Vorschriften. <sup>4</sup>Mindestens ist ein Fünftel des Höchstbeitrags zu entrichten (Grundbeitrag).

(2) <sup>1</sup>Beitragspflichtige Einkommen sind

1. die positiven Einkünfte aus selbständiger Arbeit in der Höhe, in der sie der Besteuerung zugrundegelegt worden sind; maßgebend sind die Einkünfte des jeweils vorletzten Kalenderjahres. Für den in § 20 Abs. 1 Satz 1 genannten Zeitraum sind die Einkünfte des ersten Kalenderjahres maßgebend;
2. das entsprechend dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung beitragspflichtige Arbeitsentgelt für Tätigkeiten, auf die sich eine Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Absatz 5 SGB VI erstreckt.

<sup>2</sup>Die Einnahmen von Mitgliedern aus nicht rentenversicherungspflichtigen Organtätigkeiten in berufsrechtlich zulässigen Zusammenschlüssen sind wie Arbeitsentgelt beitragspflichtig; § 20 Abs. 1 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Jedes Mitglied gilt vom Beginn der Mitgliedschaft an als beruflich tätig im Sinn der vorstehenden Bestimmungen. <sup>2</sup>Das Mitglied ist selbständig tätig, sofern es nicht ausschließlich in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt ist. <sup>3</sup>Die monatlichen oder täglichen Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit werden zeitanteilig aus den Jahreseinkünften errechnet.

(4) Als beitragspflichtige Einkommen gelten ferner

1. bei Mitgliedern, die Arbeitslosengeld, Krankengeld, Verletzungsgeld, Pflegeunterstützungsgeld oder Übergangsgeld beziehen, die entsprechend dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung beitragspflichtigen Einnahmen dieses Personenkreises, sofern sie von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI befreit sind;
2. das vom Arbeitgeber der Beitragsentrichtung nach § 14a Abs. 2 des Arbeitsplatzschutzgesetzes zugrunde zu legende Arbeitsentgelt;
3. bei Mitgliedern, die Anspruch auf Beitragsersatzung nach § 14b des Arbeitsplatzschutzgesetzes haben, die entsprechend dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung beitragspflichtigen Einnahmen dieses Personenkreises oder, wenn Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung besteht, ein Betrag in Höhe von 40 v. H. der Beitragsbemessungsgrenze;
4. die von Zahlungspflichtigen im Sinn des § 44 Abs. 2 SGB XI der Beitragsleistung zugrunde zu legenden Einnahmen.

(5) <sup>1</sup>Neben Einkünften im Sinn des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 2 sind nicht auch solche nach Nummer 1 beitragspflichtig. <sup>2</sup>Ist das Mitglied von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht befreit, so sind beitragspflichtig nur die Einkünfte im Sinn des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 1.

#### § 20 Ermäßigter Beitrag

(1) <sup>1</sup>Auf Antrag wird bis zum Ablauf von vier Kalenderjahren wahlweise nach Beginn der Berufszugehörigkeit als Selbständiger oder nach Eröffnung einer eigenen Kanzlei ohne Einkommensnachweis der Grundbeitrag (§ 19 Abs. 1 Satz 4) erhoben, sofern nicht eine Tätigkeit ausgeübt wird, die ohne Befreiung nach § 6

Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Abs. 5 SGB VI in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig wäre. <sup>2</sup>Der Antrag kann nur binnen Monatsfrist nach Abschluss des Festsetzungsverfahrens für den Zeitraum gestellt werden, für den die Ermäßigung gelten soll. <sup>3</sup>Die Ermäßigung wird nur einmal gewährt.

(1a) Der Grundbeitrag (§ 19 Abs. 1 Satz 4) wird von Mitgliedern erhoben, die die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen, wenn sie nicht auf Grund dieser Mitgliedschaft von der Pflichtmitgliedschaft in einer anderen berufsständischen Versorgungseinrichtung befreit sind.

(2) <sup>1</sup>Auf Antrag wird ein Mindestbeitrag in Höhe von einem Achtel des Höchstbeitrags von Mitgliedern erhoben, die

1. als Selbständige auf Antrag in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, wenn die Versicherungspflicht vor Beginn der Mitgliedschaft eingetreten ist;
2. ihren rechts- oder steuerberatenden Beruf im Angestelltenverhältnis ausüben und nicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI von der Versicherungspflicht befreit sind;
3. nach § 16 Abs. 1 von der Mitgliedschaft befreit werden können;
4. zur Vermeidung von Härten von der Kanzleipflicht befreit sind oder ihren Beruf aufgrund gesetzlichen oder gerichtlichen Verbots nicht ausüben;
5. während des der Dauer eines gesetzlichen Beschäftigungsverbots vor der Entbindung entsprechenden Zeitraums nicht erwerbstätig sind;
6. während eines Zeitraums von bis zu drei Jahren nach einer Entbindung wegen Betreuung des Kindes keine oder keine volle Erwerbstätigkeit (§ 1 Abs. 6 BEEG) ausüben; § 33 Abs. 4 Satz 5 gilt entsprechend;
7. wegen Krankheit arbeitsunfähig sind, ohne dass Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit gewährt wird oder eine Beitragsfestsetzung nach § 19 Abs. 4 Nr. 1 erfolgt. Die Ermäßigung wird mit Beginn des fünften Kalendermonats der Arbeitsunfähigkeit wirksam;
8. die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen, wenn eine Erwerbstätigkeit im Inland nicht ausgeübt wird.

<sup>2</sup>In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 4 und 6 besteht Beitragspflicht nach § 19, wenn eine Tätigkeit ausgeübt wird, die ohne Befreiung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Abs. 5 SGB VI in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig wäre.

(3) <sup>1</sup>Auf Antrag wird der Mindestbeitrag in den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nrn. 3 bis 8 auf die Hälfte ermäßigt. <sup>2</sup>In den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nrn. 5 und 6 wird auf Antrag von der Beitragserhebung abgesehen.

#### § 21 Nachweis des beitragspflichtigen Einkommens; vorläufige Beitragsfestsetzung

(1) <sup>1</sup>Das beitragspflichtige Einkommen ergibt sich aus den von der Versorgungsanstalt angeforderten Einkommensangaben. <sup>2</sup>Insbesondere hat das Mitglied auf Verlangen das angegebene Einkommen durch Vorlage des Einkommensteuer- oder Gewinnfeststellungsbescheids oder durch eine Entgeltbescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen. <sup>3</sup>Nachträgliche Berichtigungen der Bescheide oder Bescheinigungen sind vorzulegen.

(2) <sup>1</sup>Solange ein Nachweis nach Absatz 1 nicht vorliegt, werden die Beiträge aufgrund der zuletzt maßgebenden oder der voraussichtlichen Bemessungsgrundlage vorläufig erhoben. <sup>2</sup>Entzieht sich das Mitglied der Mitwirkung bei der Beitragsbestimmung, so wird gemäß § 19 Abs. 1 Satz 2 der Höchstbeitrag festgesetzt, wenn das Mitglied trotz eines Hinweises auf diese Rechtslage binnen angemessener Frist keine ausreichenden Angaben macht.

#### § 22 Fälligkeit und Tilgung der Beiträge und Nebenforderungen

(1) <sup>1</sup>Künftig wiederkehrende Beiträge werden jeweils am Monatsende zur Zahlung fällig. <sup>2</sup>Beitragsnachforderungen oder Beitragsersatzungen für die Vergangenheit werden am Ende des auf die Bekanntgabe des Beitragsbescheids folgenden Kalendermonats fällig.

(2) <sup>1</sup>Werden nicht rechtzeitig entrichtete Beiträge angemahnt, so kann eine Mahngebühr in Höhe von 5 € erhoben werden. <sup>2</sup>Für fällige Beiträge kann ein Säumniszuschlag von bis zu 1 v. H. für jeden angefangenen Kalendermonat erhoben werden.

(3) <sup>1</sup>Beiträge und Nebenforderungen können gestundet werden, wenn die sofortige Einziehung mit erheblichen Härten für das Mitglied verbunden wäre und die Erfüllung der Forderung durch die Stundung nicht gefährdet wird. <sup>2</sup>Die Stundung kann gegen angemessene Verzinsung gewährt werden. <sup>3</sup>§ 32 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

(4) <sup>1</sup>Eingehende Zahlungen werden zunächst auf die Kosten, sodann nacheinander auf die Mahngebühren, Säumniszuschläge und Zinsen und zuletzt auf die Beitragsforderung angerechnet. <sup>2</sup>Innerhalb dieser Reihenfolge wird die jeweils älteste Schuld zuerst getilgt. <sup>3</sup>Für den Fall der Stundung oder der Zwangsvollstreckung kann eine abweichende Tilgungsreihenfolge bestimmt werden. <sup>4</sup>Bis zum Ende der Mitgliedschaft nicht gezahlte Nebenforderungen können nach erfolglosem Ablauf einer dem ehemaligen Mitglied gesetzten angemessenen Zahlungsfrist mit den zuletzt entrichteten Beiträgen oder freiwilligen Mehrzahlungen zu Lasten der Versorgungsanwartschaft verrechnet werden.

### § 23 Freiwillige Mehrzahlungen

- (1) <sup>1</sup>Freiwillige Mehrzahlungen können für jedes begonnene Kalenderjahr der Mitgliedschaft geleistet werden, soweit sie zusammen mit den für dasselbe Kalenderjahr zu entrichtenden Beiträgen den 2,5fachen Betrag des jährlichen Höchstbeitrags nicht überschreiten. <sup>2</sup>Sie sind nach Bestimmung des Mitglieds auf nachträglich erhobene Beiträge für das Kalenderjahr, in dem sie geleistet werden, oder diesem vorausgegangene Zeiträume anzurechnen. <sup>3</sup>Im Übrigen ist eine Anrechnung auf Beiträge nicht zulässig.
- (2) Freiwillige Mehrzahlungen können nicht geleistet werden
1. nach Eintritt von Berufsunfähigkeit,
  2. nach dem Beginn des Altersruhegelds,
  3. für Zeiten des Bezugs von Versorgungsleistungen,
  4. für Zeiten, die dem letzten abgelaufenen Kalenderjahr vorangegangen sind; während der Aufschubzeit (§ 28 Abs. 2) können freiwillige Mehrzahlungen nur für das jeweils laufende Kalenderjahr geleistet werden.

### § 24 Nachversicherung

- (1) <sup>1</sup>Wer nach § 8 Abs. 2 SGB VI nachzuversichern ist, kann nach Maßgabe des § 186 SGB VI beantragen, dass die Beiträge an die Versorgungsanstalt zu zahlen sind. <sup>2</sup>Voraussetzung ist, dass der Nachversichernde bei Aufnahme der versicherungsfreien Beschäftigung das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, wenn er nicht bereits vorher Mitglied der Versorgungsanstalt war. <sup>3</sup>Der Eintritt des Versorgungsfalls steht der Nachversicherung nicht entgegen.
- (2) Das Antragsrecht steht nacheinander auch dem überlebenden Ehegatten oder Lebenspartner nach dem Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG), den Vollwaisen gemeinsam oder dem früheren Ehegatten oder Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz zu.
- (3) <sup>1</sup>Die Versorgungsanstalt behandelt für die einzelnen Jahre des Nachversicherungszeitraums jeweils den Betrag als rechtzeitig entrichteten Beitrag, der sich ergibt, wenn auf das gemäß § 181 Abs. 2 und 3 SGB VI nachzuversichernde Arbeitsentgelt der für die Nachversicherung maßgebliche Beitragssatz angewendet wird. <sup>2</sup>Für die Bewertung der Beiträge gilt die ihrer zeitlichen Zuordnung nach Satz 1 entsprechende Fassung der Satzung. <sup>3</sup>Während der Nachversicherungszeit an die Versorgungsanstalt aufgrund der versicherungsfreien Beschäftigung entrichtete Beiträge gelten als freiwillige Mehrzahlungen oder werden auf Antrag ohne Zinsen erstattet.
- (4) Der Nachversicherungszeitraum gilt als Zeit der Mitgliedschaft.

### § 25 Rechtsverhältnisse nach Ende der Mitgliedschaft

Endet die Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt, so bleibt die während der Mitgliedschaft erworbene Anwartschaft auf Versorgung nach Maßgabe des § 31 aufrechterhalten, es sei denn, dass die Beiträge nach Maßgabe des § 26 auf eine andere Versorgungseinrichtung übergeleitet werden.

### § 26 Überleitung von Beiträgen

- (1) <sup>1</sup>Nach Ende der Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt kann das ehemalige Mitglied die Überleitung der geleisteten Beiträge und freiwilligen Mehrzahlungen an eine andere Versorgungseinrichtung beantragen, in der es Mitglied ist. <sup>2</sup>Versorgungseinrichtungen, an die Beiträge übergeleitet werden können, sind außer deutschen berufsständischen Versorgungswerken auch Versorgungseinrichtungen im Sinn des § 16 Abs. 1 Nr. 5 sowie Einrichtungen übernationaler Versorgungsträger.
- (2) <sup>1</sup>Bleibt die Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt unter der Voraussetzung des § 16 Abs. 1 Nr. 6 Halbsatz 2 bestehen, so kann abweichend von Absatz 1 Satz 1 nach Maßgabe einer

Überleitungsvereinbarung die Überleitung des auf die Tätigkeit als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter entfallenden Teils der geleisteten Beiträge beantragt werden. <sup>2</sup>Über Verbleib oder Überleitung freiwilliger Mehrzahlungen kann das Mitglied gesondert bestimmen.

(3) <sup>1</sup>Nähere Bestimmungen über die Voraussetzungen, das Ausmaß und die Durchführung der Beitragsüberleitung werden jeweils durch Überleitungsvereinbarung mit den in Absatz 1 genannten Einrichtungen getroffen. <sup>2</sup>Die Überleitungsvereinbarung legt insbesondere fest, innerhalb welcher Frist nach Entstehen der neuen Mitgliedschaft der Antrag nach Absatz 1 gestellt werden kann. <sup>3</sup>Besteht keine Vereinbarung, so ist die Versorgungsanstalt nur dann zur Überleitung verpflichtet, wenn die aufnehmende Einrichtung die Beiträge zu den von der Versorgungsanstalt üblicherweise vereinbarten Bedingungen annimmt.

(4) <sup>1</sup>Die Versorgungsanstalt nimmt Beiträge an, die auf Antrag des Mitglieds von einer der in Absatz 1 genannten Einrichtungen übergeleitet werden. <sup>2</sup>Absatz 3 gilt sinngemäß. <sup>3</sup>Mit der Überleitung werden Anwartschaften in gleicher Höhe begründet, wie sie entstanden wären, wenn die bei der bisherigen Versorgungseinrichtung geleisteten Beiträge zeitgleich zur Versorgungsanstalt entrichtet worden wären.

## ABSCHNITT IV LEISTUNGEN

### § 27 Versorgungsleistungen

- (1) Die Versorgungsanstalt gewährt Versorgung durch Pflichtleistungen und freiwillige Leistungen.
- (2) <sup>1</sup>Die Mitglieder haben Rechtsanspruch auf folgende Pflichtleistungen:
1. Altersruhegeld (§ 28),
  2. Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit (§ 29),
  3. vorgezogenes Altersruhegeld (§ 30).
- <sup>2</sup>Ruhegeldempfänger, die nicht mehr Mitglieder sind, behalten ihre Ansprüche gegenüber der Versorgungsanstalt.
- (3) Die Hinterbliebenen von Mitgliedern oder von Leistungsempfängern nach Absatz 2 haben Rechtsanspruch auf folgende Pflichtleistungen:
1. Sterbegeld (§ 35),
  2. Witwen- oder Witwergeld (§ 36 Abs. 1),
  3. Waisengeld (§ 36 Abs. 5).
- (4) Die Versorgungsanstalt gewährt ferner Pflichtleistungen in den Fällen der §§ 31 und 37.
- (5) Als freiwillige Leistungen können nach Maßgabe des § 38 gewährt werden:
1. Unterhaltsbeiträge an Waisen bei Berufsausbildung oder dauernder Erwerbsunfähigkeit,
  2. Zuschüsse für Rehabilitationsmaßnahmen.
- (6) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat beschließt jährlich über eine Anpassung der laufenden Versorgungsleistungen sowie über weitere Leistungsverbesserungen unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der finanziellen Lage der Versorgungsanstalt. <sup>2</sup>Auf Grundlage der versicherungstechnischen Lage der Versorgungsanstalt ermittelte Überschüsse, die sich aus dem versicherungstechnischen Ansatz zukünftiger Beiträge ergeben, sollen nicht für Anpassungen verwendet werden; dies gilt nicht, wenn anderenfalls der Verlust des Rechts der Mitglieder auf Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung droht oder der Versorgungsauftrag nicht mehr erfüllt werden kann. <sup>3</sup>Anpassungen von Rentenpunkten, die zum Ausgleich einer Absenkung des Rentenbemessungsfaktors erfolgt sind, können bei einer Erhöhung des Rentenbemessungsfaktors durch Beschluss des Verwaltungsrats ganz oder teilweise wieder zurückgenommen werden.
- (7) <sup>1</sup>Zuerkannte freiwillige Leistungen stehen Pflichtleistungen gleich. <sup>2</sup>Die Widerruflichkeit nach Absatz 6 Satz 4 und nach § 38 Abs. 3 bleibt unberührt.
- (8) Der Anspruch auf Versorgungsleistungen richtet sich nach den bei Eintritt des Versorgungsfalls geltenden Vorschriften, soweit sich nicht aus den folgenden Vorschriften anderes ergibt.

### § 28 Anspruch auf Altersruhegeld

(1) <sup>1</sup>Anspruch auf Altersruhegeld besteht ab dem Ersten des Monats, der auf die Vollendung des 67. Lebensjahres (Regelaltersgrenze) folgt. <sup>2</sup>Die berufliche Tätigkeit muss nicht aufgegeben werden.

(2) <sup>1</sup>Der Beginn der Zahlung des Altersruhegelds kann durch schriftliche Erklärung gegenüber der Versorgungsanstalt jeweils um volle Jahre hinausgeschoben werden (Aufschubzeit), jedoch längstens bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres. <sup>2</sup>Die Erklärung muss dem Versorgungswerk vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze (Abs. 1) zugehen und kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. <sup>3</sup>Im Fall des Widerrufs wird das gemäß § 32 Abs. 9 ermittelte Ruhegeld mit dem auf den Eingang der Widerrufserklärung folgenden Monatsersten zur Zahlung fällig. <sup>4</sup>Stirbt das Mitglied während der Aufschubzeit, so gilt für die Berechnung der Hinterbliebenenversorgung Satz 3 entsprechend. <sup>5</sup>Sind bei Tod des Mitglieds während der Aufschubzeit anspruchsberechtigte Hinterbliebene nicht vorhanden, so gelten die Rechtsfolgen der Aufschuberklärung mit Ablauf des dem Tod vorangegangenen Aufschubjahres als beendet.

(3) Der Ruhegeldanspruch endet mit Ablauf des Sterbemonats.

### § 29

#### Anspruch auf Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit

(1) <sup>1</sup>Anspruch auf Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit hat ein Mitglied, das vor dem Zeitpunkt, zu dem es erstmals vorgezogenes Altersruhegeld beziehen kann, berufsunfähig geworden ist, Antrag auf Ruhegeld stellt und die berufliche Tätigkeit einstellt (Eintritt des Versorgungsfalls); der Anspruch besteht ab dem Ersten des Monats, der auf den Eintritt des Versorgungsfalls folgt. <sup>2</sup>Berufsunfähig ist ein Mitglied, das infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder von Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte außerstande ist, eine Erwerbstätigkeit in den rechts- oder steuerberatenden Berufen, im Beruf des Patentanwalts oder eine Tätigkeit, die mit diesen Berufen vereinbar ist, auszuüben.

(2) <sup>1</sup>Bei dauernder Berufsunfähigkeit entsteht der Anspruch auf Ruhegeld mit Eintritt des Versorgungsfalls. <sup>2</sup>Solange Berufsunfähigkeit nur als vorübergehend festgestellt ist, besteht nach Eintritt des Versorgungsfalls kein Anspruch für die Dauer von vier Monaten nach Eintritt der Berufsunfähigkeit. <sup>3</sup>Geht die vorübergehende in dauernde Berufsunfähigkeit über, so wird das Ruhegeld vom Eintritt des Versorgungsfalls an nachgezahlt. <sup>4</sup>Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Der Anspruch setzt die Einstellung der beruflichen Tätigkeit im Sinn des Absatzes 1 Satz 2 voraus. <sup>2</sup>Die Einstellung der beruflichen Tätigkeit ist von Angehörigen der rechtsberatenden Berufe und von Patentanwälten durch die Rückgabe der Zulassung und von Angehörigen der steuerberatenden Berufe durch den Verzicht auf die Rechte aus der Bestellung nachzuweisen. <sup>3</sup>Die berufliche Tätigkeit ist nicht eingestellt, solange ein ausschließlich im Angestelltenverhältnis tätiges Mitglied Arbeitsentgelt bezieht. <sup>4</sup>Sie gilt als eingestellt, wenn ein selbständiges Mitglied bei vorübergehender Berufsunfähigkeit seine Kanzlei für die Dauer von höchstens vier Jahren durch einen Vertreter fortführen lässt; nach Ablauf dieser Frist oder früherer Beendigung der Vertretung setzt die Weitergewährung des Ruhegeldes den Nachweis der Einstellung der beruflichen Tätigkeit im Sinn des Satzes 2 voraus.

(4) <sup>1</sup>Das Mitglied weist die Berufsunfähigkeit durch ärztliche Atteste, Befunde, Gutachten und ähnliche Unterlagen (Daten über Gesundheit im Sinn der Datenschutzgesetze) nach. <sup>2</sup>Die Versorgungsanstalt kann an die ausstellenden Ärzte Nachfragen richten. <sup>3</sup>Sie holt, soweit die Nachweise nicht hinreichend erscheinen, auf ihre Kosten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland Gutachten ein. <sup>4</sup>Dabei können die vom Mitglied eingereichten Unterlagen an den von der Versorgungsanstalt beauftragten fachärztlichen Gutachter zur Prüfung weitergegeben werden; dies gilt auch für die von der Versorgungsanstalt erhobenen Gutachten, sofern im weiteren Verwaltungsverfahren zusätzliche Gutachten erforderlich sind. <sup>5</sup>Das Mitglied ist verpflichtet, sich gegen Erstattung angemessener Reisekosten einer von der Versorgungsanstalt für notwendig gehaltenen Begutachtung zu unterziehen; § 41 Abs. 4 und 5 gelten entsprechend. <sup>6</sup>Mit dem Antrag auf Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit hat das Mitglied die Gutachter von ihrer ärztlichen Schweigepflicht gegenüber der Versorgungsanstalt zu entbinden. <sup>7</sup>Die Sätze 1 bis 6 gelten auch für die Zeit des Ruhegeldbezugs, wenn die Vorlage weiterer Nachweise für das Fortbestehen der Berufsunfähigkeit erforderlich ist. <sup>8</sup>Die zur Feststellung der Berufsunfähigkeit erhobenen Daten über Gesundheit können von der Versorgungsanstalt verarbeitet werden.

(5) <sup>1</sup>Das Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit wird auf Antrag gezahlt. <sup>2</sup>Der Antrag gilt zu dem Zeitpunkt als gestellt, zu dem die sonstigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, sofern er innerhalb eines Jahres seit Eintritt der Berufsunfähigkeit bei der Versorgungsanstalt eingeht; andernfalls wird er wirksam mit dem Tag des Eingangs. <sup>3</sup>Nach Erreichen des Zeitpunktes, zu dem erstmals vorgezogenes Altersruhegeld bezogen werden kann oder Wegfall

der Berufsunfähigkeit kann ein Antrag nicht mehr gestellt werden. <sup>4</sup>Der Antrag ist schriftlich zu stellen.

(6) <sup>1</sup>§ 28 Abs. 3 gilt entsprechend. <sup>2</sup>Der Anspruch auf Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit endet außerdem mit Ablauf des Monats, in dem die Anspruchsvoraussetzungen entfallen. <sup>3</sup>Ab Erreichen der Regelaltersgrenze wird das Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit als Altersruhegeld weitergezahlt.

### § 30

#### Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld

(1) <sup>1</sup>Auf Antrag wird für die Zeit ab Vollendung des 62. Lebensjahres vorgezogenes Altersruhegeld gezahlt. <sup>2</sup>Der Anspruch besteht ab dem beantragten Monatsersten. <sup>3</sup>Das Mitglied kann den Leistungsbeginn bereits für einen Monatsersten innerhalb des vor der Antragstellung zurückgelegten Jahres wählen, wenn es in diesem Zeitraum keine Erwerbstätigkeit im Sinn des § 19 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ausgeübt hat; wurden Einkünfte im Sinn des § 19 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 erzielt, so entfällt insoweit die Beitragspflicht. <sup>4</sup>Im Falle des Satz 3 gilt der Versorgungsfall als zu dem beantragten Monatsersten eingetreten. <sup>5</sup>Der Antrag auf Einweisung des vorgezogenen Altersruhegelds ist unwiderruflich.

(2) § 28 Abs. 1 Satz 2 und Absatz 3 gelten entsprechend.

### § 31

#### Ansprüche aus aufrechterhaltener Anwartschaft

(1) Wird die Anwartschaft auf Versorgung nach § 25 aufrecht erhalten, so gelten weiterhin die Satzungsbestimmungen über Versorgungsleistungen an Mitglieder und deren Hinterbliebene (Anwartschaftsberechtigung aus früherer Mitgliedschaft) mit Ausnahme der Regelungen über die Mindestversorgungsleistung bei Berufsunfähigkeit (§ 33 Abs. 8), das Sterbegeld (§ 35) und die Zuschüsse für Rehabilitationsmaßnahmen (§ 38 Abs. 2).

(2) Entsteht erneut Mitgliedschaft in der Versorgungsanstalt, so verbleibt es für die Ansprüche aus der beendeten Mitgliedschaft bei der Geltung des Absatzes 1; sie treten zu den Ansprüchen aus der erneuten Mitgliedschaft hinzu.

### § 32

#### Höhe der Anwartschaften, des Altersruhegelds und des vorgezogenen Altersruhegelds

(1) Der Jahresbetrag des Altersruhegelds ist das in Euro ausgewiesene Produkt der individuell erreichten Rentenpunkte (Absatz 5) und des Rentenbemessungsfaktors (Absatz 6).

(2) <sup>1</sup>Die Anzahl der Rentenpunkte ergibt sich aus der Multiplikation der von dem Mitglied entrichteten Beiträge und freiwilligen Mehrzahlungen mit dem jeweils zutreffenden Bewertungsprozentsatz. <sup>2</sup>Die Höhe des Bewertungsprozentsatzes hängt vom Geburtsjahr und Lebensalter ab, in dem die Einzahlung geleistet wurde; maßgebend ist der Tag des Zahlungseingangs. <sup>3</sup>Das Lebensalter ermittelt sich aus der Differenz zwischen dem Kalenderjahr der Beitragszahlung und dem Geburtsjahr. <sup>4</sup>Der jeweils zutreffende Bewertungsprozentsatz geht aus Tabelle 1 hervor.

(3) Beiträge, die nach § 18 Satz 3 nach Vollendung der Regelaltersgrenze noch entrichtet werden können, werden mit dem für die Regelaltersgrenze geltenden Bewertungsprozentsatz bewertet.

(4) <sup>1</sup>Wurde für Zeiten früherer Berufsunfähigkeit beim Ruhegeld für Berufsunfähigkeit ein Zuschlag aus der Zurechnung nach § 33 gewährt, wird der Zurechnungsbeitrag für die Zeit der früheren Berufsunfähigkeit mit dem Bewertungsprozentsatz bewertet, der sich aus Tabelle 1 ergibt. <sup>2</sup>Für Rentenpunkte beschlossene Anpassungen gelten bis zum Beginn der Versorgungsleistungen auch für die nach Satz 1 errechneten Rentenpunkte.

(5) Die Gesamtzahl der Rentenpunkte ergibt sich aus der Addition der Anrechte aus den Absätzen 2 bis 4 sowie der für die Rentenpunkte beschlossenen Anpassungen.

(6) <sup>1</sup>Der Verwaltungsrat legt den Rentenbemessungsfaktor unter Berücksichtigung des Satzes 4 und des Absatzes 11 auf Vorschlag der Versammlung jährlich für das Folgejahr durch Satzung so fest, dass in der versicherungstechnischen Bilanz des Vorjahres kein Fehlbetrag entsteht. <sup>2</sup>Der Rentenbemessungsfaktor kann neben der Festlegung nach Satz 1 aus rechtlichen oder versicherungsmathematischen Gründen für mehrere Folgejahre festgelegt werden. <sup>3</sup>Er wird auf vier Nachkommastellen abgerundet und beträgt höchstens 1,0000. <sup>4</sup>Bei der Festlegung des Rentenbemessungsfaktors ist insbesondere die Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versorgungsverhältnissen, die Vermeidung einer nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung der verschiedenen Jahrgänge der Mitglieder sowie die Veränderung der Lebenserwartung der Mitglieder zu berücksichtigen.

(7) <sup>1</sup>Der Rentenbemessungsfaktor wird für das Jahr 2022 auf 1,0000 festgesetzt. <sup>2</sup>Wird der Rentenbemessungsfaktor nach Absatz 6 nicht für das Folgejahr festgesetzt, gilt der zuletzt festgesetzte Rentenbemessungsfaktor fort.

(8) <sup>1</sup>Wird vorgezogenes Altersruhegeld in Anspruch genommen (§ 30), so unterliegt das nach den vorstehenden Absätzen errechnete Ruhegeld für jeden Monat des Ruhegeldbezugs vor dem in § 28 Abs. 1 bestimmten Zeitpunkt einem versicherungsmathematischen Abschlag. <sup>2</sup>Die Höhe des Abschlags ergibt sich aus Tabelle 3. <sup>3</sup>Die Kürzung des Ruhegelds gilt für die gesamte Dauer des Versorgungsbezugs. <sup>4</sup>Bei der Berechnung des Ruhegelds ist der Rentenbemessungsfaktor, der zum Zeitpunkt des nach § 30 Abs. 1 Satz 2 beantragten Monatsersten gilt, zugrunde zu legen; bei einer rückwirkenden Beantragung des vorgezogenen Altersruhegelds nach § 30 Abs. 1 Satz 3 ist der Rentenbemessungsfaktor, der im Jahr der Antragstellung gilt, zugrunde zu legen.

(9) <sup>1</sup>Bei Aufschub des Ruhegeldbezugs (§ 28 Abs. 2) werden die nicht in Anspruch genommenen Ruhegelder sowie die während der Aufschubzeit geleisteten Beiträge und freiwilligen Mehrzahlungen entsprechend Absatz 2 bewertet; der Bewertungsprozentsatz ergibt sich aus Tabelle 2. <sup>2</sup>Der Zeitpunkt der Bewertung der nicht in Anspruch genommenen Ruhegelder ist jeweils derjenige, zu dem die Ruhegelder fällig geworden wären. <sup>3</sup>Die nach Satz 1 in dem jeweiligen Aufschubjahr erworbenen Rentenpunkte werden nach Absatz 1 in Euro-Anwartschaften umgerechnet und als Erhöhungsbetrag dem nicht in Anspruch genommenen Ruhegeld hinzugerechnet. <sup>4</sup>Für Rentenpunkte beschlossene Anpassungen gelten bis zum Beginn der Versorgungsleistungen auch für die in der Aufschubzeit erworbenen Rentenpunkte.

(10) Die Tabellen 1 bis 3 sind Bestandteil dieser Satzung.

(11) <sup>1</sup>Bis zum 31. Dezember 2014 entrichtete Beiträge und freiwillige Mehrzahlungen werden nach dem bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Recht verrechnet. <sup>2</sup>Sie unterliegen zukünftigen Änderungen gemäß Art. 10 Abs. 4 VersoG in Verbindung mit § 2 Abs. 3. <sup>3</sup>Anpassungen im Sinne des Satzes 2 sind insbesondere dann erforderlich, wenn die der Berechnung zugrundeliegenden versicherungstechnischen Annahmen auf Dauer nicht mehr erfüllbar sind oder es im Verhältnis zu den nach dem 31. Dezember 2014 erworbenen Anrechten zu einer nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung kommen würde.

### § 33

#### Höhe des Ruhegelds bei Berufsunfähigkeit

(1) <sup>1</sup>Das Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit bemisst sich nach der Summe des nach § 32 errechneten Ruhegelds und eines jährlichen, aus der bisherigen Beitragsleistung abgeleiteten Zuschlags und unterliegt einem versicherungstechnischen Abschlag sowie dem Rentenbemessungsfaktor (§ 32 Abs. 6); der Abschlag ergibt sich in entsprechender Anwendung des § 32 Abs. 8 aus der Anzahl der Monate, die zwischen dem Eintritt des Versorgungsfalls und der jeweiligen Regelaltersgrenze gemäß § 28 Abs. 1 und § 48b liegen, höchstens jedoch aus der Anzahl der Monate, die zwischen der Vollendung des 62. Lebensjahres und der jeweiligen Regelaltersgrenze liegen. <sup>2</sup>Dabei werden für die Berechnung nach § 32 im laufenden und im vorhergegangenen Kalenderjahr geleistete Einzahlungen (Beiträge und freiwillige Mehrzahlungen) anteilig nur bis zur Höhe des Höchstbeitrags (§ 19 Abs. 1) bewertet; darüber hinausgehende freiwillige Mehrzahlungen werden ohne Zinsen zurückgezahlt. <sup>3</sup>Satz 2 gilt nicht, wenn die Berufsunfähigkeit durch Unfall ausgelöst wurde.

(2) <sup>1</sup>Der Zuschlag zum Ruhegeld ergibt sich aus der nach Monaten berechneten Bewertung eines Zurechnungsbeitrags (Absatz 3) für die Zeit zwischen dem Eintritt des Versorgungsfalls und der Vollendung des 62. Lebensjahres (Zurechnungszeitraum). <sup>2</sup>Für die Bewertung gilt § 32 Abs. 2 entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Zurechnungsbeitrag ist derjenige Teil des bei Ende der Beitragspflicht (§ 18) geltenden Höchstbeitrags zur Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung (Höchstbeitrag), der dem Verhältnis entspricht, in dem die Summe der für den Bemessungszeitraum jährlich bis zur Höhe des 1,5fachen des jeweiligen Höchstbeitrags geleisteten Beiträge und freiwilligen Mehrzahlungen zur Summe der Höchstbeiträge im gleichen Zeitraum steht. <sup>2</sup>Für die Feststellung des Zurechnungsbeitrags gilt § 32 Abs. 4 entsprechend; nachrichtete Beiträge bleiben außer Ansatz.

(4) <sup>1</sup>Der Bemessungszeitraum wird aus höchstens acht dem Ende der Beitragspflicht unmittelbar vorangehenden, in die Mitgliedschaftszeit fallenden Kalenderjahren gewählt (Wahlzeitraum). <sup>2</sup>Er umfasst diejenigen drei zusammenhängenden Kalenderjahre des Wahlzeitraums, deren Beitragsaufkommen den höchsten Zurechnungsbeitrag ergibt. <sup>3</sup>Hat die Mitgliedschaft weniger als drei Jahre bestanden, so ist Bemessungszeitraum die Dauer der Mitgliedschaft. <sup>4</sup>Im Falle der Geburt eines leiblichen Kindes im Wahlzeitraum wird der Bemessungszeitraum aus der gesamten Dauer der

Mitgliedschaft gewählt. <sup>5</sup>Satz 4 gilt für die Mutter, auf gemeinsamen Antrag statt dessen für den Vater des Kindes.

(5) <sup>1</sup>Tritt Berufsunfähigkeit in den ersten zehn Jahren der Mitgliedschaft, jedoch vor Vollendung des 45. Lebensjahres ein (Frühinvalidität), so ist Zurechnungsbeitrag mindestens die Hälfte des maßgebenden Höchstbeitrags. <sup>2</sup>Dies gilt nicht für Mitglieder, deren Beitragspflicht sich während eines Zeitraums von zwei Jahren vor Eintritt der Berufsunfähigkeit nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 und 8 bemessen hat. <sup>3</sup>Tritt Berufsunfähigkeit ein, während Beitragspflicht nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 4 bis 7 besteht, so ist für die Anwendung des Satzes 2 der Zeitraum von zwei Jahren vor Beginn des Ermäßigungszeitraums maßgebend. <sup>4</sup>Für Geburten leiblicher Kinder des Mitglieds verlängert sich der Zehn-Jahres-Zeitraum (Satz 1) um jeweils drei Jahre; Absatz 4 Satz 5 gilt entsprechend.

(6) <sup>1</sup>Für Mitglieder und ehemalige Mitglieder mit Anwartschaftsberechtigung aus früherer Mitgliedschaft gemäß § 31 Abs. 1 wird der nach den Absätzen 3 bis 5 ermittelte Wert mit der Anzahl aller vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt ohne Zurechnungszeiten vervielfältigt und durch die Anzahl aller Kalendermonate von zurückgelegten Zeiten bei allen beteiligten Versorgungsträgern im Sinne von Art. 52 Abs. 1 Buchstabe b Ziffer ii der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 (ABl L 166, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung oder von Art. 46 Abs. 2 Buchstabe b der Verordnung (EWG) 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (ABl L 149, S. 2) in der jeweils geltenden Fassung geteilt. <sup>2</sup>Bei der Ermittlung der Anzahl aller Kalendermonate von zurückgelegten Zeiten werden auch Zeiten ab dem 30. Lebensjahr bis zum Eintritt des Versorgungsfalls fiktiv als bei anderen Versorgungsträgern zurückgelegte Zeiten zum Ansatz gebracht, sofern sie nicht schon durch tatsächlich zurückgelegte Zeiten belegt sind. <sup>3</sup>Wird innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Mitgliedschaft erneut eine Mitgliedschaft in der Versorgungsanstalt begründet, werden für diesen Zeitraum keine fiktiven Zeiten im Sinne des Satzes 2 in Ansatz gebracht. <sup>4</sup>Die Regelungen über die Mindestversorgungsleistungen (Absatz 8) finden keine Anwendung.

(7) Der Anspruch auf den Zuschlag aus Zurechnung besteht nicht, wenn im Zeitpunkt des Eintritts des Versorgungsfalls das Mitglied mit der Beitragszahlung in Verzug ist, eine schriftlich bestimmte, angemessene Zahlungsfrist erfolglos abgelaufen ist und das Mitglied auf die mit dem Fristablauf verbundene Rechtsfolge hingewiesen wurde.

(8) <sup>1</sup>Das Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit beträgt monatlich mindestens 275 €. <sup>2</sup>Absatz 5 Satz 2, Absatz 6 Satz 4 und Absatz 7 sowie § 31 Abs. 1 gelten entsprechend.

### § 34

#### (aufgehoben)

### § 35

#### Sterbegeld

<sup>1</sup>Das Sterbegeld beläuft sich auf den dreifachen Monatsbetrag des dem verstorbenen Mitglied zuletzt gezahlten Ruhegeldes oder des sich nach §§ 32 oder 33 errechnenden Ruhegeldes, das dem Mitglied zustand oder zugestanden hätte, wenn es am Tage seines Todes dauernd berufsunfähig gewesen wäre, höchstens jedoch auf 1.600 €. <sup>2</sup>Anspruch auf Sterbegeld haben nacheinander

1. der überlebende Ehegatte des Mitglieds oder dessen Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz,
2. zu gleichen Teilen die Kinder.

### § 36

#### Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge (Witwen-, Witwer- und Waisengeld)

(1) Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld hat der überlebende Ehegatte eines Mitglieds, wenn die Ehe bis zum Tod des Mitglieds bestanden hat.

(2) <sup>1</sup>Der Anspruch besteht nicht, wenn die Ehe nach

1. Eintritt von Berufsunfähigkeit,
2. Beginn der Zahlung von vorgezogenem Altersruhegeld,
3. Erreichen der Regelaltersgrenze

geschlossen wurde und nicht mindestens drei volle Jahre bestanden hat. <sup>2</sup>Die Voraussetzung der dreijährigen Ehedauer entfällt, wenn aus der Ehe ein Kind hervorgegangen ist.

(3) <sup>1</sup>Der überlebende Ehegatte kann, wenn er Erbe ist, nach dem Tod des Mitglieds dessen Recht ausüben, den Antrag nach § 29 Abs. 5 zu stellen. <sup>2</sup>Ist der überlebende Ehegatte versorgungsrechtlich, so kann er ferner den dem Mitglied eröffneten Antrag nach § 17 Abs. 1 stellen. <sup>3</sup>Die Sätze 1 und 2 gelten für Waisen

sinngemäß. <sup>4</sup>Die Anträge können nur innerhalb von vier Monaten nach dem Tod des Mitglieds gestellt werden.

(4) Das Witwen- oder Witwergeld beträgt 60 v. H. des nach § 32 oder § 33 sich errechnenden oder dem verstorbenen Mitglied zuletzt gezahlten Ruhegelds.

(5) <sup>1</sup>Anspruch auf Waisengeld haben die Kinder eines Mitglieds. <sup>2</sup>Es beträgt bei Vollwaisen 20 v. H., bei Halbwaisen 10 v. H. des Ruhegelds.

(6) <sup>1</sup>Der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung entsteht mit dem Ersten des Monats, der auf den Todestag des Mitglieds folgt. <sup>2</sup>Für nachgeborene Waisen entsteht der Versorgungsanspruch mit dem Ersten des Monats, der auf die Geburt folgt.

(7) Der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung erlischt

1. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Monats, in dem er stirbt,
2. für Witwen oder Witwer außerdem mit Ablauf des Monats, in dem sich der Berechtigte verheiratet,
3. für Waisen außerdem mit Ablauf des Monats, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden.

(8) <sup>1</sup>Bei Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz gelten für einen Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld als Heirat auch die Begründung einer Lebenspartnerschaft, als Ehe auch eine Lebenspartnerschaft, als Witwe und Witwer auch ein überlebender Lebenspartner und als Ehegatte auch ein Lebenspartner. <sup>2</sup>Ein Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente für einen überlebenden Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz besteht nicht, wenn für denselben Zeitraum ein Anspruch auf eine Witwenrente oder Witwerrente für einen Ehegatten besteht.

### § 37

#### Abfindung des Anspruchs auf Witwen- und Witwergeld

<sup>1</sup>Der versorgungsberechtigte Ehepartner eines Mitglieds erhält im Falle seiner Wiederverheiratung auf Antrag eine Abfindung in Höhe des 36fachen Witwen- oder Witwergeldbetrages, der für den Monat der Wiederverheiratung zusteht. <sup>2</sup>Satz 1 gilt für Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz entsprechend; als Heirat gilt auch die Begründung einer Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz.

### § 38

#### Freiwillige Leistungen

(1) <sup>1</sup>Nach Vollendung des 18. Lebensjahres einer Waise kann das Waisengeld (§ 36 Abs. 5) für die Dauer der Berufsausbildung oder einer vor Abschluss der Berufsausbildung und vor Vollendung des 23. Lebensjahres eingetretenen dauernden Erwerbsunfähigkeit als Unterhaltsbeitrag weitergewährt werden. <sup>2</sup>Die Leistung endet bei Berufsausbildung spätestens mit Ablauf des Monats, in dem das 27. Lebensjahr, im Fall dauernder Erwerbsunfähigkeit spätestens mit Ablauf des Monats, in dem das 30. Lebensjahr vollendet wird. <sup>3</sup>Der Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag bei Berufsausbildung nach Satz 2 verlängert sich über die Vollendung des 27. Lebensjahres hinaus um Zeiten eines bis zur gesetzlichen Minderdauer geleisteten Grundwehr-, Zivil- oder freiwilligen Wehrdienstes, freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes oder Bundesfreiwilligendienstes nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz; durch Richtlinien können nähere Bestimmungen getroffen werden, in welchen Fällen ein Unterhaltsbeitrag nicht oder nur teilweise gewährt wird.

(2) <sup>1</sup>Für Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung oder Wiederherstellung der Berufsfähigkeit (Rehabilitationsmaßnahmen) können Zuschüsse gewährt werden. <sup>2</sup>Richtlinien hierfür erlässt der Verwaltungsrat.

(3) Sofern sich in einzelnen Fällen aus der Anwendung des Absatzes 1, des § 29 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2, des § 33 Abs. 7 und des § 36 Abs. 6 besondere Härten ergeben, können einmalige oder stets widerrufliche laufende Leistungen gewährt werden.

### § 39

#### Auszahlung der Versorgungsleistungen

<sup>1</sup>Die laufenden Versorgungsleistungen werden monatlich im Voraus ausgezahlt. <sup>2</sup>Der Versorgungsempfänger ist verpflichtet, hierfür eine Bankverbindung zu benennen.

### § 39a

#### Rückforderung von Geldleistungen

Für die Rückforderung von Geldleistungen, die für die Zeit nach dem Tod des Berechtigten erbracht worden sind, gilt § 118 Abs. 3 bis 4a SGB VI in der am 1. Februar 2018 geltenden Fassung entsprechend.

### § 40

#### Versorgungsausgleich bei Ehescheidung

(1) Soweit nach dieser Satzung erworbene Versorgungsansprüche (Anwartschaften) im Versorgungsausgleich zwischen den geschiedenen Ehegatten nach Maßgabe des Gesetzes über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz – VersAusglG) intern zu teilen sind, gelten ergänzend die Vorschriften dieser Satzung.

(2) <sup>1</sup>Für die Durchführung der internen Teilung berechnet die Versorgungsanstalt die in der Ehezeit erworbenen Anteile von Anrechten (Ehezeitanteil), die sich zum Ende der Ehezeit noch nicht in der Leistungsphase befinden, in Form eines Deckungskapitals. <sup>2</sup>Zur Ermittlung des Deckungskapitals werden die vom ausgleichspflichtigen Mitglied in der Ehezeit erworbenen Rentenpunkte mit dem Barwertfaktor gemäß Tabelle 4 sowie mit dem Rentenbemessungsfaktor multipliziert, der für das Jahr, in das das Ehezeitende fällt, festgelegt worden ist. <sup>3</sup>Die Teilungskosten im Sinn des § 13 VersAusglG betragen 2 v. H. des nach Satz 2 ermittelten Deckungskapitals, mindestens 150 €, höchstens 800 €; sie sind vom Deckungskapital abzuziehen. <sup>4</sup>Dieser Kapitalwert wird um den vom Familiengericht für den ausgleichsberechtigten Ehegatten ermittelten Kapitalwert gekürzt. <sup>5</sup>Der gekürzte Kapitalwert wird dadurch in Rentenpunkte umgerechnet, dass der Kapitalwert durch den Barwertfaktor gemäß Tabelle 4 sowie den Rentenbemessungsfaktor, der für das Jahr, in das das Ehezeitende fällt, festgelegt worden ist, dividiert wird. <sup>6</sup>Die Kürzung wird an dem Tag, der auf das Ende der Ehezeit folgt, wirksam. <sup>7</sup>Der vom Familiengericht für die ausgleichsberechtigte Person ermittelte Kapitalwert wird in Rentenpunkte umgerechnet. <sup>8</sup>Die Umrechnung erfolgt in entsprechender Anwendung der Sätze 5 und 6. <sup>9</sup>Haben beide Ehegatten Versorgungsansprüche bei der Versorgungsanstalt erworben, findet eine Verrechnung der Kapitalwerte statt. <sup>10</sup>Für die Ermittlung und die Verrechnung der Versorgungsansprüche gelten die Sätze 2 bis 8 entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Durch die interne Teilung wird eine Mitgliedschaft für die ausgleichsberechtigte Person, die nicht Mitglied der Versorgungsanstalt ist, nicht begründet. <sup>2</sup>Wird für eine ausgleichsberechtigte Person, die zum Ende der Ehezeit Mitglied der Versorgungsanstalt ist oder eine aufrechterhaltene Anwartschaft nach § 31 hat, ein Versorgungsanrecht begründet, gelten für das übertragene Versorgungsanrecht die Satzungsbestimmungen über die Versorgungsleistungen an Mitglieder und deren Hinterbliebene mit Ausnahme der Vorschriften über die Zurechnung, die einmaligen Leistungen nach § 37 und über die Zuschüsse zu Rehabilitationsmaßnahmen. <sup>3</sup>Eine ausgleichsberechtigte Person, die zum Ende der Ehezeit nicht Mitglied der Versorgungsanstalt ist oder keine aufrechterhaltene Anwartschaft nach § 31 hat, hat nur Anspruch auf ein Altersruhegeld; die §§ 28 Abs. 1 und 3, 30 und 32 Abs. 8 gelten entsprechend. <sup>4</sup>Für die ausgleichsberechtigte Person im Sinn des Satz 3 erhöht sich das Altersruhegeld um einen Zuschlag gemäß Tabelle 5, indem das Versorgungsanrecht mit einem altersabhängigen Zuschlagsfaktor vervielfacht wird.

(4) <sup>1</sup>Bis zum Eintritt des Versorgungsfalles kann das ausgleichspflichtige Mitglied die Kürzung der Versorgungsansprüche ganz oder teilweise durch zusätzliche Zahlungen rückgängig machen. <sup>2</sup>Für die Bewertung der Zahlungen ist der Zeitpunkt des Zahlungseingangs maßgeblich.

(5) <sup>1</sup>Befindet sich das Versorgungsanrecht zum Ende der Ehezeit in der Leistungsphase, entspricht der Wert des Ehezeitanteils dem Umfang des auf die Ehezeit entfallenden Deckungskapitals. <sup>2</sup>Für die Begründung von Versorgungsansprüchen aus dem vom Familiengericht übertragenen Kapitalwert und für die Kürzung der ehezeitbezogenen Versorgungsansprüche des ausgleichspflichtigen gilt Absatz 2 Satz 2 bis 7 entsprechend. <sup>3</sup>§ 101 Abs. 3, 3a und 3b SGB VI gelten sinngemäß.

(6) <sup>1</sup>Ist ein Mitglied, zu dessen Lasten der Versorgungsausgleich durchgeführt wurde, nach Eintritt der Rechtskraft bei der Versorgungsanstalt nachversichert worden, sind die durch die Nachversicherung erworbenen Versorgungsansprüche des ausgleichspflichtigen zu kürzen. <sup>2</sup>Der Kürzungsbetrag entspricht dem für den ausgleichsberechtigten durch das Familiengericht übertragenen oder begründeten Versorgungsanrecht. <sup>3</sup>Absatz 2 Satz 7 und Absatz 4 gelten entsprechend.

(7) In Fällen, in denen ein Versorgungsausgleich nach § 20 Lebenspartnerschaftsgesetz durchzuführen ist, gelten die Absätze 1 bis 6 entsprechend.

(8) Die Tabellen 4 und 5 sind Bestandteil dieser Satzung.

## ABSCHNITT V ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

### § 41 Auskunftspflichten

(1) <sup>1</sup>Die Versorgungsanstalt erteilt den Mitgliedern Auskunft über deren Mitgliedschafts- und Versorgungsverhältnis sowie den Leistungsberechtigten über bestehende Ansprüche. <sup>2</sup>Dabei sind Mitglieder und Leistungsberechtigte insbesondere über ihre verschiedenen Wahlrechte und Leistungen, ihre Obliegenheiten, ihre Anzeigepflichten, über Rechtsfolgen bei Verletzungen von Obliegenheiten und Anzeigepflichten, über ihre aus Beitragszahlungen erworbenen Anwartschaften, den Jahresabschluss und die inländischen Gerichtsstände ausreichend zu informieren. <sup>3</sup>Auf Verlangen sind jedem Mitglied der Jahresabschluss und der Lagebericht zuzusenden.

(2) Die Mitglieder und Leistungsberechtigten der Versorgungsanstalt, die Mitglieder der bayerischen Berufskammern der Rechtsanwälte und Steuerberater sowie die Patentanwälte mit Kanzleisitz in Bayern haben der Versorgungsanstalt Angaben zu machen und alle Unterlagen vorzulegen, soweit diese zur Feststellung des Bestehens eines Mitgliedschafts- oder Versorgungsverhältnisses sowie von Art und Umfang der hieraus folgenden Rechte und Pflichten erforderlich sind.

(3) Wer Leistungen der Versorgungsanstalt beantragt oder erhält, hat dieser

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen der Versorgungsanstalt der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
  2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung dem Grunde oder der Höhe nach erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen,
  3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen der Versorgungsanstalt vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.
- (4) Die Mitwirkungspflichten nach Absatz 3 bestehen nicht, soweit
1. ihre Erfüllung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der in Anspruch genommenen Leistung steht oder
  2. ihre Erfüllung dem Betroffenen aus einem wichtigen Grund nicht zugemutet werden kann oder
  3. die Versorgungsanstalt sich durch einen geringeren Aufwand als das Mitglied oder der Leistungsberechtigte die erforderlichen Kenntnisse selbst beschaffen kann.
- (5) Solange den Verpflichtungen nach den Absätzen 2 und 3 nicht entsprochen wird, kann die Versorgungsanstalt die Berechnungsgrundlagen für die Beiträge schätzen und Leistungen versagen oder entziehen.
- (6) Frühere Mitglieder, deren Anwartschaft aufrechterhalten bleibt (§ 31), stehen Mitgliedern gleich.

### § 42 Verwaltungsakte der Versorgungsanstalt; Kosten und Gebühren

(1) Die Versorgungsanstalt macht ihre öffentlich-rechtlichen Geldforderungen durch Leistungsbescheid geltend und setzt ihre öffentlich-rechtlichen Leistungen durch Bescheid fest.

(2) Die öffentliche Zustellung von Schriftstücken wird durch Aushang an der in der Versorgungskammer für Bekanntmachungen vorgesehenen Stelle bewirkt.

(3) <sup>1</sup>Im Verwaltungsvollzug entstehende Kosten anderer Rechtsträger werden von betroffenen Mitgliedern erhoben. <sup>2</sup>Die Versorgungsanstalt erhebt ferner Gebühren für eigenes Verwaltungshandeln nach Maßgabe einer Gebührensatzung.

### § 43 Übertragung, Verpfändung, Aufrechnung

(1) <sup>1</sup>Ansprüche auf laufende Geldleistungen können wie Arbeitsentlohnungen übertragen oder verpfändet werden. <sup>2</sup>Sonstige Leistungsansprüche können weder abgetreten noch verpfändet werden.

(2) Die Versorgungsanstalt kann ihre Forderungen gegen Ansprüche von Mitgliedern aufrechnen oder mit Ansprüchen von Leistungsberechtigten verrechnen.

### § 44 Forderungsübertragung

<sup>1</sup>Das Mitglied oder der Leistungsberechtigte ist verpflichtet, einen Schadenersatzanspruch gegen einen Dritten insoweit auf die Versorgungsanstalt zu übertragen, als diese aufgrund des Schadensereignisses Versorgungsleistungen zu erbringen hat, die dem Ausgleich eines Schadens gleicher Art dienen. <sup>2</sup>Das Recht auf

Versorgungsleistung kann erst geltend gemacht werden, wenn der Schadenersatzanspruch übertragen worden ist.

### § 45 Verjährung

<sup>1</sup>Die Ansprüche auf Beiträge und Leistungen verjähren in fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entstanden sind. <sup>2</sup>Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Hemmung, die Ablauffhemmung, den Neubeginn und die Wirkung der Verjährung gelten entsprechend; Art. 53 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.

### § 46 Vollstreckung

Rückständige Beiträge und sonstige öffentliche Forderungen werden nach Maßgabe des Art. 27 VersoG vollstreckt.

## ABSCHNITT VI ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN; INKRAFTTRETEN

### § 47 Regelungen für den Anfangsbestand (Rechtsanwälte)

(1) Für Personen, die am 1. Januar 1984 bereits Mitglied einer Rechtsanwaltskammer in Bayern waren, gelten die Bestimmungen der Satzung nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze.

(2) Pflichtmitglied ist, wer am 1. Januar 1984 das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

(3) Rechte und Pflichten nach dieser Satzung entstehen mit deren Inkrafttreten.

(4) Selbständige Mitglieder, die bei Inkrafttreten der Satzung das 40. Lebensjahr vollendet haben, zahlen den Mindestbeitrag, wenn dies innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung beantragt wurde.

(5) Die Unwiderruflichkeit nach § 45 Abs. 3 Satz 2 der Satzung vom 12. Januar 1984 bleibt unberührt.

### § 47a Regelungen für den Anfangsbestand (Steuerberater und Steuerbevollmächtigte)

(1) Für Personen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zur Änderung des VersoG vom 16. Dezember 1999 (VersoG-Änderungsgesetz) Mitglieder einer Steuerberaterkammer in Bayern sind (Anfangsbestand), gelten die Bestimmungen der Satzung nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze.

(2) Mitgliedschaftsrechtliche Sonderbestimmungen:

1. Wer im Zeitpunkt des Inkrafttretens des VersoG-Änderungsgesetzes das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wird auf schriftlichen Antrag von der Pflichtmitgliedschaft in der Versorgungsanstalt befreit.

2. Wer im Zeitpunkt des Inkrafttretens des VersoG-Änderungsgesetzes das 45. Lebensjahr, nicht jedoch das 60. Lebensjahr vollendet hat und nicht berufsunfähig ist, wird auf schriftlichen Antrag zur Pflichtmitgliedschaft in der Versorgungsanstalt zugelassen.

3. <sup>1</sup>Anträge nach den Nummern 1 und 2 können nur innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des VersoG-Änderungsgesetzes gestellt werden, sie können innerhalb dieser Frist auch widerrufen werden. <sup>2</sup>Die Entscheidung über den Antrag ergeht rückwirkend zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des VersoG-Änderungsgesetzes.

(3) <sup>1</sup>Auf Antrag ist nur die Hälfte des Höchstbeitrags oder der Grundbeitrag zu zahlen; von der Versicherungspflicht befreite Angestellte zahlen jedoch mindestens den Beitrag nach § 19 Abs. 1 i. V. m. Absatz 2 Satz 1 Nr. 2. <sup>2</sup>Die Beitragsfestsetzung erfolgt rückwirkend, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des VersoG-Änderungsgesetzes gestellt wird, sonst vom Ersten des Antragsmonats an.

(4) Sind Mitglieder des Anfangsbestands im Zeitpunkt des Inkrafttretens des VersoG-Änderungsgesetzes bereits Mitglieder der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung, so gilt Folgendes:

1. Die Absätze 2 und 3 finden keine Anwendung.

2. Auf Antrag werden aus dem Teil des beitragspflichtigen Einkommens, der auf die Tätigkeit als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter entfällt, Beiträge nicht erhoben.

(5) Hatten Mitglieder des Anfangsbestands eine Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft in der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung erlangt, so bleiben die für die Befreiung geltenden Bestimmungen maßgebend.

**§ 47b**  
**Regelungen für den Anfangsbestand**  
**(Patentanwälte)**

(1) Für Personen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zur Änderung des VersoG vom 24. Dezember 2005 (VersoG-Änderungsgesetz) Mitglieder der Patentanwaltskammer mit Kanzleisitz in Bayern sind (Anfangsbestand), gelten die Bestimmungen der Satzung nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze.

(2) <sup>1</sup>Personen des Anfangsbestands sind von der Pflichtmitgliedschaft in der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung ausgenommen; sie werden zur Pflichtmitgliedschaft auf schriftlichen Antrag zugelassen, soweit sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens des VersoG-Änderungsgesetzes das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und nicht berufsunfähig sind. <sup>2</sup>Der Antrag kann nur innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des VersoG-Änderungsgesetzes gestellt werden; er kann nach Rechtskraft der Entscheidung der Versorgungsanstalt nicht mehr widerrufen werden. <sup>3</sup>Die Entscheidung über den Antrag ergeht rückwirkend zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des VersoG-Änderungsgesetzes.

(3) <sup>1</sup>Auf Antrag ist für die Dauer der Mitgliedschaft in der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung als Pflichtbeitrag nur der Grundbeitrag zu zahlen; von der Versicherungspflicht befreite Angestellte zahlen jedoch mindestens den Beitrag nach § 19 Abs. 1 i. V. m. Absatz 2 Satz 1 Nr. 2. <sup>2</sup>Die Beitragsfestsetzung erfolgt rückwirkend, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des VersoG-Änderungsgesetzes gestellt wird, sonst vom Ersten des Antragsmonats an.

(4) Sind Mitglieder des Anfangsbestands im Zeitpunkt des Inkrafttretens des VersoG-Änderungsgesetzes bereits Mitglieder der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, so gilt Folgendes:

1. Die Absätze 2 und 3 finden keine Anwendung.
2. Auf Antrag werden aus dem Teil des beitragspflichtigen Einkommens, der auf die Tätigkeit als Patentanwalt entfällt, Beiträge nicht erhoben.

(5) Hatten Mitglieder des Anfangsbestands eine Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft in der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung erlangt, so bleiben die für die Befreiung geltenden Bestimmungen maßgebend.

**§ 47c**  
**Regelungen für den Anfangsbestand anderer**  
**berufsständischer Versorgungseinrichtungen für**  
**Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und**  
**Patentanwälte**

<sup>1</sup>Personen, die bei Gründung einer anderen berufsständischen Versorgungseinrichtung für Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer und Patentanwälte der zugehörigen Berufskammer bereits angehört haben (Anfangsbestand) und als Angehörige des Anfangsbestands nicht Mitglied in dieser Versorgungseinrichtung geworden sind oder eine Befreiung von der Mitgliedschaft in dieser Versorgungseinrichtung erlangt haben, werden auf Antrag in entsprechender Anwendung des § 16 von der Pflichtmitgliedschaft in der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung befreit. <sup>2</sup>Auf Antrag ist für die Dauer der Mitgliedschaft in der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung der Grundbeitrag zu zahlen; von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreite Mitglieder zahlen jedoch mindestens den Beitrag nach § 19 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2.

**§ 47d**  
**Übergangsregelung zu § 15**

<sup>1</sup>Für Personen, die am 31. Dezember 2005 das 45. Lebensjahr vollendet haben und die als Mitglied einer Rechtsanwalts- oder Steuerberaterkammer in Bayern auf Grund des § 15 in der bis dahin geltenden Fassung nicht Mitglied im Versorgungswerk geworden sind, bleibt § 15 in dieser Fassung maßgebend. <sup>2</sup> Mitglieder der Anfangsbestände der Rechtsanwälte und Steuerberater, die nicht Mitglied geworden sind oder eine Befreiung von der Mitgliedschaft im Versorgungswerk erlangt haben, bleiben von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.

**§ 47e**  
**Übergangsregelung zu § 16**

Für Befreiungen, die gemäß § 16 in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Fassung erteilt wurden, bleiben §§ 15 und 16 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend.

**§ 47f**  
**Übergangsregelung zu § 17**

<sup>1</sup>Für freiwillige Mitgliedschaften, die gemäß § 17 in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Fassung begründet wurden, bleibt § 17 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend. <sup>2</sup>Wird eine Mitgliedschaft im Sinne des § 17 Abs. 1 Satz 4 in der ab dem 1. Januar 2006 geltenden Fassung begründet, endet die freiwillige Mitgliedschaft nach § 17 Abs. 3 in dieser Fassung.

**§ 48**  
**Übergangsregelung zu § 20**

<sup>1</sup> Mitglieder, die am 31. Dezember 1996 aufgrund einer weiterbestehenden Lebensversicherung oder als Ehegatte von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit waren, zahlen weiterhin den Mindestbeitrag (§ 20 Abs. 2). <sup>2</sup>§ 33 Abs. 5 Satz 2 gilt entsprechend.

**§ 48a**  
**(aufgehoben)**

**§ 48b**  
**Übergangsregelung zu §§ 28, 32**

(1) Abweichend von § 28 Abs. 1 wird die Regelaltersgrenze wie folgt angehoben:

| Geburtsjahr | Anhebung um Monate | Altersgrenze |       |
|-------------|--------------------|--------------|-------|
|             |                    | Jahr         | Monat |
| bis 1951    | 24                 | 65           | –     |
| 1952        | 24+1               | 65           | 1     |
| 1953        | 24+2               | 65           | 2     |
| 1954        | 24+3               | 65           | 3     |
| 1955        | 24+4               | 65           | 4     |
| 1956        | 24+5               | 65           | 5     |
| 1957        | 24+6               | 65           | 6     |
| 1958        | 24+7               | 65           | 7     |
| 1959        | 24+8               | 65           | 8     |
| 1960        | 24+9               | 65           | 9     |
| 1961        | 24+10              | 65           | 10    |
| 1962        | 24+11              | 65           | 11    |
| 1963        | 24+12              | 66           | –     |
| 1964        | 24+14              | 66           | 2     |
| 1965        | 24+16              | 66           | 4     |
| 1966        | 24+18              | 66           | 6     |
| 1967        | 24+20              | 66           | 8     |
| 1968        | 24+22              | 66           | 10    |
| 1969        | 24+24              | 67           | –     |

(2) <sup>1</sup>Zum Ausgleich für die Anhebung der Regelaltersgrenze auf das 65. Lebensjahr werden die vor dem 1. Januar 2010 erworbenen Anwartschaften von Mitgliedern und Anwartschaftsberechtigten im Sinn von § 31, deren Mitgliedschaft vor dem 1. Januar 2010 bestand und bei denen der Versorgungsfall noch nicht eingetreten ist, einmalig zum 1. Januar 2010 um einen versicherungsmathematischen Zuschlag in Höhe von 11,81 % erhöht. <sup>2</sup>Der Zuschlag wird nicht gewährt, wenn der Beginn des Altersruhegelds gemäß § 28 Abs. 2 hinausgeschoben wurde.

**§ 48c**  
**Übergangsregelung zu § 29**

Für vor dem 1. Januar 2005 eintretende Versorgungsfälle, in denen die Mitgliedschaft vor dem Inkrafttreten des VersoG-Änderungsgesetzes begründet wurde, gelten § 29 Abs. 1 Satz 1 und Absatz 5 Satz 4 in der bis zum 31. Dezember 1999 geltenden Fassung.

**§ 49**  
**Übergangsregelung zu § 30**

(1) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 1997 eingetreten sind, bleibt § 27 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend.

(2) Für Mitglieder, die vor dem 1. Januar 1960 geboren sind und deren Mitgliedschaft vor dem 1. Januar 2012 bestand, wird die Altersgrenze für die Inanspruchnahme des vorgezogenen Altersruhegeldes ab dem 1. Januar 2012 wie folgt angehoben:

| Geburtsjahr | Anhebung um Monate | Altersgrenze |       |
|-------------|--------------------|--------------|-------|
|             |                    | Jahr         | Monat |
| bis 1954    | 0                  | 60           | 0     |
| 1955        | 4                  | 60           | 4     |
| 1956        | 8                  | 60           | 8     |
| 1957        | 12                 | 61           | 0     |
| 1958        | 16                 | 61           | 4     |
| 1959        | 20                 | 61           | 8     |
| 1960        | 24                 | 62           | 0     |

(3) <sup>1</sup>Mitglieder, die nach dem 31. Dezember 1954 geboren sind und vor dem 1. Januar 2010 Altersteilzeitbeschäftigung auf Grund gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelung vereinbart haben, können abweichend von Absatz 1 weiterhin auf Antrag mit Vollendung des 60. Lebensjahres vorgezogenes Altersruhegeld beziehen. <sup>2</sup>Das nach § 32 errechnete Ruhegeld unterliegt für jeden Monat des Ruhegeldbezugs vor dem in § 28 Abs. 1 bestimmten Zeitpunkt einem versicherungstechnischen Abschlag. <sup>3</sup>Die Höhe des Abschlags ergibt sich aus Tabelle 3. <sup>4</sup>Die Kürzung des Ruhegeldes gilt für die gesamte Dauer des Versorgungsbezugs.

#### **§ 49a Übergangsregelung zu § 31**

Für Mitglieder, deren Mitgliedschaft vor dem 1. Januar 2006 mit Anwartschaftsberechtigung aus früherer Mitgliedschaft geendet hat, bleibt § 31 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend.

#### **§ 50 Übergangsregelung zu § 32**

(1) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 1997 eingetreten sind, bleibt § 30 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend.

(2) Eine Absenkung der Bewertungsprozentsätze gilt jeweils für nach dem Änderungszeitpunkt gezahlte Beiträge und freiwillige Mehrzahlungen.

(3) Für Beiträge, die vor dem 1. Januar 2006 gemäß § 18 Abs. 2 in der bis dahin geltenden Fassung nachentrichtet wurden, gilt § 32 Abs. 2 und Absatz 4 in der vor dem 1. Januar 2006 geltenden Fassung weiter.

#### **§ 51 Übergangsregelung zu § 33**

(1) <sup>1</sup>In Versorgungsfällen, die vor einer Änderung des § 33 eingetreten sind, bemisst sich das Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit mindestens nach den bis zum Änderungszeitpunkt geltenden Bestimmungen. <sup>2</sup>Dies gilt auch für Versorgungsfälle, die in den ersten fünf der Änderung nachfolgenden Jahren eintreten, sofern die Mitgliedschaft vor Inkrafttreten der Änderung begründet worden ist; § 50 Abs. 2 bleibt jedoch anwendbar. <sup>3</sup>Abweichend von Satz 1 gilt für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2000 eingetreten sind, § 33 in der bis dahin geltenden Fassung. <sup>4</sup>Abweichend von Satz 1 gilt für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2020 eingetreten sind, § 33 in der bis dahin geltenden Fassung weiter. <sup>5</sup>Das gleiche gilt für Versorgungsfälle, die gemäß § 29 Abs. 5 Satz 2 als vor dem 1. Januar 2020 eingetreten gelten. <sup>6</sup>In Versorgungsfällen, in denen gemäß § 29 ein Ruhegeld wegen vorübergehender Berufsunfähigkeit für die Zeit vor dem 1. Januar 2020 gewährt wird, gilt bei der Weitergewährung dieses Ruhegeldes über den 1. Januar 2020 hinaus § 33 in der bis dahin geltenden Fassung weiter; dies gilt auch, wenn die vorübergehende Berufsunfähigkeit in eine dauernde Berufsunfähigkeit übergeht.

(2) Für die Anwendung von § 33 gilt ferner:

1. Absatz 2 in der ab 1. Januar 1997 geltenden Fassung ist für Versorgungsfälle, die bis zu diesem Zeitpunkt eingetreten sind, nicht anwendbar.
2. Absatz 4 und Absatz 5 Satz 4 gelten nicht für Versorgungsfälle, die vor dem 14. Oktober 1994 eingetreten sind.

(3) Bei der Berechnung des Ruhegelds bei Berufsunfähigkeit ist der Rentenbemessungsfaktor, der bei Eintritt des Versorgungsfalles gilt, zugrunde zu legen.

#### **§ 51a Übergangsregelung zu § 34**

Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2005 eingetreten sind, bleibt § 34 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend.

#### **§ 51b Übergangsregelung zu § 35**

Bei Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, die vor dem 1. Januar 2005 geschlossen wurden, besteht der Anspruch auf Sterbegeld nur dann, wenn der Versorgungsfall nach dem 31. Dezember 2004 eingetreten ist.

#### **§ 51c Übergangsregelung zu § 36**

Bei Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, die vor dem 1. Januar 2005 geschlossen wurden, besteht der Anspruch auf die Hinterbliebenenbezüge erst ab dem 1. Januar 2005.

#### **§ 52 Übergangsregelung zu § 38**

(1) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2005 eingetreten sind, bleibt § 38 Abs. 1 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend.

(2) Für Kinder von Mitgliedern oder für Waisen, die vor dem 1. Januar 1997 die Voraussetzungen für die Gewährung eines Unterhaltsbeitrags nach § 36 Absätze 2 und 3 in der bis dahin geltenden Fassung erfüllt haben, bleibt diese Fassung der Bestimmungen weiterhin maßgebend.

(3) Für Kinder von Mitgliedern, die vor dem 1. Januar 2005 die Voraussetzungen für den Bezug des Unterhaltsbeitrags nach § 38 Abs. 2 erfüllt haben, bleibt § 38 Abs. 2 in der bis dahin geltenden Fassung maßgebend.

#### **§ 52a Übergangsregelung zu § 40**

(1) In Verfahren über den Versorgungsausgleich, in denen gemäß § 48 VersAusglG das bisherige Recht anzuwenden ist, gilt § 40 in der am 31. August 2009 geltenden Fassung weiter; § 49 VersAusglG bleibt unberührt.

(2) In Verfahren über den Versorgungsausgleich, die zwischen dem 1. September 2009 und dem 1. Januar 2010 eingeleitet worden sind, gelten § 40 sowie die Tabellen 4 und 5 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung weiter.

(3) Für Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2015 erworben wurden, gilt § 40 in der bis dahin geltenden Fassung weiter.

(4) In Verfahren über den Versorgungsausgleich, die vor dem 1. Januar 2019 eingeleitet worden sind, gelten §§ 40, 52a Abs. 1 bis 3 sowie die Tabellen 4 und 5 in der am 31. Dezember 2018 geltenden Fassung weiter.

#### **§ 52b Übergangsregelung zu § 47b**

Für die gemäß § 47b für den Bestand der Steuerberater bis zum 31. Dezember 2004 beschlossenen Leistungsverbesserungen gilt § 47b in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung.

#### **§ 53 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Satzung tritt am 1. Januar 1997 in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Satzung der Bayerischen Rechtsanwaltsversorgung vom 12. Januar 1984 (StAnz Nr. 4), zuletzt geändert durch Satzung vom 16. Dezember 1995 (StAnz Nr. 51/52), außer Kraft.\*

\* Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten der Satzungsneufassung vom 6. Dezember 1996 (Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 51/52). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungssatzungen (Fundstellen vgl. Anhang A Änderungsregister).

## Tabellen zur Berechnung des Ruhegelds

**Tabelle 1**  
**Umrechnung der Einzahlungen in Rentenpunkte (zu § 32 Abs. 2)**

Die Höhe des Bewertungsprozentsatzes ist abhängig vom Lebensalter, in dem die Einzahlung geleistet wurde, sowie von dem für den Geburtsjahrgang geltenden Bewertungsprozentsatz. Als Alter bei der Einzahlung gilt der Unterschied zwischen dem Kalenderjahr der Einzahlung und dem Geburtsjahr.

Der Jahresbetrag des Altersruhegelds ist das in Euro ausgewiesene Produkt der individuell erreichten Rentenpunkte (§ 32 Abs. 5) und des Rentenbemessungsfaktors (§ 32 Abs. 6).

| Alter | Bewertungsprozentsätze für Geburtsjahre |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |         |
|-------|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|
|       | bis 1951                                | 1952   | 1953   | 1954   | 1955   | 1956   | 1957   | 1958   | 1959   | 1960   | 1961   | 1962   | 1963   | 1964   | 1965   | 1966   | 1967   | 1968   | ab 1969 |
| 20    | 11,9 %                                  | 12,0 % | 12,1 % | 12,1 % | 12,2 % | 12,2 % | 12,3 % | 12,4 % | 12,4 % | 12,5 % | 12,5 % | 12,6 % | 12,7 % | 12,8 % | 12,9 % | 13,1 % | 13,2 % | 13,4 % | 13,5 %  |
| 21    | 11,7 %                                  | 11,7 % | 11,8 % | 11,8 % | 11,9 % | 12,0 % | 12,0 % | 12,1 % | 12,1 % | 12,2 % | 12,3 % | 12,3 % | 12,4 % | 12,5 % | 12,7 % | 12,8 % | 12,9 % | 13,1 % | 13,2 %  |
| 22    | 11,4 %                                  | 11,5 % | 11,5 % | 11,6 % | 11,6 % | 11,7 % | 11,8 % | 11,8 % | 11,9 % | 11,9 % | 12,0 % | 12,1 % | 12,1 % | 12,2 % | 12,4 % | 12,5 % | 12,6 % | 12,8 % | 12,9 %  |
| 23    | 11,1 %                                  | 11,2 % | 11,2 % | 11,3 % | 11,4 % | 11,4 % | 11,5 % | 11,5 % | 11,6 % | 11,7 % | 11,7 % | 11,8 % | 11,8 % | 12,0 % | 12,1 % | 12,2 % | 12,3 % | 12,5 % | 12,6 %  |
| 24    | 10,9 %                                  | 10,9 % | 11,0 % | 11,0 % | 11,1 % | 11,2 % | 11,2 % | 11,3 % | 11,3 % | 11,4 % | 11,4 % | 11,5 % | 11,5 % | 11,7 % | 11,8 % | 11,9 % | 12,0 % | 12,2 % | 12,3 %  |
| 25    | 10,6 %                                  | 10,7 % | 10,7 % | 10,8 % | 10,8 % | 10,9 % | 10,9 % | 11,0 % | 11,0 % | 11,1 % | 11,2 % | 11,2 % | 11,3 % | 11,4 % | 11,5 % | 11,6 % | 11,8 % | 11,9 % | 12,0 %  |
| 26    | 10,4 %                                  | 10,5 % | 10,5 % | 10,6 % | 10,6 % | 10,7 % | 10,8 % | 10,8 % | 10,9 % | 10,9 % | 11,0 % | 11,0 % | 11,1 % | 11,2 % | 11,3 % | 11,4 % | 11,6 % | 11,7 % | 11,8 %  |
| 27    | 10,2 %                                  | 10,2 % | 10,3 % | 10,3 % | 10,4 % | 10,4 % | 10,5 % | 10,5 % | 10,6 % | 10,6 % | 10,7 % | 10,7 % | 10,8 % | 10,9 % | 11,0 % | 11,1 % | 11,3 % | 11,4 % | 11,5 %  |
| 28    | 9,9 %                                   | 9,9 %  | 10,0 % | 10,1 % | 10,1 % | 10,2 % | 10,2 % | 10,3 % | 10,3 % | 10,4 % | 10,4 % | 10,5 % | 10,5 % | 10,6 % | 10,7 % | 10,9 % | 11,0 % | 11,1 % | 11,2 %  |
| 29    | 9,7 %                                   | 9,8 %  | 9,8 %  | 9,9 %  | 9,9 %  | 10,0 % | 10,0 % | 10,1 % | 10,1 % | 10,2 % | 10,2 % | 10,3 % | 10,3 % | 10,4 % | 10,6 % | 10,7 % | 10,8 % | 10,9 % | 11,0 %  |
| 30    | 9,5 %                                   | 9,5 %  | 9,6 %  | 9,6 %  | 9,7 %  | 9,7 %  | 9,7 %  | 9,8 %  | 9,8 %  | 9,9 %  | 9,9 %  | 10,0 % | 10,0 % | 10,2 % | 10,3 % | 10,4 % | 10,5 % | 10,6 % | 10,7 %  |
| 31    | 9,2 %                                   | 9,2 %  | 9,3 %  | 9,3 %  | 9,4 %  | 9,4 %  | 9,5 %  | 9,5 %  | 9,6 %  | 9,6 %  | 9,7 %  | 9,7 %  | 9,8 %  | 9,9 %  | 10,0 % | 10,1 % | 10,2 % | 10,3 % | 10,4 %  |
| 32    | 9,0 %                                   | 9,1 %  | 9,1 %  | 9,2 %  | 9,2 %  | 9,2 %  | 9,3 %  | 9,3 %  | 9,4 %  | 9,4 %  | 9,5 %  | 9,5 %  | 9,6 %  | 9,7 %  | 9,8 %  | 9,9 %  | 10,0 % | 10,1 % | 10,2 %  |
| 33    | 8,8 %                                   | 8,9 %  | 8,9 %  | 9,0 %  | 9,0 %  | 9,1 %  | 9,1 %  | 9,2 %  | 9,2 %  | 9,3 %  | 9,3 %  | 9,3 %  | 9,4 %  | 9,5 %  | 9,6 %  | 9,7 %  | 9,8 %  | 9,9 %  | 10,0 %  |
| 34    | 8,6 %                                   | 8,6 %  | 8,7 %  | 8,7 %  | 8,8 %  | 8,8 %  | 8,8 %  | 8,9 %  | 8,9 %  | 9,0 %  | 9,0 %  | 9,1 %  | 9,1 %  | 9,2 %  | 9,3 %  | 9,4 %  | 9,5 %  | 9,6 %  | 9,7 %   |
| 35    | 8,4 %                                   | 8,4 %  | 8,5 %  | 8,5 %  | 8,6 %  | 8,6 %  | 8,7 %  | 8,7 %  | 8,7 %  | 8,8 %  | 8,8 %  | 8,9 %  | 8,9 %  | 9,0 %  | 9,1 %  | 9,2 %  | 9,3 %  | 9,4 %  | 9,5 %   |
| 36    | 8,2 %                                   | 8,3 %  | 8,3 %  | 8,3 %  | 8,4 %  | 8,4 %  | 8,5 %  | 8,5 %  | 8,6 %  | 8,6 %  | 8,7 %  | 8,7 %  | 8,7 %  | 8,8 %  | 8,9 %  | 9,0 %  | 9,1 %  | 9,2 %  | 9,3 %   |
| 37    | 8,0 %                                   | 8,1 %  | 8,1 %  | 8,2 %  | 8,2 %  | 8,3 %  | 8,3 %  | 8,3 %  | 8,4 %  | 8,4 %  | 8,5 %  | 8,5 %  | 8,5 %  | 8,6 %  | 8,7 %  | 8,8 %  | 8,9 %  | 9,0 %  | 9,1 %   |
| 38    | 7,8 %                                   | 7,8 %  | 7,9 %  | 7,9 %  | 7,9 %  | 8,0 %  | 8,0 %  | 8,1 %  | 8,1 %  | 8,1 %  | 8,2 %  | 8,2 %  | 8,3 %  | 8,4 %  | 8,4 %  | 8,5 %  | 8,6 %  | 8,7 %  | 8,8 %   |
| 39    | 7,6 %                                   | 7,6 %  | 7,7 %  | 7,7 %  | 7,8 %  | 7,8 %  | 7,8 %  | 7,9 %  | 7,9 %  | 8,0 %  | 8,0 %  | 8,0 %  | 8,1 %  | 8,2 %  | 8,2 %  | 8,3 %  | 8,4 %  | 8,5 %  | 8,6 %   |
| 40    | 7,4 %                                   | 7,5 %  | 7,5 %  | 7,5 %  | 7,6 %  | 7,6 %  | 7,7 %  | 7,7 %  | 7,7 %  | 7,8 %  | 7,8 %  | 7,8 %  | 7,9 %  | 8,0 %  | 8,1 %  | 8,1 %  | 8,2 %  | 8,3 %  | 8,4 %   |
| 41    | 7,2 %                                   | 7,3 %  | 7,3 %  | 7,4 %  | 7,4 %  | 7,4 %  | 7,5 %  | 7,5 %  | 7,5 %  | 7,6 %  | 7,6 %  | 7,7 %  | 7,7 %  | 7,8 %  | 7,9 %  | 7,9 %  | 8,0 %  | 8,1 %  | 8,2 %   |
| 42    | 7,2 %                                   | 7,2 %  | 7,2 %  | 7,3 %  | 7,3 %  | 7,3 %  | 7,4 %  | 7,4 %  | 7,5 %  | 7,5 %  | 7,5 %  | 7,6 %  | 7,6 %  | 7,7 %  | 7,8 %  | 7,9 %  | 7,9 %  | 8,0 %  | 8,1 %   |
| 43    | 7,0 %                                   | 7,0 %  | 7,1 %  | 7,1 %  | 7,1 %  | 7,2 %  | 7,2 %  | 7,2 %  | 7,3 %  | 7,3 %  | 7,3 %  | 7,4 %  | 7,4 %  | 7,5 %  | 7,6 %  | 7,7 %  | 7,7 %  | 7,8 %  | 7,9 %   |
| 44    | 6,8 %                                   | 6,8 %  | 6,9 %  | 6,9 %  | 6,9 %  | 7,0 %  | 7,0 %  | 7,1 %  | 7,1 %  | 7,1 %  | 7,2 %  | 7,2 %  | 7,2 %  | 7,3 %  | 7,4 %  | 7,5 %  | 7,5 %  | 7,6 %  | 7,7 %   |
| 45    | 6,6 %                                   | 6,7 %  | 6,7 %  | 6,7 %  | 6,8 %  | 6,8 %  | 6,8 %  | 6,9 %  | 6,9 %  | 6,9 %  | 7,0 %  | 7,0 %  | 7,0 %  | 7,1 %  | 7,2 %  | 7,3 %  | 7,3 %  | 7,4 %  | 7,5 %   |
| 46    | 6,5 %                                   | 6,5 %  | 6,5 %  | 6,6 %  | 6,6 %  | 6,6 %  | 6,7 %  | 6,7 %  | 6,7 %  | 6,8 %  | 6,8 %  | 6,8 %  | 6,9 %  | 6,9 %  | 7,0 %  | 7,1 %  | 7,2 %  | 7,2 %  | 7,3 %   |
| 47    | 6,4 %                                   | 6,4 %  | 6,4 %  | 6,5 %  | 6,5 %  | 6,5 %  | 6,6 %  | 6,6 %  | 6,6 %  | 6,7 %  | 6,7 %  | 6,7 %  | 6,8 %  | 6,8 %  | 6,9 %  | 7,0 %  | 7,1 %  | 7,1 %  | 7,2 %   |
| 48    | 6,2 %                                   | 6,2 %  | 6,2 %  | 6,3 %  | 6,3 %  | 6,3 %  | 6,4 %  | 6,4 %  | 6,4 %  | 6,5 %  | 6,5 %  | 6,5 %  | 6,6 %  | 6,6 %  | 6,7 %  | 6,8 %  | 6,9 %  | 6,9 %  | 7,0 %   |
| 49    | 6,0 %                                   | 6,0 %  | 6,1 %  | 6,1 %  | 6,1 %  | 6,2 %  | 6,2 %  | 6,2 %  | 6,3 %  | 6,3 %  | 6,3 %  | 6,4 %  | 6,4 %  | 6,5 %  | 6,5 %  | 6,6 %  | 6,7 %  | 6,7 %  | 6,8 %   |
| 50    | 5,9 %                                   | 6,0 %  | 6,0 %  | 6,0 %  | 6,0 %  | 6,1 %  | 6,1 %  | 6,1 %  | 6,2 %  | 6,2 %  | 6,2 %  | 6,3 %  | 6,3 %  | 6,4 %  | 6,4 %  | 6,5 %  | 6,6 %  | 6,6 %  | 6,7 %   |
| 51    | 5,7 %                                   | 5,8 %  | 5,8 %  | 5,8 %  | 5,9 %  | 5,9 %  | 5,9 %  | 6,0 %  | 6,0 %  | 6,0 %  | 6,0 %  | 6,1 %  | 6,1 %  | 6,2 %  | 6,2 %  | 6,3 %  | 6,4 %  | 6,4 %  | 6,5 %   |

| Alter | Bewertungsprozentsätze für Geburtsjahre |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |         |
|-------|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|
|       | bis 1951                                | 1952  | 1953  | 1954  | 1955  | 1956  | 1957  | 1958  | 1959  | 1960  | 1961  | 1962  | 1963  | 1964  | 1965  | 1966  | 1967  | 1968  | ab 1969 |
| 52    | 5,7 %                                   | 5,7 % | 5,7 % | 5,7 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,9 % | 5,9 % | 5,9 % | 5,9 % | 6,0 % | 6,0 % | 6,1 % | 6,1 % | 6,2 % | 6,3 % | 6,3 % | 6,4 %   |
| 53    | 5,6 %                                   | 5,6 % | 5,6 % | 5,7 % | 5,7 % | 5,7 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,9 % | 5,9 % | 5,9 % | 6,0 % | 6,0 % | 6,1 % | 6,2 % | 6,2 % | 6,3 %   |
| 54    | 5,4 %                                   | 5,4 % | 5,4 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,6 % | 5,6 % | 5,6 % | 5,6 % | 5,7 % | 5,7 % | 5,7 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,9 % | 6,0 % | 6,0 % | 6,1 %   |
| 55    | 5,3 %                                   | 5,3 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,6 % | 5,6 % | 5,6 % | 5,6 % | 5,7 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,9 % | 5,9 % | 6,0 %   |
| 56    | 5,2 %                                   | 5,2 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,6 % | 5,7 % | 5,7 % | 5,8 % | 5,8 % | 5,9 %   |
| 57    | 5,0 %                                   | 5,1 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,6 % | 5,6 % | 5,7 %   |
| 58    | 4,9 %                                   | 5,0 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,5 % | 5,5 % | 5,6 %   |
| 59    | 4,9 %                                   | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,4 % | 5,4 % | 5,5 %   |
| 60    | 4,8 %                                   | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,3 % | 5,3 % | 5,4 %   |
| 61    | 4,7 %                                   | 4,7 % | 4,7 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,3 %   |
| 62    | 4,7 %                                   | 4,7 % | 4,7 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,2 % | 5,2 % | 5,3 %   |
| 63    | 4,6 %                                   | 4,6 % | 4,6 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,9 % | 4,9 % | 4,9 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,1 % | 5,1 % | 5,2 %   |
| 64    | 4,5 %                                   | 4,5 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,9 % | 4,9 % | 5,0 % | 5,0 % | 5,1 %   |
| 65    | 4,4 %                                   | 4,4 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,9 % | 4,9 % | 5,0 %   |
| 66    | 4,3 %                                   | 4,4 % | 4,4 % | 4,4 % | 4,4 % | 4,4 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,8 % | 4,8 % | 4,9 % | 4,9 %   |
| 67    | 4,2 %                                   | 4,3 % | 4,3 % | 4,3 % | 4,3 % | 4,4 % | 4,4 % | 4,4 % | 4,4 % | 4,4 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,5 % | 4,6 % | 4,6 % | 4,7 % | 4,7 % | 4,8 % | 4,8 %   |

**Tabelle 2**  
**Berechnung des Ruhegelds bei Rentenbeginn nach Alter 63**  
**(Aufschub des Bezuges, § 32 Abs. 9)**

| Alter | Bewertungsprozentsatz |
|-------|-----------------------|
| 65    | 4,3 %                 |
| 66    | 4,4 %                 |
| 67    | 4,5 %                 |
| 68    | 4,7 %                 |
| 69    | 4,8 %                 |
| 70    | 5,0 %                 |

Als Alter bei der Bewertung der nicht in Anspruch genommenen Ruhegelder gilt der Unterschied zwischen dem Jahr der Fälligkeit und dem Geburtsjahr.

Als Alter bei der Beitragszahlung gilt der Unterschied zwischen dem Kalenderjahr der Beitragszahlung und dem Geburtsjahr.

**Tabelle 3**  
**Versicherungstechnischer Abschlag bei vorgezogenem**  
**Altersruhegeld (§ 32 Abs. 8)**

| Für das Vorziehen vom | auf das        | Abschlag pro Monat |
|-----------------------|----------------|--------------------|
| 61. Lebensjahr        | 60. Lebensjahr | 0,30 %             |
| 62. Lebensjahr        | 61. Lebensjahr | 0,33 %             |
| 63. Lebensjahr        | 62. Lebensjahr | 0,36 %             |
| 64. Lebensjahr        | 63. Lebensjahr | 0,39 %             |
| 65. Lebensjahr        | 64. Lebensjahr | 0,42 %             |
| 66. Lebensjahr        | 65. Lebensjahr | 0,46 %             |
| 67. Lebensjahr        | 66. Lebensjahr | 0,51 %             |

Die Gesamtminderung des Ruhegelds ergibt sich aus der Addition der für jeden Monat des Vorziehzeitraums zutreffenden Abschlags-Prozentsätze.

**Tabelle 4**  
**Barwertfaktoren für Versorgungsausgleich bei Ehescheidung (§ 40 Abs. 2, Abs. 5)**

**Barwertfaktoren Aktive**

Barwertfaktoren für Versorgungsansprüche, die bis 31. Dezember 2004 erworben wurden

| Alter | Barwertfaktoren für Geburtsjahrgänge |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |       |       |  |
|-------|--------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|-------|-------|--|
|       | bis 1951                             | 1952   | 1953   | 1954   | 1955   | 1956   | 1957   | 1958   | 1959   | 1960   | 1961   | 1962   | 1963   | 1964   | 1965   | 1966   | 1967   | 1968  | 1969  |  |
| 20    | 3,090                                | 3,074  | 3,174  | 3,158  | 3,142  | 3,126  | 3,110  | 3,095  | 3,079  | 3,064  | 3,049  | 3,034  | 3,019  | 2,986  | 2,955  | 2,923  | 2,893  | 2,863 | 2,834 |  |
| 21    | 3,320                                | 3,312  | 3,295  | 3,278  | 3,262  | 3,245  | 3,229  | 3,212  | 3,196  | 3,181  | 3,165  | 3,149  | 3,134  | 3,100  | 3,067  | 3,035  | 3,003  | 2,972 | 2,942 |  |
| 22    | 3,456                                | 3,438  | 3,421  | 3,403  | 3,386  | 3,369  | 3,352  | 3,335  | 3,318  | 3,302  | 3,285  | 3,269  | 3,253  | 3,218  | 3,184  | 3,150  | 3,118  | 3,085 | 3,054 |  |
| 23    | 3,588                                | 3,569  | 3,551  | 3,532  | 3,514  | 3,497  | 3,479  | 3,461  | 3,444  | 3,427  | 3,410  | 3,393  | 3,377  | 3,340  | 3,305  | 3,270  | 3,236  | 3,203 | 3,170 |  |
| 24    | 3,725                                | 3,705  | 3,686  | 3,667  | 3,649  | 3,630  | 3,612  | 3,594  | 3,576  | 3,558  | 3,540  | 3,523  | 3,506  | 3,468  | 3,431  | 3,395  | 3,360  | 3,325 | 3,291 |  |
| 25    | 3,865                                | 3,845  | 3,825  | 3,805  | 3,786  | 3,767  | 3,748  | 3,729  | 3,710  | 3,692  | 3,674  | 3,656  | 3,638  | 3,599  | 3,560  | 3,523  | 3,486  | 3,450 | 3,415 |  |
| 26    | 4,012                                | 3,991  | 3,971  | 3,950  | 3,930  | 3,910  | 3,890  | 3,871  | 3,852  | 3,832  | 3,813  | 3,795  | 3,776  | 3,736  | 3,696  | 3,657  | 3,619  | 3,582 | 3,545 |  |
| 27    | 4,164                                | 4,142  | 4,121  | 4,100  | 4,079  | 4,058  | 4,038  | 4,017  | 3,997  | 3,977  | 3,958  | 3,938  | 3,919  | 3,877  | 3,835  | 3,795  | 3,756  | 3,717 | 3,679 |  |
| 28    | 4,321                                | 4,299  | 4,276  | 4,255  | 4,233  | 4,211  | 4,190  | 4,169  | 4,148  | 4,128  | 4,107  | 4,087  | 4,067  | 4,023  | 3,980  | 3,939  | 3,898  | 3,857 | 3,818 |  |
| 29    | 4,485                                | 4,462  | 4,439  | 4,416  | 4,394  | 4,371  | 4,349  | 4,327  | 4,306  | 4,284  | 4,263  | 4,242  | 4,221  | 4,176  | 4,132  | 4,088  | 4,046  | 4,004 | 3,963 |  |
| 30    | 4,654                                | 4,630  | 4,606  | 4,582  | 4,559  | 4,536  | 4,513  | 4,490  | 4,468  | 4,445  | 4,423  | 4,402  | 4,380  | 4,333  | 4,287  | 4,242  | 4,198  | 4,154 | 4,112 |  |
| 31    | 4,828                                | 4,803  | 4,778  | 4,754  | 4,729  | 4,705  | 4,682  | 4,658  | 4,635  | 4,612  | 4,589  | 4,566  | 4,544  | 4,495  | 4,447  | 4,401  | 4,355  | 4,310 | 4,266 |  |
| 32    | 5,010                                | 4,984  | 4,959  | 4,933  | 4,908  | 4,883  | 4,858  | 4,834  | 4,810  | 4,786  | 4,762  | 4,739  | 4,716  | 4,665  | 4,615  | 4,567  | 4,519  | 4,473 | 4,427 |  |
| 33    | 5,198                                | 5,171  | 5,144  | 5,118  | 5,092  | 5,066  | 5,041  | 5,015  | 4,990  | 4,965  | 4,941  | 4,917  | 4,892  | 4,840  | 4,788  | 4,738  | 4,689  | 4,640 | 4,593 |  |
| 34    | 5,392                                | 5,364  | 5,336  | 5,309  | 5,282  | 5,255  | 5,228  | 5,202  | 5,176  | 5,150  | 5,125  | 5,100  | 5,075  | 5,020  | 4,967  | 4,914  | 4,863  | 4,813 | 4,764 |  |
| 35    | 5,593                                | 5,564  | 5,535  | 5,507  | 5,479  | 5,451  | 5,424  | 5,396  | 5,369  | 5,343  | 5,316  | 5,290  | 5,264  | 5,208  | 5,152  | 5,098  | 5,045  | 4,993 | 4,942 |  |
| 36    | 5,801                                | 5,771  | 5,741  | 5,712  | 5,683  | 5,654  | 5,626  | 5,597  | 5,569  | 5,542  | 5,514  | 5,487  | 5,460  | 5,401  | 5,344  | 5,288  | 5,233  | 5,179 | 5,126 |  |
| 37    | 6,016                                | 5,985  | 5,954  | 5,924  | 5,894  | 5,864  | 5,834  | 5,805  | 5,776  | 5,747  | 5,719  | 5,690  | 5,663  | 5,602  | 5,542  | 5,484  | 5,427  | 5,371 | 5,316 |  |
| 38    | 6,239                                | 6,207  | 6,175  | 6,143  | 6,112  | 6,081  | 6,050  | 6,020  | 5,990  | 5,960  | 5,931  | 5,901  | 5,872  | 5,809  | 5,747  | 5,687  | 5,628  | 5,570 | 5,513 |  |
| 39    | 6,470                                | 6,437  | 6,403  | 6,371  | 6,338  | 6,306  | 6,274  | 6,243  | 6,211  | 6,181  | 6,150  | 6,120  | 6,090  | 6,024  | 5,960  | 5,897  | 5,836  | 5,776 | 5,717 |  |
| 40    | 6,709                                | 6,674  | 6,640  | 6,606  | 6,572  | 6,539  | 6,506  | 6,473  | 6,441  | 6,409  | 6,377  | 6,346  | 6,314  | 6,247  | 6,180  | 6,115  | 6,051  | 5,989 | 5,928 |  |
| 41    | 6,957                                | 6,921  | 6,885  | 6,850  | 6,815  | 6,780  | 6,746  | 6,712  | 6,679  | 6,645  | 6,613  | 6,580  | 6,548  | 6,477  | 6,408  | 6,341  | 6,275  | 6,210 | 6,147 |  |
| 42    | 7,211                                | 7,174  | 7,137  | 7,101  | 7,064  | 7,028  | 6,993  | 6,958  | 6,923  | 6,889  | 6,855  | 6,821  | 6,787  | 6,714  | 6,643  | 6,573  | 6,505  | 6,438 | 6,372 |  |
| 43    | 7,477                                | 7,439  | 7,400  | 7,362  | 7,325  | 7,288  | 7,251  | 7,214  | 7,178  | 7,143  | 7,107  | 7,072  | 7,038  | 6,962  | 6,888  | 6,816  | 6,745  | 6,675 | 6,607 |  |
| 44    | 7,751                                | 7,711  | 7,671  | 7,632  | 7,593  | 7,555  | 7,516  | 7,479  | 7,441  | 7,404  | 7,368  | 7,331  | 7,295  | 7,217  | 7,140  | 7,065  | 6,992  | 6,920 | 6,849 |  |
| 45    | 8,035                                | 7,994  | 7,953  | 7,912  | 7,871  | 7,831  | 7,792  | 7,753  | 7,714  | 7,676  | 7,638  | 7,600  | 7,563  | 7,482  | 7,402  | 7,324  | 7,248  | 7,173 | 7,100 |  |
| 46    | 8,331                                | 8,288  | 8,245  | 8,203  | 8,161  | 8,119  | 8,078  | 8,038  | 7,998  | 7,958  | 7,918  | 7,879  | 7,841  | 7,757  | 7,674  | 7,593  | 7,514  | 7,437 | 7,361 |  |
| 47    | 8,635                                | 8,590  | 8,546  | 8,502  | 8,459  | 8,416  | 8,374  | 8,332  | 8,290  | 8,249  | 8,208  | 8,167  | 8,127  | 8,040  | 7,955  | 7,871  | 7,789  | 7,709 | 7,630 |  |
| 48    | 8,951                                | 8,905  | 8,859  | 8,813  | 8,768  | 8,724  | 8,680  | 8,636  | 8,593  | 8,550  | 8,508  | 8,466  | 8,425  | 8,334  | 8,245  | 8,159  | 8,074  | 7,991 | 7,909 |  |
| 49    | 9,278                                | 9,230  | 9,182  | 9,135  | 9,089  | 9,043  | 8,997  | 8,952  | 8,907  | 8,863  | 8,819  | 8,775  | 8,732  | 8,639  | 8,547  | 8,457  | 8,369  | 8,282 | 8,198 |  |
| 50    | 9,617                                | 9,568  | 9,518  | 9,470  | 9,421  | 9,373  | 9,326  | 9,279  | 9,233  | 9,187  | 9,142  | 9,097  | 9,052  | 8,955  | 8,859  | 8,766  | 8,675  | 8,586 | 8,498 |  |
| 51    | 9,969                                | 9,918  | 9,867  | 9,816  | 9,766  | 9,717  | 9,667  | 9,619  | 9,571  | 9,523  | 9,476  | 9,429  | 9,383  | 9,282  | 9,184  | 9,087  | 8,992  | 8,900 | 8,809 |  |
| 52    | 10,333                               | 10,279 | 10,226 | 10,174 | 10,122 | 10,071 | 10,020 | 9,969  | 9,920  | 9,870  | 9,821  | 9,773  | 9,725  | 9,621  | 9,518  | 9,418  | 9,320  | 9,224 | 9,130 |  |
| 53    | 10,712                               | 10,656 | 10,601 | 10,547 | 10,493 | 10,440 | 10,387 | 10,335 | 10,284 | 10,232 | 10,182 | 10,132 | 10,082 | 9,974  | 9,868  | 9,764  | 9,662  | 9,563 | 9,465 |  |
| 54    | 11,103                               | 11,046 | 10,989 | 10,933 | 10,877 | 10,822 | 10,767 | 10,713 | 10,659 | 10,606 | 10,554 | 10,502 | 10,451 | 10,338 | 10,228 | 10,121 | 10,015 | 9,912 | 9,811 |  |

| Barwertfaktoren für Geburtsjahrgänge |          |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |         |
|--------------------------------------|----------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|
| Alter                                | bis 1951 | 1952   | 1953   | 1954   | 1955   | 1956   | 1957   | 1958   | 1959   | 1960   | 1961   | 1962   | 1963   | 1964   | 1965   | 1966   | 1967   | 1968   | ab 1969 |
| 56                                   | 11,512   | 11,452 | 11,393 | 11,335 | 11,277 | 11,220 | 11,163 | 11,107 | 11,052 | 10,997 | 10,942 | 10,888 | 10,835 | 10,779 | 10,605 | 10,493 | 10,384 | 10,277 | 10,172  |
| 57                                   | 11,936   | 11,875 | 11,813 | 11,753 | 11,693 | 11,634 | 11,575 | 11,517 | 11,459 | 11,402 | 11,346 | 11,290 | 11,235 | 11,174 | 10,996 | 10,880 | 10,767 | 10,656 | 10,547  |
| 58                                   | 12,379   | 12,315 | 12,251 | 12,189 | 12,126 | 12,065 | 12,004 | 11,944 | 11,884 | 11,825 | 11,766 | 11,708 | 11,651 | 11,526 | 11,403 | 11,283 | 11,166 | 11,051 | 10,938  |
| 59                                   | 12,841   | 12,774 | 12,708 | 12,643 | 12,579 | 12,515 | 12,452 | 12,389 | 12,327 | 12,266 | 12,205 | 12,145 | 12,086 | 11,956 | 11,829 | 11,704 | 11,582 | 11,463 | 11,346  |
| 60                                   | 13,324   | 13,255 | 13,187 | 13,119 | 13,052 | 12,986 | 12,920 | 12,855 | 12,791 | 12,728 | 12,665 | 12,602 | 12,540 | 12,406 | 12,274 | 12,145 | 12,018 | 11,894 | 11,773  |
| 61                                   | 13,829   | 13,757 | 13,686 | 13,616 | 13,547 | 13,478 | 13,410 | 13,342 | 13,276 | 13,210 | 13,144 | 13,080 | 13,016 | 12,876 | 12,739 | 12,605 | 12,473 | 12,345 | 12,219  |
| 62                                   | 14,361   | 14,286 | 14,213 | 14,140 | 14,068 | 13,996 | 13,926 | 13,856 | 13,786 | 13,718 | 13,650 | 13,583 | 13,516 | 13,371 | 13,229 | 13,090 | 12,953 | 12,820 | 12,689  |
| 63                                   | 14,919   | 14,841 | 14,765 | 14,689 | 14,614 | 14,540 | 14,467 | 14,394 | 14,322 | 14,251 | 14,180 | 14,110 | 14,041 | 13,890 | 13,743 | 13,598 | 13,457 | 13,318 | 13,182  |
| 64                                   | 15,500   | 15,420 | 15,341 | 15,262 | 15,184 | 15,107 | 15,031 | 14,955 | 14,880 | 14,806 | 14,733 | 14,661 | 14,589 | 14,432 | 14,279 | 14,128 | 13,981 | 13,837 | 13,696  |
| 65                                   | 16,108   | 16,025 | 15,942 | 15,860 | 15,779 | 15,699 | 15,620 | 15,542 | 15,464 | 15,387 | 15,311 | 15,235 | 15,161 | 14,998 | 14,838 | 14,682 | 14,529 | 14,380 | 14,233  |
| 66                                   | 16,743   | 16,656 | 16,570 | 16,485 | 16,401 | 16,318 | 16,236 | 16,154 | 16,073 | 15,994 | 15,914 | 15,836 | 15,758 | 15,589 | 15,423 | 15,261 | 15,102 | 14,946 | 14,794  |
| 67                                   | 17,411   | 17,320 | 17,231 | 17,143 | 17,055 | 16,969 | 16,883 | 16,798 | 16,714 | 16,631 | 16,549 | 16,468 | 16,387 | 16,211 | 16,038 | 15,870 | 15,704 | 15,543 | 15,384  |

Barwertfaktoren für Versorgungsanrechte, die zwischen dem 1. Januar 2005 und dem 31. Dezember 2009 erworben wurden

| Barwertfaktoren für Geburtsjahrgänge |          |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |         |
|--------------------------------------|----------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|
| Alter                                | bis 1951 | 1952  | 1953  | 1954  | 1955  | 1956  | 1957  | 1958  | 1959  | 1960  | 1961  | 1962  | 1963  | 1964  | 1965  | 1966  | 1967  | 1968  | ab 1969 |
| 20                                   | 4,743    | 4,719 | 4,694 | 4,670 | 4,646 | 4,623 | 4,599 | 4,576 | 4,553 | 4,531 | 4,508 | 4,486 | 4,464 | 4,416 | 4,369 | 4,323 | 4,278 | 4,234 | 4,191   |
| 21                                   | 4,888    | 4,863 | 4,838 | 4,813 | 4,788 | 4,764 | 4,740 | 4,716 | 4,693 | 4,669 | 4,646 | 4,623 | 4,601 | 4,551 | 4,503 | 4,455 | 4,409 | 4,364 | 4,319   |
| 22                                   | 5,036    | 5,010 | 4,984 | 4,959 | 4,933 | 4,908 | 4,884 | 4,859 | 4,835 | 4,811 | 4,787 | 4,763 | 4,740 | 4,689 | 4,639 | 4,590 | 4,543 | 4,496 | 4,450   |
| 23                                   | 5,190    | 5,163 | 5,137 | 5,110 | 5,084 | 5,058 | 5,033 | 5,008 | 4,983 | 4,958 | 4,933 | 4,909 | 4,885 | 4,832 | 4,781 | 4,731 | 4,682 | 4,633 | 4,586   |
| 24                                   | 5,349    | 5,321 | 5,293 | 5,266 | 5,239 | 5,213 | 5,187 | 5,161 | 5,135 | 5,109 | 5,084 | 5,059 | 5,034 | 4,980 | 4,927 | 4,875 | 4,824 | 4,775 | 4,726   |
| 25                                   | 5,510    | 5,482 | 5,454 | 5,426 | 5,398 | 5,371 | 5,344 | 5,317 | 5,290 | 5,264 | 5,238 | 5,212 | 5,186 | 5,131 | 5,076 | 5,023 | 4,970 | 4,919 | 4,869   |
| 26                                   | 5,678    | 5,649 | 5,619 | 5,591 | 5,562 | 5,534 | 5,506 | 5,478 | 5,451 | 5,424 | 5,397 | 5,370 | 5,344 | 5,287 | 5,230 | 5,175 | 5,121 | 5,069 | 5,017   |
| 27                                   | 5,850    | 5,820 | 5,790 | 5,760 | 5,731 | 5,702 | 5,673 | 5,644 | 5,616 | 5,588 | 5,560 | 5,533 | 5,506 | 5,447 | 5,389 | 5,332 | 5,277 | 5,222 | 5,169   |
| 28                                   | 6,028    | 5,996 | 5,966 | 5,935 | 5,905 | 5,875 | 5,845 | 5,816 | 5,787 | 5,758 | 5,729 | 5,701 | 5,673 | 5,612 | 5,553 | 5,494 | 5,437 | 5,381 | 5,326   |
| 29                                   | 6,210    | 6,178 | 6,146 | 6,114 | 6,083 | 6,052 | 6,022 | 5,991 | 5,962 | 5,932 | 5,903 | 5,873 | 5,845 | 5,782 | 5,720 | 5,660 | 5,601 | 5,544 | 5,487   |
| 30                                   | 6,398    | 6,365 | 6,332 | 6,299 | 6,267 | 6,235 | 6,204 | 6,173 | 6,142 | 6,111 | 6,081 | 6,051 | 6,022 | 5,957 | 5,893 | 5,831 | 5,771 | 5,711 | 5,653   |
| 31                                   | 6,590    | 6,556 | 6,522 | 6,489 | 6,456 | 6,423 | 6,390 | 6,358 | 6,327 | 6,295 | 6,264 | 6,233 | 6,203 | 6,136 | 6,071 | 6,007 | 5,944 | 5,883 | 5,823   |
| 32                                   | 6,788    | 6,753 | 6,718 | 6,684 | 6,650 | 6,616 | 6,583 | 6,549 | 6,517 | 6,484 | 6,452 | 6,420 | 6,389 | 6,320 | 6,253 | 6,187 | 6,123 | 6,060 | 5,998   |
| 33                                   | 6,992    | 6,956 | 6,920 | 6,884 | 6,849 | 6,814 | 6,780 | 6,746 | 6,712 | 6,679 | 6,646 | 6,613 | 6,581 | 6,510 | 6,441 | 6,373 | 6,307 | 6,242 | 6,178   |
| 34                                   | 7,201    | 7,164 | 7,127 | 7,090 | 7,054 | 7,019 | 6,983 | 6,948 | 6,913 | 6,879 | 6,845 | 6,811 | 6,778 | 6,705 | 6,634 | 6,564 | 6,496 | 6,429 | 6,363   |
| 35                                   | 7,416    | 7,378 | 7,340 | 7,302 | 7,265 | 7,228 | 7,192 | 7,155 | 7,120 | 7,084 | 7,049 | 7,015 | 6,980 | 6,905 | 6,832 | 6,760 | 6,689 | 6,621 | 6,553   |
| 36                                   | 7,638    | 7,599 | 7,559 | 7,521 | 7,482 | 7,444 | 7,407 | 7,370 | 7,333 | 7,296 | 7,260 | 7,224 | 7,189 | 7,112 | 7,036 | 6,962 | 6,890 | 6,819 | 6,749   |
| 37                                   | 7,864    | 7,824 | 7,783 | 7,743 | 7,704 | 7,665 | 7,626 | 7,588 | 7,550 | 7,512 | 7,475 | 7,438 | 7,402 | 7,322 | 7,245 | 7,168 | 7,094 | 7,021 | 6,949   |
| 38                                   | 8,098    | 8,056 | 8,014 | 7,973 | 7,932 | 7,892 | 7,852 | 7,813 | 7,774 | 7,735 | 7,697 | 7,659 | 7,621 | 7,540 | 7,459 | 7,381 | 7,304 | 7,229 | 7,155   |
| 39                                   | 8,337    | 8,294 | 8,252 | 8,209 | 8,167 | 8,126 | 8,085 | 8,044 | 8,004 | 7,964 | 7,925 | 7,886 | 7,847 | 7,763 | 7,680 | 7,600 | 7,520 | 7,443 | 7,367   |
| 40                                   | 8,583    | 8,539 | 8,495 | 8,451 | 8,408 | 8,365 | 8,323 | 8,281 | 8,240 | 8,199 | 8,158 | 8,118 | 8,078 | 7,992 | 7,907 | 7,823 | 7,742 | 7,662 | 7,584   |
| 41                                   | 8,837    | 8,791 | 8,746 | 8,701 | 8,656 | 8,612 | 8,569 | 8,526 | 8,483 | 8,441 | 8,399 | 8,358 | 8,317 | 8,228 | 8,140 | 8,054 | 7,971 | 7,888 | 7,808   |
| 42                                   | 9,097    | 9,050 | 9,003 | 8,957 | 8,911 | 8,866 | 8,821 | 8,777 | 8,733 | 8,690 | 8,647 | 8,604 | 8,562 | 8,470 | 8,380 | 8,292 | 8,205 | 8,121 | 8,038   |
| 43                                   | 9,364    | 9,315 | 9,267 | 9,220 | 9,173 | 9,126 | 9,080 | 9,035 | 8,990 | 8,945 | 8,901 | 8,857 | 8,813 | 8,719 | 8,626 | 8,535 | 8,446 | 8,359 | 8,274   |

| Alter | Barwertfaktoren für Geburtsjahrgänge |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |         |
|-------|--------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|
|       | bis 1951                             | 1952   | 1953   | 1954   | 1955   | 1956   | 1957   | 1958   | 1959   | 1960   | 1961   | 1962   | 1963   | 1964   | 1965   | 1966   | 1967   | 1968   | ab 1969 |
| 44    | 9,638                                | 9,588  | 9,539  | 9,490  | 9,441  | 9,393  | 9,346  | 9,299  | 9,252  | 9,206  | 9,161  | 9,116  | 9,071  | 8,974  | 8,878  | 8,785  | 8,693  | 8,604  | 8,516   |
| 45    | 9,921                                | 9,869  | 9,819  | 9,768  | 9,718  | 9,669  | 9,620  | 9,572  | 9,524  | 9,477  | 9,430  | 9,383  | 9,337  | 9,237  | 9,139  | 9,043  | 8,949  | 8,856  | 8,766   |
| 46    | 10,211                               | 10,158 | 10,105 | 10,053 | 10,002 | 9,951  | 9,901  | 9,851  | 9,802  | 9,754  | 9,705  | 9,657  | 9,610  | 9,507  | 9,406  | 9,307  | 9,210  | 9,115  | 9,022   |
| 47    | 10,509                               | 10,455 | 10,401 | 10,348 | 10,295 | 10,243 | 10,191 | 10,140 | 10,089 | 10,039 | 9,989  | 9,940  | 9,891  | 9,785  | 9,681  | 9,579  | 9,479  | 9,382  | 9,286   |
| 48    | 10,816                               | 10,760 | 10,705 | 10,650 | 10,595 | 10,542 | 10,488 | 10,436 | 10,384 | 10,332 | 10,281 | 10,230 | 10,180 | 10,071 | 9,964  | 9,859  | 9,756  | 9,655  | 9,557   |
| 49    | 11,132                               | 11,074 | 11,017 | 10,961 | 10,905 | 10,849 | 10,795 | 10,740 | 10,687 | 10,634 | 10,581 | 10,529 | 10,477 | 10,365 | 10,254 | 10,146 | 10,041 | 9,937  | 9,836   |
| 50    | 11,457                               | 11,397 | 11,338 | 11,280 | 11,223 | 11,166 | 11,110 | 11,054 | 10,998 | 10,944 | 10,890 | 10,836 | 10,783 | 10,667 | 10,554 | 10,443 | 10,334 | 10,227 | 10,123  |
| 51    | 11,790                               | 11,729 | 11,669 | 11,609 | 11,550 | 11,491 | 11,433 | 11,376 | 11,319 | 11,263 | 11,207 | 11,152 | 11,097 | 10,978 | 10,861 | 10,747 | 10,635 | 10,525 | 10,418  |
| 52    | 12,134                               | 12,072 | 12,009 | 11,948 | 11,887 | 11,827 | 11,767 | 11,708 | 11,649 | 11,591 | 11,534 | 11,477 | 11,421 | 11,298 | 11,178 | 11,060 | 10,945 | 10,832 | 10,722  |
| 53    | 12,489                               | 12,424 | 12,360 | 12,297 | 12,234 | 12,172 | 12,110 | 12,050 | 11,989 | 11,930 | 11,871 | 11,812 | 11,754 | 11,628 | 11,504 | 11,383 | 11,265 | 11,149 | 11,035  |
| 54    | 12,853                               | 12,787 | 12,721 | 12,655 | 12,591 | 12,527 | 12,464 | 12,401 | 12,339 | 12,278 | 12,217 | 12,157 | 12,097 | 11,967 | 11,840 | 11,715 | 11,594 | 11,474 | 11,357  |
| 55    | 13,230                               | 13,161 | 13,094 | 13,027 | 12,960 | 12,894 | 12,829 | 12,765 | 12,701 | 12,638 | 12,575 | 12,513 | 12,452 | 12,318 | 12,187 | 12,059 | 11,933 | 11,810 | 11,690  |
| 56    | 13,619                               | 13,549 | 13,479 | 13,410 | 13,341 | 13,274 | 13,207 | 13,140 | 13,075 | 13,010 | 12,945 | 12,882 | 12,818 | 12,681 | 12,546 | 12,414 | 12,285 | 12,158 | 12,034  |
| 57    | 14,021                               | 13,948 | 13,877 | 13,805 | 13,735 | 13,665 | 13,596 | 13,528 | 13,460 | 13,394 | 13,327 | 13,262 | 13,197 | 13,055 | 12,916 | 12,780 | 12,647 | 12,517 | 12,389  |
| 58    | 14,438                               | 14,363 | 14,289 | 14,216 | 14,143 | 14,071 | 14,000 | 13,930 | 13,860 | 13,791 | 13,723 | 13,656 | 13,589 | 13,443 | 13,300 | 13,160 | 13,023 | 12,888 | 12,757  |
| 59    | 14,870                               | 14,793 | 14,717 | 14,641 | 14,567 | 14,493 | 14,419 | 14,347 | 14,275 | 14,204 | 14,134 | 14,064 | 14,488 | 14,417 | 14,262 | 14,111 | 13,962 | 13,817 | 13,674  |
| 60    | 15,318                               | 15,239 | 15,160 | 15,082 | 15,006 | 14,929 | 14,854 | 14,779 | 14,706 | 14,632 | 14,560 | 14,488 | 14,417 | 14,262 | 14,111 | 13,962 | 13,817 | 13,674 | 13,535  |
| 61    | 15,787                               | 15,705 | 15,624 | 15,544 | 15,465 | 15,386 | 15,308 | 15,231 | 15,155 | 15,080 | 15,005 | 14,931 | 14,858 | 14,699 | 14,542 | 14,389 | 14,239 | 14,093 | 13,949  |
| 62    | 16,275                               | 16,191 | 16,108 | 16,025 | 15,943 | 15,863 | 15,782 | 15,703 | 15,625 | 15,547 | 15,470 | 15,394 | 15,318 | 15,154 | 14,993 | 14,835 | 14,680 | 14,529 | 14,381  |
| 63    | 16,781                               | 16,694 | 16,608 | 16,523 | 16,439 | 16,356 | 16,273 | 16,191 | 16,110 | 16,030 | 15,951 | 15,872 | 15,795 | 15,625 | 15,459 | 15,296 | 15,137 | 14,981 | 14,828  |
| 64    | 17,306                               | 17,217 | 17,128 | 17,040 | 16,953 | 16,867 | 16,782 | 16,698 | 16,615 | 16,532 | 16,450 | 16,369 | 16,289 | 16,114 | 15,942 | 15,775 | 15,610 | 15,450 | 15,292  |
| 65    | 17,851                               | 17,758 | 17,667 | 17,576 | 17,487 | 17,398 | 17,310 | 17,223 | 17,137 | 17,052 | 16,968 | 16,884 | 16,801 | 16,621 | 16,444 | 16,271 | 16,101 | 15,936 | 15,773  |
| 66    | 18,416                               | 18,320 | 18,226 | 18,132 | 18,040 | 17,948 | 17,858 | 17,768 | 17,679 | 17,591 | 17,504 | 17,418 | 17,333 | 17,146 | 16,964 | 16,786 | 16,611 | 16,440 | 16,272  |
| 67    | 19,007                               | 18,909 | 18,812 | 18,715 | 18,620 | 18,525 | 18,432 | 18,339 | 18,248 | 18,157 | 18,067 | 17,978 | 17,890 | 17,698 | 17,509 | 17,325 | 17,145 | 16,968 | 16,795  |

## Barwertfaktoren für Versorgungsanrechte, die ab dem 1. Januar 2010 erworben wurden

| Alter | Barwertfaktoren für Geburtsjahrgänge |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |         |
|-------|--------------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|---------|
|       | bis 1951                             | 1952  | 1953  | 1954  | 1955  | 1956  | 1957  | 1958  | 1959  | 1960  | 1961  | 1962  | 1963  | 1964  | 1965  | 1966  | 1967  | 1968  | ab 1969 |
| 20    | 7,615                                | 7,576 | 7,537 | 7,498 | 7,460 | 7,422 | 7,385 | 7,348 | 7,311 | 7,275 | 7,239 | 7,203 | 7,168 | 7,091 | 7,015 | 6,941 | 6,869 | 6,798 | 6,729   |
| 21    | 7,792                                | 7,752 | 7,712 | 7,672 | 7,633 | 7,594 | 7,556 | 7,518 | 7,480 | 7,443 | 7,406 | 7,370 | 7,334 | 7,255 | 7,178 | 7,102 | 7,028 | 6,956 | 6,885   |
| 22    | 7,972                                | 7,931 | 7,890 | 7,849 | 7,809 | 7,770 | 7,730 | 7,692 | 7,653 | 7,615 | 7,577 | 7,540 | 7,503 | 7,423 | 7,344 | 7,266 | 7,191 | 7,117 | 7,044   |
| 23    | 8,156                                | 8,114 | 8,072 | 8,031 | 7,990 | 7,949 | 7,909 | 7,870 | 7,830 | 7,791 | 7,753 | 7,715 | 7,677 | 7,594 | 7,514 | 7,434 | 7,357 | 7,281 | 7,207   |
| 24    | 8,344                                | 8,301 | 8,258 | 8,216 | 8,174 | 8,133 | 8,092 | 8,051 | 8,011 | 7,971 | 7,931 | 7,892 | 7,854 | 7,769 | 7,687 | 7,606 | 7,527 | 7,449 | 7,373   |
| 25    | 8,538                                | 8,494 | 8,450 | 8,407 | 8,364 | 8,321 | 8,279 | 8,238 | 8,196 | 8,156 | 8,115 | 8,075 | 8,036 | 7,949 | 7,865 | 7,782 | 7,701 | 7,622 | 7,544   |
| 26    | 8,735                                | 8,689 | 8,645 | 8,600 | 8,557 | 8,513 | 8,470 | 8,428 | 8,385 | 8,344 | 8,302 | 8,262 | 8,221 | 8,133 | 8,046 | 7,962 | 7,879 | 7,798 | 7,718   |
| 27    | 8,936                                | 8,890 | 8,844 | 8,799 | 8,754 | 8,709 | 8,665 | 8,622 | 8,579 | 8,536 | 8,494 | 8,452 | 8,411 | 8,320 | 8,232 | 8,145 | 8,060 | 7,977 | 7,896   |
| 28    | 9,142                                | 9,095 | 9,048 | 9,002 | 8,956 | 8,910 | 8,865 | 8,821 | 8,777 | 8,733 | 8,690 | 8,647 | 8,605 | 8,512 | 8,422 | 8,333 | 8,246 | 8,161 | 8,078   |
| 29    | 9,353                                | 9,304 | 9,256 | 9,209 | 9,162 | 9,115 | 9,069 | 9,024 | 8,979 | 8,934 | 8,890 | 8,846 | 8,803 | 8,708 | 8,616 | 8,525 | 8,436 | 8,349 | 8,264   |
| 30    | 9,567                                | 9,517 | 9,468 | 9,419 | 9,371 | 9,324 | 9,277 | 9,230 | 9,184 | 9,138 | 9,093 | 9,048 | 9,004 | 8,907 | 8,813 | 8,720 | 8,629 | 8,540 | 8,453   |
| 31    | 9,786                                | 9,735 | 9,685 | 9,636 | 9,586 | 9,538 | 9,490 | 9,442 | 9,395 | 9,348 | 9,302 | 9,256 | 9,211 | 9,112 | 9,015 | 8,920 | 8,827 | 8,736 | 8,647   |

| Barwertfaktoren für Geburtsjahrgänge |          |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |        |         |
|--------------------------------------|----------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|
| Alter                                | bis 1951 | 1952   | 1953   | 1954   | 1955   | 1956   | 1957   | 1958   | 1959   | 1960   | 1961   | 1962   | 1963   | 1964   | 1965   | 1966   | 1967   | 1968   | ab 1969 |
| 32                                   | 10,010   | 9,958  | 9,907  | 9,856  | 9,806  | 9,756  | 9,707  | 9,658  | 9,610  | 9,562  | 9,515  | 9,468  | 9,422  | 9,320  | 9,221  | 9,124  | 9,029  | 8,936  | 8,845   |
| 33                                   | 10,239   | 10,186 | 10,133 | 10,081 | 10,030 | 9,979  | 9,929  | 9,879  | 9,829  | 9,781  | 9,732  | 9,684  | 9,637  | 9,533  | 9,432  | 9,333  | 9,235  | 9,140  | 9,047   |
| 34                                   | 10,472   | 10,418 | 10,364 | 10,311 | 10,258 | 10,206 | 10,155 | 10,104 | 10,053 | 10,003 | 9,954  | 9,905  | 9,856  | 9,750  | 9,647  | 9,545  | 9,446  | 9,348  | 9,253   |
| 35                                   | 10,711   | 10,655 | 10,600 | 10,546 | 10,492 | 10,439 | 10,386 | 10,334 | 10,282 | 10,231 | 10,181 | 10,131 | 10,081 | 9,973  | 9,867  | 9,763  | 9,661  | 9,562  | 9,464   |
| 36                                   | 10,953   | 10,896 | 10,840 | 10,784 | 10,729 | 10,675 | 10,621 | 10,568 | 10,515 | 10,463 | 10,411 | 10,360 | 10,309 | 10,198 | 10,090 | 9,983  | 9,880  | 9,778  | 9,678   |
| 37                                   | 11,202   | 11,144 | 11,086 | 11,030 | 10,973 | 10,918 | 10,863 | 10,808 | 10,754 | 10,701 | 10,648 | 10,595 | 10,543 | 10,430 | 10,319 | 10,210 | 10,104 | 10,000 | 9,898   |
| 38                                   | 11,454   | 11,395 | 11,336 | 11,278 | 11,221 | 11,164 | 11,107 | 11,052 | 10,996 | 10,942 | 10,887 | 10,834 | 10,781 | 10,665 | 10,552 | 10,440 | 10,332 | 10,225 | 10,121  |
| 39                                   | 11,713   | 11,653 | 11,593 | 11,533 | 11,475 | 11,416 | 11,359 | 11,302 | 11,245 | 11,189 | 11,134 | 11,079 | 11,025 | 10,906 | 10,790 | 10,677 | 10,566 | 10,457 | 10,350  |
| 40                                   | 11,977   | 11,915 | 11,854 | 11,793 | 11,733 | 11,673 | 11,614 | 11,556 | 11,498 | 11,441 | 11,384 | 11,328 | 11,273 | 11,152 | 11,033 | 10,917 | 10,803 | 10,692 | 10,583  |
| 41                                   | 12,246   | 12,183 | 12,120 | 12,058 | 11,997 | 11,936 | 11,876 | 11,816 | 11,757 | 11,698 | 11,640 | 11,583 | 11,526 | 11,403 | 11,281 | 11,163 | 11,046 | 10,933 | 10,821  |
| 42                                   | 12,522   | 12,457 | 12,392 | 12,329 | 12,266 | 12,204 | 12,142 | 12,081 | 12,021 | 11,961 | 11,902 | 11,843 | 11,785 | 11,659 | 11,535 | 11,413 | 11,294 | 11,178 | 11,064  |
| 43                                   | 12,802   | 12,736 | 12,670 | 12,605 | 12,541 | 12,477 | 12,414 | 12,352 | 12,290 | 12,229 | 12,169 | 12,109 | 12,049 | 11,920 | 11,793 | 11,669 | 11,548 | 11,429 | 11,312  |
| 44                                   | 13,089   | 13,021 | 12,954 | 12,887 | 12,822 | 12,756 | 12,692 | 12,628 | 12,565 | 12,503 | 12,441 | 12,380 | 12,319 | 12,187 | 12,057 | 11,930 | 11,806 | 11,684 | 11,565  |
| 45                                   | 13,382   | 13,312 | 13,244 | 13,176 | 13,109 | 13,042 | 12,976 | 12,911 | 12,847 | 12,783 | 12,719 | 12,657 | 12,595 | 12,459 | 12,327 | 12,197 | 12,070 | 11,946 | 11,824  |
| 46                                   | 13,680   | 13,610 | 13,539 | 13,470 | 13,401 | 13,333 | 13,266 | 13,199 | 13,133 | 13,068 | 13,003 | 12,939 | 12,876 | 12,738 | 12,602 | 12,470 | 12,340 | 12,213 | 12,088  |
| 47                                   | 13,986   | 13,914 | 13,842 | 13,771 | 13,701 | 13,631 | 13,562 | 13,494 | 13,427 | 13,360 | 13,294 | 13,228 | 13,164 | 13,022 | 12,884 | 12,748 | 12,615 | 12,485 | 12,358  |
| 48                                   | 14,298   | 14,224 | 14,151 | 14,078 | 14,007 | 13,936 | 13,865 | 13,796 | 13,727 | 13,658 | 13,591 | 13,524 | 13,458 | 13,313 | 13,171 | 13,033 | 12,897 | 12,764 | 12,634  |
| 49                                   | 14,617   | 14,542 | 14,467 | 14,393 | 14,319 | 14,247 | 14,175 | 14,104 | 14,033 | 13,963 | 13,894 | 13,826 | 13,758 | 13,610 | 13,465 | 13,324 | 13,185 | 13,049 | 12,916  |
| 50                                   | 14,943   | 14,866 | 14,789 | 14,714 | 14,639 | 14,564 | 14,491 | 14,418 | 14,346 | 14,275 | 14,204 | 14,134 | 14,065 | 13,914 | 13,766 | 13,621 | 13,479 | 13,340 | 13,204  |
| 51                                   | 15,277   | 15,198 | 15,120 | 15,042 | 14,966 | 14,890 | 14,815 | 14,740 | 14,666 | 14,594 | 14,521 | 14,450 | 14,379 | 14,224 | 14,073 | 13,925 | 13,780 | 13,638 | 13,499  |
| 52                                   | 15,617   | 15,536 | 15,456 | 15,377 | 15,298 | 15,221 | 15,144 | 15,068 | 14,992 | 14,918 | 14,844 | 14,771 | 14,699 | 14,541 | 14,386 | 14,235 | 14,086 | 13,941 | 13,799  |
| 53                                   | 15,967   | 15,884 | 15,802 | 15,721 | 15,641 | 15,561 | 15,483 | 15,405 | 15,328 | 15,252 | 15,176 | 15,102 | 15,028 | 14,866 | 14,708 | 14,553 | 14,402 | 14,253 | 14,108  |
| 54                                   | 16,323   | 16,238 | 16,155 | 16,072 | 15,990 | 15,909 | 15,829 | 15,749 | 15,670 | 15,592 | 15,515 | 15,439 | 15,363 | 15,198 | 15,036 | 14,878 | 14,723 | 14,572 | 14,423  |
| 55                                   | 16,689   | 16,602 | 16,517 | 16,432 | 16,348 | 16,265 | 16,183 | 16,102 | 16,021 | 15,942 | 15,863 | 15,785 | 15,707 | 15,538 | 15,373 | 15,211 | 15,053 | 14,898 | 14,746  |
| 56                                   | 17,064   | 16,976 | 16,888 | 16,802 | 16,716 | 16,631 | 16,547 | 16,464 | 16,382 | 16,301 | 16,220 | 16,140 | 16,061 | 15,888 | 15,719 | 15,554 | 15,392 | 15,233 | 15,078  |
| 57                                   | 17,449   | 17,359 | 17,269 | 17,181 | 17,093 | 17,006 | 16,921 | 16,836 | 16,751 | 16,668 | 16,586 | 16,504 | 16,423 | 16,247 | 16,074 | 15,905 | 15,739 | 15,577 | 15,418  |
| 58                                   | 17,846   | 17,754 | 17,662 | 17,572 | 17,482 | 17,394 | 17,306 | 17,219 | 17,133 | 17,048 | 16,963 | 16,880 | 16,797 | 16,616 | 16,440 | 16,267 | 16,097 | 15,932 | 15,769  |
| 59                                   | 18,255   | 18,160 | 18,067 | 17,974 | 17,882 | 17,792 | 17,702 | 17,613 | 17,525 | 17,438 | 17,352 | 17,266 | 17,182 | 16,997 | 16,816 | 16,639 | 16,466 | 16,296 | 16,130  |
| 60                                   | 18,677   | 18,580 | 18,485 | 18,390 | 18,296 | 18,203 | 18,111 | 18,020 | 17,930 | 17,841 | 17,753 | 17,665 | 17,579 | 17,390 | 17,205 | 17,024 | 16,847 | 16,673 | 16,503  |
| 61                                   | 19,114   | 19,015 | 18,917 | 18,820 | 18,724 | 18,629 | 18,535 | 18,442 | 18,350 | 18,258 | 18,168 | 18,079 | 17,990 | 17,797 | 17,607 | 17,422 | 17,241 | 17,063 | 16,889  |
| 62                                   | 19,568   | 19,466 | 19,366 | 19,267 | 19,169 | 19,071 | 18,975 | 18,880 | 18,785 | 18,692 | 18,599 | 18,508 | 18,417 | 18,219 | 18,025 | 17,836 | 17,650 | 17,468 | 17,290  |
| 63                                   | 20,028   | 19,925 | 19,822 | 19,720 | 19,620 | 19,520 | 19,422 | 19,324 | 19,228 | 19,132 | 19,037 | 18,943 | 18,851 | 18,648 | 18,450 | 18,256 | 18,066 | 17,879 | 17,697  |
| 64                                   | 20,501   | 20,395 | 20,290 | 20,186 | 20,083 | 19,981 | 19,880 | 19,781 | 19,682 | 19,584 | 19,487 | 19,391 | 19,296 | 19,089 | 18,886 | 18,687 | 18,492 | 18,302 | 18,115  |
| 65                                   | 20,988   | 20,879 | 20,772 | 20,665 | 20,560 | 20,456 | 20,352 | 20,250 | 20,149 | 20,049 | 19,949 | 19,851 | 19,754 | 19,542 | 19,334 | 19,130 | 18,931 | 18,736 | 18,545  |
| 66                                   | 21,488   | 21,377 | 21,267 | 21,158 | 21,050 | 20,943 | 20,837 | 20,733 | 20,629 | 20,526 | 20,425 | 20,324 | 20,225 | 20,007 | 19,795 | 19,586 | 19,382 | 19,183 | 18,987  |
| 67                                   | 22,008   | 21,894 | 21,781 | 21,669 | 21,559 | 21,449 | 21,341 | 21,234 | 21,128 | 21,023 | 20,919 | 20,816 | 20,714 | 20,491 | 20,273 | 20,060 | 19,851 | 19,646 | 19,446  |

## Barwertfaktoren Rentner

| Alter | Versorgungsrechte, die bis 31.12.2004 erworben wurden | Versorgungsrechte, die zwischen dem 1.1.2005 und dem 31.12.2009 erworben wurden | Versorgungsrechte, die ab dem 1.1.2010 erworben wurden |
|-------|---|---|--|
| 20    | 14,617  | 16,654  | 19,338   |
| 21    | 14,750  | 16,824  | 19,556   |
| 22    | 14,893  | 17,006  | 19,786   |
| 23    | 15,047  | 17,201  | 20,032   |
| 24    | 15,213  | 17,409  | 20,293   |
| 25    | 15,392  | 17,632  | 20,570   |
| 26    | 15,585  | 17,871  | 20,865   |
| 27    | 15,793  | 18,126  | 21,176   |
| 28    | 15,997  | 18,375  | 21,480   |
| 29    | 16,186  | 18,603  | 21,757   |
| 30    | 16,359  | 18,810  | 22,005   |
| 31    | 16,517  | 18,994  | 22,227   |
| 32    | 16,658  | 19,159  | 22,422   |
| 33    | 16,785  | 19,303  | 22,593   |
| 34    | 16,898  | 19,429  | 22,741   |
| 35    | 16,998  | 19,537  | 22,867   |
| 36    | 17,085  | 19,629  | 22,974   |
| 37    | 17,162  | 19,706  | 23,061   |
| 38    | 17,229  | 19,770  | 23,133   |
| 39    | 17,286  | 19,821  | 23,188   |
| 40    | 17,334  | 19,859  | 23,230   |
| 41    | 17,373  | 19,885  | 23,256   |
| 42    | 17,404  | 19,902  | 23,270   |
| 43    | 17,428  | 19,907  | 23,273   |
| 44    | 17,445  | 19,903  | 23,264   |
| 45    | 17,456  | 19,891  | 23,246   |
| 46    | 17,462  | 19,871  | 23,220   |
| 47    | 17,463  | 19,844  | 23,186   |
| 48    | 17,459  | 19,810  | 23,144   |
| 49    | 17,452  | 19,771  | 23,098   |
| 50    | 17,443  | 19,729  | 23,050   |
| 51    | <b>17,435</b>   | <b>19,686</b>   | <b>23,002</b>  |
| 52    | 17,427  | 19,642  | 22,954   |
| 53    | 17,420  | 19,597  | 22,907   |
| 54    | 17,411  | 19,550  | 22,859   |
| 55    | 17,404  | 19,502  | 22,812   |
| 56    | 17,398  | 19,453  | 22,767   |
| 57    | 17,384  | 19,397  | 22,699   |
| 58    | 17,365  | 19,331  | 22,606   |
| 59    | 17,336  | 19,254  | 22,486   |
| 60    | 17,299  | 19,166  | 22,339   |
| 61    | 17,250  | 19,063  | 22,160   |
| 62    | 17,189  | 18,947  | 21,951   |
| 63    | 16,856  | 18,541  | 21,474   |
| 64    | 16,511  | 18,123  | 20,985   |
| 65    | 16,151  | 17,693  | 20,483   |
| 66    | 15,779  | 17,249  | 19,970   |
| 67    | 15,396  | 16,795  | 19,446   |

| Alter | Versorgungsanrechte, die bis 31.12.2004 erworben wurden | Versorgungsanrechte, die zwischen dem 1.1.2005 und dem 31.12.2009 erworben wurden | Versorgungsanrechte, die ab dem 1.1.2010 erworben wurden |
|-------|---|---|--|
| 68    | 15,001  | 16,330  | 18,912   |
| 69    | 14,595  | 15,856  | 18,368   |
| 70    | 14,180  | 15,372  | 17,816   |
| 71    | 13,755  | 14,881  | 17,256   |
| 72    | 13,322  | 14,383  | 16,689   |
| 73    | 12,883  | 13,880  | 16,116   |
| 74    | 12,436  | 13,372  | 15,538   |
| 75    | 11,983  | 12,859  | 14,953   |
| 76    | 11,527  | 12,345  | 14,366   |
| 77    | 11,067  | 11,829  | 13,776   |
| 78    | 10,601  | 11,308  | 13,181   |
| 79    | 10,132  | 10,787  | 12,585   |
| 80    | 9,662   | 10,267  | 11,989   |
| 81    | 9,193   | 9,750   | 11,395   |
| 82    | 8,728   | 9,240   | 10,806   |
| 83    | 8,267   | 8,736   | 10,223   |
| 84    | 7,815   | 8,244   | 9,650  |
| 85    | 7,364   | 7,755   | 9,081  |
| 86    | 6,925   | 7,279   | 8,526  |
| 87    | 6,498   | 6,819   | 7,987  |
| 88    | 6,075   | 6,364   | 7,455  |
| 89    | 5,669   | 5,928   | 6,944  |
| 90    | 5,282   | 5,515   | 6,457  |
| 91    | 4,904   | 5,110   | 5,982  |
| 92    | 4,548   | 4,731   | 5,535  |
| 93    | 4,217   | 4,380   | 5,121  |
| 94    | 3,898   | 4,041   | 4,724  |
| 95    | 3,608   | 3,733   | 4,363  |
| 96    | 3,316   | 3,423   | 4,007  |
| 97    | 3,045   | 3,137   | 3,679  |
| 98    | 2,779   | 2,856   | 3,360  |
| 99    | 2,531   | 2,594   | 3,063  |
| 100   | 2,287   | 2,336   | 2,772  |
| 101   | 2,056   | 2,093   | 2,500  |
| 102   | 1,850   | 1,877   | 2,259  |
| 103   | 1,669   | 1,688   | 2,049  |
| 104   | 1,522   | 1,535   | 1,879  |
| 105   | 1,408   | 1,420   | 1,748  |
| 106   | 1,314   | 1,324   | 1,638  |
| 107   | 1,244   | 1,253   | 1,538  |
| 108   | 1,182   | 1,189   | 1,448  |
| 109   | 1,126   | 1,133   | 1,367  |
| 110   | 1,076   | 1,082   | 1,291  |
| 111   | 1,030   | 1,036   | 1,219  |
| 112   | 0,984   | 0,989   | 1,143  |
| 113   | 0,926   | 0,930   | 1,048  |
| 114   | 0,819   | 0,822   | 0,890  |
| 115   | 0,535   | 0,536   | 0,538  |

**Tabelle 5**  
**Zuschläge bei Ausschluss der Hinterbliebenenversorgung und der Leistungen wegen Berufsunfähigkeit (§ 40 Abs. 3)**

| Alter | Zuschlag für Versorgungsanrechte, die bis zum 31.12.2004 erworben wurden | Zuschlag für Versorgungsanrechte, die zwischen dem 1.1.2005 und dem 31.12.2009 erworben wurden | Zuschlag für Versorgungsanrechte, die ab dem 1.1.2010 erworben wurden |
|-------|--|--|---|
| 20    | 10,5 %   | 10,6 %   | 8,8 %   |
| 21    | 10,5 %   | 10,7 %   | 8,9 %   |
| 22    | 10,6 %   | 10,8 %   | 8,9 %   |
| 23    | 10,7 %   | 10,9 %   | 9,0 %   |
| 24    | 10,7 %   | 11,0 %   | 9,1 %   |
| 25    | 10,8 %   | 11,1 %   | 9,1 %   |
| 26    | 10,9 %   | 11,1 %   | 9,2 %   |
| 27    | 11,0 %   | 11,2 %   | 9,3 %   |
| 28    | 11,0 %   | 11,3 %   | 9,3 %   |
| 29    | 11,1 %   | 11,4 %   | 9,4 %   |
| 30    | 11,2 %   | 11,5 %   | 9,4 %   |
| 31    | 11,2 %   | 11,5 %   | 9,5 %   |
| 32    | 11,3 %   | 11,6 %   | 9,6 %   |
| 33    | 11,3 %   | 11,7 %   | 9,6 %   |
| 34    | 11,4 %   | 11,7 %   | 9,6 %   |
| 35    | 11,4 %   | 11,8 %   | 9,7 %   |
| 36    | 11,4 %   | 11,8 %   | 9,7 %   |
| 37    | 11,4 %   | 11,8 %   | 9,8 %   |
| 38    | 11,4 %   | 11,9 %   | 9,8 %   |
| 39    | 11,4 %   | 11,9 %   | 9,8 %   |
| 40    | 11,4 %   | 11,9 %   | 9,8 %   |
| 41    | 11,3 %   | 11,9 %   | 9,8 %   |
| 42    | 11,3 %   | 11,8 %   | 9,8 %   |
| 43    | 11,2 %   | 11,8 %   | 9,8 %   |
| 44    | 11,2 %   | 11,8 %   | 9,8 %   |
| 45    | 11,1 %   | 11,7 %   | 9,7 %   |
| 46    | 11,0 %   | 11,7 %   | 9,7 %   |
| 47    | 10,9 %   | 11,6 %   | 9,7 %   |
| 48    | 10,8 %   | 11,5 %   | 9,6 %   |
| 49    | 10,6 %   | 11,4 %   | 9,5 %   |
| 50    | 10,5 %   | 11,3 %   | 9,5 %   |
| 51    | 10,3 %   | 11,2 %   | 9,4 %   |
| 52    | 10,2 %   | 11,1 %   | 9,3 %   |
| 53    | 10,0 %   | 10,9 %   | 9,2 %   |
| 54    | 9,8 %  | 10,8 %   | 9,1 %   |
| 55    | 9,6 %  | 10,6 %   | 9,0 %   |
| 56    | 9,3 %  | 10,4 %   | 8,9 %   |
| 57    | 9,1 %  | 10,2 %   | 8,7 %   |
| 58    | 8,9 %  | 10,0 %   | 8,6 %   |
| 59    | 8,7 %  | 9,9 %  | 8,6 %   |
| 60    | 8,5 %  | 9,7 %  | 8,5 %   |
| 61    | 8,4 %  | 9,6 %  | 8,5 %   |
| 62    | 8,3 %  | 9,6 %  | 8,5 %   |
| 63    | 8,3 %  | 9,5 %  | 8,5 %   |
| 64    | 8,2 %  | 9,5 %  | 8,4 %   |
| 65    | 8,1 %  | 9,4 %  | 8,4 %   |
| 66    | 8,0 %  | 9,3 %  | 8,4 %   |
| 67    | 7,9 %  | 9,2 %  | 8,3 %   |
| 68    | 8,3 %  | 9,6 %  | 8,7 %   |
| 69    | 8,7 %  | 10,1 %   | 9,1 %   |

| Alter | Zuschlag für Versorgungsanrechte, die bis zum 31.12.2004 erworben wurden | Zuschlag für Versorgungsanrechte, die zwischen dem 1.1.2005 und dem 31.12.2009 erworben wurden | Zuschlag für Versorgungsanrechte, die ab dem 1.1.2010 erworben wurden |
|-------|--|--|---|
| 70    | 9,2 %  | 10,6 %   | 9,5 %   |
| 71    | 9,7 %  | 11,1 %   | 9,9 %   |
| 72    | 10,2 %   | 11,6 %   | 10,4 %  |
| 73    | 10,7 %   | 12,2 %   | 10,9 %  |
| 74    | 11,2 %   | 12,7 %   | 11,4 %  |
| 75    | 11,8 %   | 13,4 %   | 11,9 %  |
| 76    | 12,3 %   | 14,0 %   | 12,5 %  |
| 77    | 12,9 %   | 14,6 %   | 13,1 %  |
| 78    | 13,5 %   | 15,3 %   | 13,7 %  |
| 79    | 14,2 %   | 15,9 %   | 14,3 %  |
| 80    | 14,8 %   | 16,6 %   | 14,9 %  |
| 81    | 15,4 %   | 17,2 %   | 15,6 %  |
| 82    | 16,0 %   | 17,9 %   | 16,2 %  |
| 83    | 16,7 %   | 18,6 %   | 16,9 %  |
| 84    | 17,3 %   | 19,3 %   | 17,6 %  |
| 85    | 17,8 %   | 19,8 %   | 18,2 %  |
| 86    | 18,4 %   | 20,4 %   | 18,8 %  |
| 87    | 18,8 %   | 20,9 %   | 19,4 %  |
| 88    | 19,1 %   | 21,2 %   | 19,8 %  |
| 89    | 19,4 %   | 21,4 %   | 20,1 %  |
| 90    | 19,6 %   | 21,7 %   | 20,5 %  |
| 91    | 19,6 %   | 21,6 %   | 20,5 %  |
| 92    | 19,5 %   | 21,5 %   | 20,4 %  |
| 93    | 19,4 %   | 21,3 %   | 20,3 %  |
| 94    | 18,8 %   | 20,6 %   | 19,6 %  |
| 95    | 18,0 %   | 19,8 %   | 18,7 %  |
| 96    | 16,9 %   | 18,6 %   | 17,4 %  |
| 97    | 15,8 %   | 17,4 %   | 16,1 %  |
| 98    | 14,1 %   | 15,4 %   | 14,2 %  |
| 99    | 12,2 %   | 13,4 %   | 12,1 %  |
| 100   | 9,8 %  | 10,6 %   | 9,5 %   |
| 101   | 7,1 %  | 7,7 %  | 6,8 %   |
| 102   | 4,4 %  | 4,8 %  | 4,2 %   |
| 103   | 2,1 %  | 2,2 %  | 1,9 %   |
| 104   | 0,5 %  | 0,5 %  | 0,4 %   |
| 105   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 106   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 107   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 108   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 109   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 110   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 111   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 112   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 113   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 114   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |
| 115   | 0,0 %  | 0,0 %  | 0,0 %   |

Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, gesetzlich vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer

München, 11. Mai 2022

Daniel Just  
Vorstandsvorsitzender

Ulrich Böger  
Stellv. Vorstandsvorsitzender

**HESSISCHES MINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE, VERKEHR UND WOHNEN**

**500**

**Vordrucke für die Erfüllungserklärung nach § 92 des  
Gebäudeenergiegesetzes**

Mit Inkrafttreten des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) am 1. November 2020 wurde die sogenannte Erfüllungserklärung eingeführt (§ 92 GEG). Damit weist die Bauherrschaft oder die Eigentümerin bzw. der Eigentümer der zuständigen Behörde die Einhaltung der Anforderungen des GEG nach. Zuständig sind nach § 2 Abs. 1 Satz 1 der Heizkosten- und Energieverfahrensverordnung (HEVV) in den kreisfreien Städten und in den kreisangehörigen Gemeinden, denen die Bauaufsicht übertragen ist, der Gemeindevorstand, in den Landkreisen der Kreisausschuss.

Die Erfüllungserklärung ist verpflichtend bei neu zu errichtenden Gebäuden (§ 92 Abs. 1 GEG) und bei Änderungen an bestehenden Gebäuden, wenn unter Anwendung des § 50 Abs. 1 und 2 für das gesamte Gebäude Berechnungen nach § 50 Abs. 3 GEG durchgeführt werden (§ 92 Abs. 2). Bei neu zu errichtenden Gebäuden muss die Erfüllungserklärung zum Zeitpunkt der Vorlage der abschließenden Fertigstellungsanzeige nach § 84 Abs. 1 Satz 1 und 3 der Hessischen Bauordnung (HBO) eingereicht werden. Bei Änderungen an bestehenden Gebäuden ist die Erfüllungserklärung mit Abschluss der Arbeiten einzureichen.

Berechtigt zur Ausstellung der Erfüllungserklärung sind die nach § 88 GEG berechtigten Personen (§ 3 Abs. 4 HEVV). Für die Ausstellung der Erfüllungserklärung sind die Vordrucke des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen zu verwenden.

Wiesbaden, den 7. Juni 2022

**Hessisches Ministerium für Wirtschaft,  
Energie, Verkehr und Wohnen**  
I 4-F-078-a-06-12

*StAnz. 25/2022 S. 730*

| <b>ERFÜLLUNGSERKLÄRUNG</b>  |   |                                 |  |
|---|---|---------------------------------|--|
| Für neu zu errichtende Gebäude gemäß § 92 Abs. 1 Gebäudeenergiegesetz (GEG)   |   |                                 |  |
| <b>Allgemeine Angaben:</b>  |   |                                 |  |
| <b>Gebäudetyp</b>   | <input type="checkbox"/> Wohngebäude <input type="checkbox"/> Nichtwohngebäude                                |                                 | <input type="checkbox"/> Containeranlage |
| <b>Bei öff. Gebäuden</b>  | <input type="checkbox"/> im Eigentum der öffentlichen Hand <input type="checkbox"/> von einer Behörde genutzt |                                 |  |
| <b>Objektadresse</b>  | <b>Baubeginn</b>  |                                 |  |
|   | ggf. Gebäudeteil  |                                 |  |
| <b>Eigentümerin/<br/>Eigentümer<br/>(Name u. Anschrift)</b>   | ggf. Bauherrschaft<br>(Name u. Anschrift)   |                                 |  |
| <b>Fertiggestellt am</b>  |   | <b>Aktenzeichen der Behörde</b> |  |
| <p><input type="checkbox"/> Das fertiggestellte Gebäude hält die energetischen und technischen Anforderungen nach GEG ein.</p> <p><input type="checkbox"/> Die Einhaltung der Anforderungen ist in dem Energiebedarfsausweis vom ____ . ____ . ____ für das fertiggestellte Gebäude und der Berechnungsdokumentation nachgewiesen. Diese sind beigelegt und Bestandteil dieser Erklärung.</p> <p><input type="checkbox"/> Die Angaben in der Berechnungsdokumentation des Energieausweises stimmen mit den tatsächlich energetischen Eigenschaften des Gebäudes überein.</p> <p><input type="checkbox"/> Das vereinfachte Verfahren für Wohngebäude kommt zur Anwendung. Die Anforderungen nach § 31 GEG in Verbindung mit Anlage 5 werden eingehalten.</p> <p><input type="checkbox"/> Das Ein-Zonen-Modell für Nichtwohngebäude kommt zur Anwendung. Die Anforderungen nach § 32 GEG in Verbindung mit Anlage 6 werden eingehalten.</p> <p><input type="checkbox"/> Das vereinfachte Verfahren für Nichtwohngebäude kommt zur Anwendung. Die Anforderungen nach § 32 GEG werden eingehalten.</p> <p><input type="checkbox"/> Das Nichtwohngebäude enthält Gebäudezonen mit mehr als 4 Metern Raumhöhe, die durch dezentrale Gebläse oder Strahlungsheizungen beheizt werden. Die Anforderungen einer anteiligen Nutzung erneuerbarer Energien nach § 10 Abs. 2 Nr. 3 GEG gelten daher nicht.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Wärme- oder Kältebedarf des Gebäudes wird durch gasförmige Biomasse nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 GEG gedeckt. Die Bescheinigung nach § 96 Abs. 6 GEG liegt bei.</p> <p><input type="checkbox"/> Das Gebäude wurde von den Anforderungen des § 10 Abs. 2 GEG befreit (der Befreiungsbescheid ist beigelegt):</p> <div style="margin-left: 40px;"> <input type="checkbox"/> Gründe gemäß § 102 Abs. 1 GEG<br/> <input type="checkbox"/> Anwendung der Innovationsklausel gemäß § 103 GEG                 </div> |   |                                 |  |

|   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| <b>Ausstellerin/<br/>Aussteller<br/>(Name u. Anschrift)</b> |  | <b>Berufsbezeichnung<br/>(Ausstellungs-<br/>berechtigung<br/>gemäß § 88 GEG)</b> |  |
| <b>Datum</b>  |  | <b>Unterschrift</b>  |  |

| <b>ERFÜLLUNGSERKLÄRUNG</b>   |   |   |  |
|--|---|---|--|
| Für bestehende Gebäude gemäß § 92 Abs. 2 Gebäudeenergiegesetz (GEG)  |   |   |  |
| <b>Allgemeine Angaben:</b>   |   |   |  |
| <b>Gebäudetyp</b>  | <input type="checkbox"/> Wohngebäude  | <input type="checkbox"/> Nichtwohngebäude | <input type="checkbox"/> Containeranlage |
| <b>Bei öff. Gebäuden</b>   | <input type="checkbox"/> im Eigentum der öffentlichen Hand <input type="checkbox"/> von einer Behörde genutzt |   |  |
| <b>Objektadresse</b>   | <b>ggf. Baujahr</b>   |   |  |
|  | <b>ggf. Gebäudeteil</b>   |   |  |
| <b>Eigentümerin/<br/>Eigentümer<br/>(Name u. Anschrift)</b>  | <b>ggf. Bauherrschaft<br/>(Name u. Anschrift)</b>   |   |  |
| <b>Art der Arbeiten</b>  | <input type="checkbox"/> Änderung (§ 48 GEG) <input type="checkbox"/> Erweiterung oder Ausbau (§ 51 GEG)      |   |  |
| <b>Fertiggestellt am</b>   | <b>ggf. Aktenzeichen Behörde</b>  |   |  |
| <input type="checkbox"/> Das fertiggestellte Gebäude hält die energetischen und technischen Anforderungen nach GEG ein.<br><input type="checkbox"/> Die Einhaltung der Anforderungen ist in dem Energiebedarfsausweis vom ____ . ____ . ____ und der Berechnungsdokumentation nachgewiesen. Diese sind beigefügt und werden Bestandteil dieser Erklärung.<br><input type="checkbox"/> Die Angaben in der Berechnungsdokumentation des Energieausweises stimmen mit den tatsächlich energetischen Eigenschaften des Gebäudes überein.<br><input type="checkbox"/> Die Erweiterung/der Ausbau beträgt mehr als 50 Quadratmeter zusammenhängende Nutzfläche, daher ist auch der sommerliche Wärmeschutz in der Berechnungsdokumentation nachgewiesen (§ 51 Abs. 2).<br><input type="checkbox"/> Bei Änderungen an Ein- und Zweifamilienwohnhäusern: Ein informatives Beratungsgespräch nach § 48 Satz 3 GEG wurde durchgeführt.<br><input type="checkbox"/> Geometrische Abmessungen wurden durch das vereinfachte Aufmaß ermittelt und/oder Erfahrungswerte für energetische Kennwerte verwendet (§ 50 Abs. 4 GEG).<br><input type="checkbox"/> Eine Unternehmererklärung nach § 96 Abs. 1 GEG zur Einhaltung der Anforderungen liegt jeweils für die geänderten Bau- und Anlagenteile vor. Diese ist/sind beigefügt.<br><input type="checkbox"/> Ab 01.01.2026: Es wird ein Heizkessel eingesetzt, der mit Heizöl oder mit festem fossilem Brennstoff beschickt wird. Die Voraussetzungen hierfür nach § 72 Abs. 4 GEG liegen vor (Nachweise sind beigefügt).<br><input type="checkbox"/> Das Gebäude wurde von den Anforderungen der §§ 48 oder 51 GEG mit folgender Begründung befreit (der Befreiungsbescheid ist beigefügt):<br><div style="margin-left: 40px;"> <input type="checkbox"/> Anwendung der Innovationsklausel nach § 103 GEG<br/> <input type="checkbox"/> Gründe nach § 102 Abs. 1 GEG </div> |   |   |  |

|   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| <b>Ausstellerin/<br/>Aussteller<br/>(Name u. Anschrift)</b> |  | <b>Berufsbezeichnung<br/>(Ausstellungs-<br/>berechtigung<br/>gemäß § 88 GEG)</b> |  |
| <b>Datum</b>  |  | <b>Unterschrift</b>  |  |

**HESSISCHES MINISTERIUM  
FÜR UMWELT, KLIMASCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

501

**Erklärung zum Naturpark:**

Aufgrund des § 12 Abs. 6 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Dezember 2010 (GVBl. S. 629), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2020 (GVBl. S. 318)

1. erkläre ich das in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1:50.000 mit einer roten Linie umrandete Gebiet zum Geo-Naturpark Frau-Holle-Land.

Alle bebauten Flächen innerhalb der Gebietskulisse sind nicht Bestandteil des Naturparks.

Die Abgrenzungskarte ist Bestandteil dieser Erklärung.

Die Abgrenzungskarte wird bei dem für Forsten und Naturschutz zuständigen Ministerium aufbewahrt. Beglaubigte Mehrausfertigungen mit farblicher Abgrenzung des Naturparkgebietes befinden sich jeweils beim Naturparkträger in Klosterfreiheit 34 A, 37290 Meißner sowie bei den folgenden Städten und Gemeinden:

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Neu-Eichenberg  
Lange Straße 27  
37249 Neu-Eichenberg

Magistrat der  
Stadt Witzenhausen  
Am Markt 1  
37213 Witzenhausen

Magistrat der Stadt  
Bad Sooden-Allendorf  
Marktplatz 8  
37242 Bad Sooden-Allendorf

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Berkatal  
Berkastraße 54  
37297 Berkatal

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Cornberg  
Am Markt 8  
36219 Cornberg

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Meinhard  
Sandstraße 15  
37276 Meinhard

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Meißner  
Hinterweg 4  
37290 Meißner OT Abterode

Magistrat der  
Kreisstadt Eschwege  
Obermarkt 22  
37269 Eschwege

Magistrat der  
Stadt Wanfried  
Marktstraße 18  
37281 Wanfried

Magistrat der Stadt  
Waldkappel  
Leipziger Straße 34  
37284 Waldkappel

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Wehretal  
Landstraße 70  
37287 Wehretal

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Weißenborn  
Kirchplatz 1  
37299 Weißenborn

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Ringgau  
Am Anger 3  
37296 Ringgau

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Nieste  
Wilhelm-Heitmann-Platz 3  
34329 Nieste

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Kaufungen  
Leipziger Straße 463  
34260 Kaufungen

Gutsbezirk Kaufunger Wald  
Forstamt Hessisch Lichtenau  
Retteröderstraße 17  
37235 Hessisch Lichtenau

Magistrat der Stadt  
Großalmerode  
Marktplatz 11  
37247 Großalmerode

Magistrat der Stadt  
Hessisch Lichtenau  
Landgrafenstraße 52  
37235 Hessisch Lichtenau

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Helsa  
Berliner Straße 20  
34298 Helsa

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Lohfelden  
Lange Straße 20  
34253 Lohfelden

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Niestetal  
Heiligenröder Straße 70  
34266 Niestetal

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Söhrewald  
Schulstraße 8  
34320 Söhrewald

Gemeindevorstand  
der Gemeinde Fuldabrück  
Am Rathaus 2  
34277 Fuldabrück

Magistrat der  
Stadt Sontra  
Marktplatz 6  
36205 Sontra

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Herleshausen  
Bahnhofstraße 15  
37293 Herleshausen

Gemeindevorstand der  
Gemeinde Nentershausen  
Burgstraße 2  
36214 Nentershausen

Die Karten werden dort archivmäßig geordnet und können während der Dienstzeiten eingesehen werden.

2. Die Erklärung zum Naturpark „Meißner-Kaufunger Wald“ vom 6. Februar 2017 (StAnz. S. 216) wird aufgehoben.

Auflage:

Der Naturpark ist in der Örtlichkeit durch Schilder zu kennzeichnen. Auf den Erlass vom 27. Mai 2021 wird verwiesen.

Hinweis:

Träger des Geo-Naturparks Frau-Holle-Land ist der Zweckverband des Geo-Naturparks Frau-Holle-Land mit Sitz in „Klosterfreiheit 34 A, 37290 Meißner“.

**Begründung:**

**Zu 1:** Die rechtlichen Anforderungen zur Erklärung eines Naturparks werden gemäß § 12 Abs. 6 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Dezember 2010 (GVBl. S. 629), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2020 (GVBl. S. 318), und gemäß § 27 Abs. 1 Nr. 4 und 5 des Bundes-

naturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908), erfüllt.

1. Der Geo-Naturpark Frau-Holle-Land umfasst eine Gesamtfläche von 115.639,4 Hektar. Der Anteil unzerschnittener, verkehrsarmer Räume über 2.500 Hektar liegt mit 42.152 Hektar bei 36,45 Prozent der Gesamtfläche des Naturparks.
2. Die maßgeblichen Schutzgebiets- und Erholungswaldkategorien haben einen Anteil an der Gesamtfläche des Naturparks von 46.282,6 Hektar, was einem Anteil von 40,02 Prozent entspricht.

Der Naturpark wird geprägt durch seine abwechslungsreiche Mittelgebirgslandschaft mit ihrer kleinräumig wechselnden Geologie und ihrer artenreichen Flora und Fauna. Die historischen Dörfer und Städte mit ihren Fachwerkhäusern sind umgeben von kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Flächen im Wechsel mit ausgedehnten Waldgebieten. Als naturräumliche Besonderheiten zu nennen sind der Hohe Meißner mit seinen artenreichen Block- und Schlucht Wäldern sowie den artenreichen Borstgrasrasen in Plateaulage, der Kaufunger Wald mit seinen Waldlandschaften und seinen Wiesentälern, der Ringgau, der Söhrewald und Teile des Werratales. Auf derzeit 25 ausgewiesenen Premiumwanderwegen können die Schönheiten der Region erwandert und errandelt werden. Sie leisten einen erheblichen Beitrag zur Besucherlenkung und tragen zur Entwicklung eines sanften, naturverträglichen Tourismus bei.

Die ökologische Wertigkeit des Naturraums, zeigt sich am hohen Anteil der Schutzgebiete von europäischer Bedeutung. 35,2 Prozent des Werra-Meißner-Kreises, also rund 35.000 Hektar, sind durch EU-Richtlinien unter Schutz gestellt. Mit diesem Schutzgebietsanteil liegt der Werra-Meißner-Kreis an der Spitze aller hessischen Landkreise. Darüber hinaus befindet sich das größte FFH-Gebiet Hessens mit einer Fläche von rund 24.000 Hektar innerhalb der Gebietskulisse des Naturparks.

Die Region Werratal, Meißner und Kaufunger Wald ist vom Bundesamt für Naturschutz zu einer Hotspotregion der biologischen Vielfalt ausgewiesen worden.

Die Angebote im Bereich des ländlich geprägten und naturnahen Tourismus sind vielfältig.

Die ländlich geprägte, strukturschwache Region des Werra-Meißner-Kreises wird von der Erweiterung der Gebietskulisse des Naturparks um Teilflächen der Gemeinde Cornberg profitieren. Durch die Förderung naturnaher Erholung, eines nachhaltigen, umwelt- und sozialverträglichen Tourismus, einer nachhaltigen Landnutzung und einer nachhaltigen Vermarktung regionaler Produkte über die Gebietsgrenzen hinaus, wird der Geo-Naturpark Frau-Holle-Land mit seiner einzigartigen Landschaft und dem besonderen Erscheinungsbild einen spürbaren Beitrag zur Bewahrung der Arten- und Biotopvielfalt in der Region und gleichzeitig einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region leisten können.

**Zu 2:** Der Geo-Naturpark Frau-Holle-Land umfasst die Gebietsgrenzen des bisherigen Naturparks „Meißner-Kaufunger Wald“ und erweitert diese um Teilflächen (1.697 ha) der Gemeinde Cornberg. Mit der vorliegenden Erklärung zur Neubenennung und Neuausweisung des Geo-Naturparks Frau-Holle-Land ist die Erklärung zum Naturpark „Meißner-Kaufunger Wald“ vom 6. Februar 2017 (StAnz. S. 216) gegenstandslos geworden und daher aufzuheben. Bereits aufgrund des Beschlusses des Zweckverbands Naturpark „Meißner-Kaufunger Wald“ vom 18. Januar 2017 hatte der Verband seinen Namen in: Geo-Naturpark Frau-Holle-Land geändert.

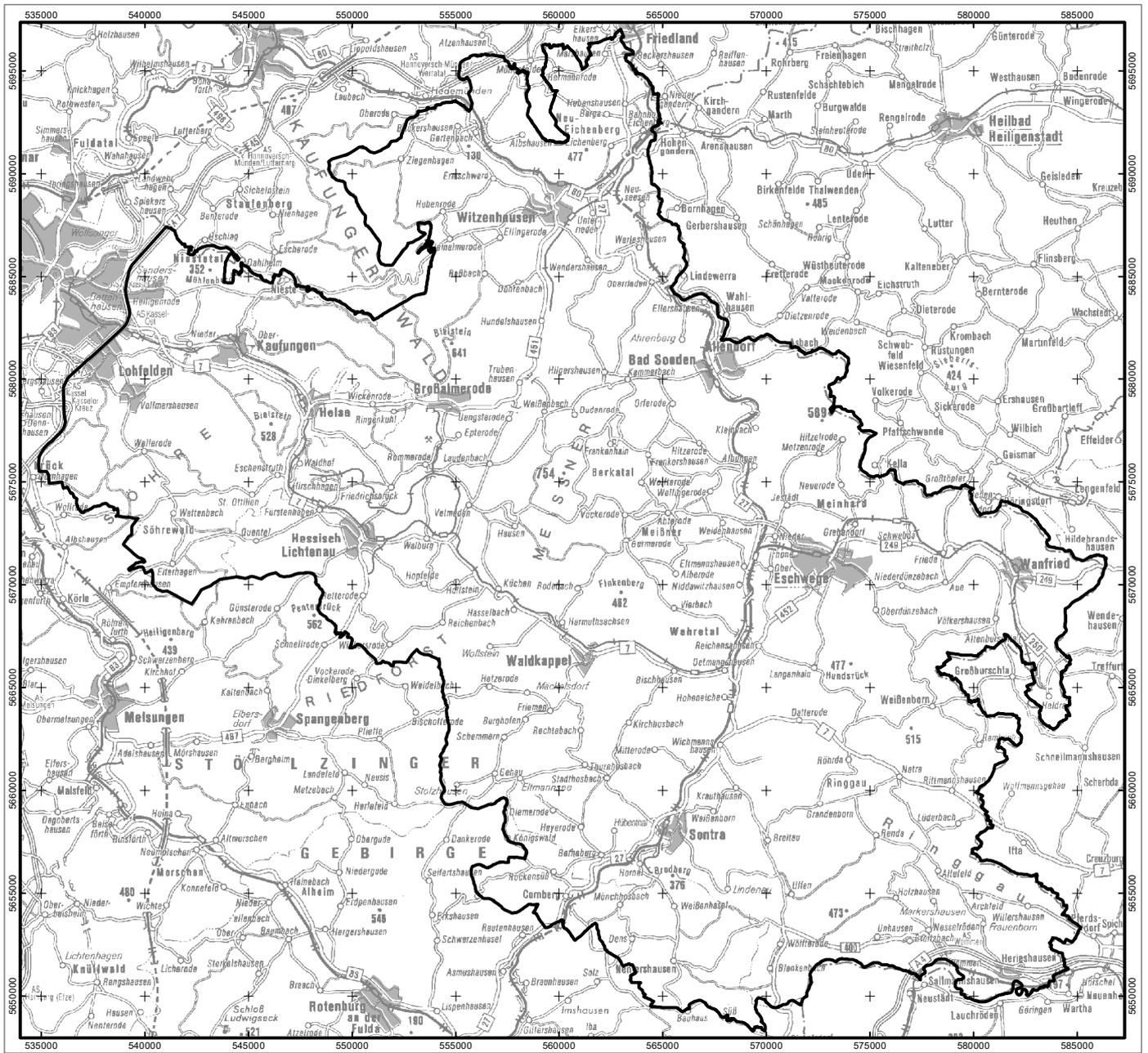
Diese Erklärung tritt am Tage der Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft.

Wiesbaden, den 23. Mai 2022

**Die Hessische Ministerin für  
Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz**  
gez. Priska Hinz  
– Gült.-Verz. 88 –

StAnz. 25/2022 S. 733

### Übersichtskarte Geo-Naturpark Frau-Holle-Land



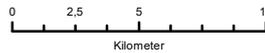
Kartografie:



HessenForst · Landesbetriebsleitung  
Waldentwicklung und Umwelt · Forstliche Geoinformation

Kartgrundlage:

Topographische Karte 1:200.000 (TK 200), Darstellungsmaßstab 1:300.000  
mit Genehmigung des Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation.  
Vervielfältigungsnummer: 2006 - 3 - 17



**Geo-Naturpark  
Frau-Holle-Land**

□ Außengrenze des Naturparks



502

### Wasserrechtliche Anerkennung nach der Hessischen Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO)

Die Firma ISEGA Umweltanalytik GmbH, Agnes-Pockels-Straße 4 in 63457 Hanau, wird nach § 10 der Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) widerruflich weiterhin als EKVO-Laboratorium nach § 10 Abs. 4 Nr. 4 EKVO (privatrechtliche Einrichtung für Unternehmerinnen oder Unternehmer von Abwasseranlagen) in Hessen anerkannt.

Die Anerkennung ist befristet bis zum 12. Juli 2027.

Wiesbaden, den 2. Juni 2022

Hessisches Landesamt für  
Naturschutz, Umwelt und Geologie  
W2-79f-08-01/L-123-1213-2022

StAnz. 25/2022 S. 736

503

### Wasserrechtliche Anerkennung nach der Hessischen Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO)

Die Firma Outokumpu Nirosta GmbH, Zentrales Prüflaboratorium Krefeld, Oberschlesienstraße 16 in 47807 Krefeld wird nach § 10 der Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) widerruflich weiterhin als EKVO-Laboratorium nach § 10 Abs. 4 Nr. 1 EKVO (als Betriebsteil der Unternehmerin oder des Unternehmers einer Abwasseranlage für die eigenen Abwasseranlagen) in Hessen anerkannt.

Die Anerkennung ist befristet bis zum 25. Juni 2027.

Wiesbaden, den 2. Juni 2022

Hessisches Landesamt für  
Naturschutz, Umwelt und Geologie  
W2-79f-08-01/L-277-1214-2022

StAnz. 25/2022 S. 736

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

504

### Laufende Leistungen zum Unterhalt (§ 39 SGB VIII) für Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) (Pflegegelderlass)

Die laufenden Leistungen zum Unterhalt für Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege werden auf der Grundlage des § 39 Abs. 5 SGB VIII in Verbindung mit § 24 Abs. 2 Nr. 2 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs (HKJGB) als Pauschalbetrag festgesetzt. Die Höhe und die Staffelung des Pauschalbetrags bemessen sich in Abstimmung mit dem Hessischen Landkreistag und Hessischen Städtetag grundsätzlich nach den jeweils aktuellen Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

#### 1. Grundsätzliches

Der monatliche Pauschalbetrag für die laufenden Leistungen zum Unterhalt (Pflegegeld) im Sinne des § 39 Abs. 5 SGB VIII besteht aus dem Grundbetrag für die materiellen Unterhaltskosten und dem Erziehungsbeitrag für die Kosten der Erziehung.

1.1. Durch den Grundbetrag soll der gesamte regelmäßig wiederkehrende Lebensbedarf des Kindes oder Jugendlichen gedeckt werden. Er enthält insbesondere die Aufwendungen für Ernährung, Unterkunft, Bekleidungsergänzung, Reinigung, Körperpflege, Hausrat, laufenden Schulbedarf, Bildung und Unterhaltung sowie Taschengeld und Versicherung.

Die Höhe des monatlichen Grundbetrags beläuft sich für die Zeit ab dem 1. Juli 2022 auf:

| Alter des Pflegekindes von ...<br>bis einschließlich ... Jahre | Euro |
|--|------|
| 0 bis 5  | 592  |
| 6 bis 11   | 726  |
| 12 und älter   | 851  |

§ 39 Abs. 4 SGB VIII bleibt unberührt.

1.2 Zusätzlich zu dem Grundbetrag nach Nr. 1.1 ist ein Erziehungsbeitrag zu gewähren, durch den die Erziehungsleistung der Pflegeperson(en) in angemessener Weise anerkannt werden soll.

Die Höhe des monatlichen Erziehungsbeitrags beläuft sich für die Zeit ab dem 1. Juli 2022 auf 255 Euro.

#### 2. Einmalige Beihilfen und Zuschüsse

2.1. Einmalige Beihilfen und Zuschüsse werden entsprechend § 39 Abs. 3 SGB VIII gewährt. Auf die Hessischen Empfehlungen zur Gewährung von Nebenleistungen (Anlage 7 zur Hessischen Rahmenvereinbarung nach §§ 78a ff. SGB VIII) wird hingewiesen.

2.2. In besonderen Fällen können darüber hinaus unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalls einmalige Beihilfen oder Zuschüsse gewährt werden.

#### 3. Altersvorsorge und Unfallversicherung

##### 3.1. Altersvorsorge

Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe des § 39 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII zur hälftigen Übernahme von Beiträgen zu einer angemessenen Alterssicherung beläuft sich der Betrag bei Leistungen nach § 33 SGB VIII als Orientierungswert auf 41,85 Euro pro Monat und Pflegekind (ein Pflegeelternanteil); dabei wird der Mindestbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung als Orientierungsgröße zugrunde gelegt.

Diese Leistungen werden monatlich zusammen mit den laufenden Leistungen erstattet, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass

- der vom Jugendamt gezahlte Betrag zur Altersvorsorge zweckentsprechend verwendet und über die Verwendung ein Nachweis vorgelegt wird,
- im die Zahlung betreffenden Monat tatsächlich eine Belegung in der Pflegefamilie stattgefunden hat.

Eine zweckentsprechende Verwendung liegt unter anderem dann vor, wenn die Beträge auf ein Versicherungskonto bei der Deutschen Rentenversicherung fließen, in eine staatlich geförderte Rente angelegt oder in eine kapitalbildende Lebensversicherung eingezahlt werden. Darüber hinaus erfüllen auch andere Anlageformen die gesetzlichen Voraussetzungen. Entscheidend ist hierbei, dass die gewählte Anlageform gewährleistet, den Lebensunterhalt der Pflegeperson im Alter abzusichern.

##### 3.2. Unfallversicherung

Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe des § 39 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII zur Übernahme von Beiträgen zu einer Unfallversicherung werden ab dem 1. Januar 2022 nachgewiesene Aufwendungen von bis zu 349,86 Euro jährlich je Pflegefamilie sowie bis zu 174,93 Euro jährlich bei nur einer Pflegeperson erstattet. Die Beiträge zur Unfallversicherung werden unabhängig davon übernommen, ob die Pflegeperson erwerbstätig ist.

Zur Bestimmung der angemessenen Höhe soll eine Orientierung am Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege erfolgen.

#### 4. Anrechnung des Familienleistungsausgleichs nach § 31 Einkommensteuergesetz (EStG) kindbezogener Leistungen

Wird das Pflegekind im Rahmen des Familienleistungsausgleichs nach § 31 EStG bei der Pflegeperson berücksichtigt, so wird das Kindergeld entsprechend § 36 Abs. 6 SGB VIII auf die laufenden Leistungen angerechnet.

## 5. Erhöhung der laufenden Leistungen zum Unterhalt in Sonderfällen

Bei besonderem Bedarf für die Pflege, Erziehung und Betreuung des Kindes oder Jugendlichen ist das Pflegegeld (Grundbetrag und Erziehungsbeitrag) angemessen zu erhöhen.

## 6. Kürzung

6.1 Das Pflegegeld für Kinder oder Jugendliche in Teilzeitpflege besteht aus einem gekürzten Grundbetrag und dem ungekürzten monatlichen Erziehungsbeitrag.

6.2 Bei der Wochenpflege (Unterbringung während eines Teils der Woche) wird als Tagessatz 1/30 des Grundbetrages sowie der ungekürzte mtl. Erziehungsbeitrag gezahlt.

6.3 Bei der Tagesbetreuung in Familienpflege nach § 32 Satz 2 SGB VIII wird der Tagessatz (= 1/30 vom Grundbetrag) auf 85 vom Hundert gekürzt, da eine Übernachtung nicht erfolgt. Hinzu kommt der ungekürzte mtl. Erziehungsbeitrag.

## 7. Fortschreibung

Die Beträge nach Nr. 1.1, 1.2, 3.1 und 3.2 werden nach Bedarf in Abstimmung mit dem Hessischen Städtetag und Hessischen Landkreistag mit gesondertem Erlass neu festgesetzt.

## 8. Aufhebung der bisherigen Erlasse

Der Grunderlass vom 3. Juni 2019, die Erlasse des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration vom 31. Mai 2020 sowie der Erlass vom 2. Juni 2021 werden aufgehoben.

Wiesbaden, den 24. Mai 2022

Hessisches Ministerium für Soziales  
und Integration  
II3A-52i0200-0003/2022  
– Gült.-Verz. 340 –

StAnz. 25/2022 S. 736

# DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

505 DARMSTADT

## Vorhaben der Equinix (Germany) GmbH, Rebstöcker Straße 33, 60326 Frankfurt am Main;

Bekanntmachung über die Erteilung einer Genehmigung nach § 4 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Nach § 21 a der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) wird folgende Genehmigung vom 13. April 2022 hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der verfügende Teil des hierzu erlassenen Genehmigungsbescheides lautet:

### Genehmigungsbescheid

#### I.

Auf Antrag vom 8. März 2021, eingereicht am 18. März 2021, ergänzt zuletzt am 12. April 2022 wird der **Equinix (Germany) GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Jens-Peter Feidner, Rebstöcker Straße 33, 60326 Frankfurt am Main**, nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) die Genehmigung erteilt, auf dem Grundstück in: Friesstraße 22 und 24, 60388 Frankfurt/Main, Grundbuch Gemarkung: am Main – Seckbach, Flur: 40, Flurstück: 308/41, Gebäude: Rechenzentren FR 2.6 und FR 9, die Anlagen unter I.1 und I.2 zu errichten und zu betreiben:

#### I.1

### **Notstromdieselmotorenanlage zum erweiterten Rechenzentrum FR 2.6**

Diese Genehmigung ergeht nach Maßgabe der unter Abschnitt IV dieses Bescheides aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Be-

schreibungen und unter den in Abschnitt V festgesetzten Nebenbestimmungen.

#### Die Anlage besteht aus:

- 1. Ausbaustufe FR 2.6.1 (Bestand bzw. baurechtlich genehmigt im Rahmen der Baugenehmigungen vom 20. Juli 2018 (Az. B-2017-576-3), 26. Februar 2019 (Az. 033/19) und 29. Mai 2019 (Az. B-2017-576-3))
  - 9 Notstromdieselmotoren (NDMA) mit einer Feuerungswärmeleistung (FWL) von je 4,97 MW und einer FWL von insgesamt 44,73 MW
  - inklusive der erforderlichen dienenden Nebeneinrichtungen (wie Kamine, Tanks, Abfüllplatz, Abgasreinigungseinrichtung, zugehörige Verrohrung und Pumpen, zugehörige MSR-Technik)
- 2. Ausbaustufe FR 2.6 (neu zu errichten)
  - 8 NDMA mit einer FWL von je 4,97 MW und einer FWL von insgesamt 39,76 MW
  - inklusive der erforderlichen dienenden Nebeneinrichtungen (wie Kamine, Tanks, Abfüllplatz, Abgasreinigungseinrichtung, zugehörige Verrohrung und Pumpen, zugehörige MSR-Technik)

#### Insgesamt umfasst die mit diesem Bescheid genehmigte Anlage damit im Einzelnen:

- Errichtung und Betrieb von 17 Notstromdieselmotoren (NDMA – Motortypvariante Caterpillar 3516B, DM 7977) mit einer jeweiligen Feuerungswärmeleistung (FWL) von 4,97 MW, insgesamt 84,49 MW, und jeweils einem Kraftstoff-Tagestank (jeweils 1m<sup>3</sup>); die HBV-Anlagen entsprechen wasserrecht-

lich jeweils der Gefährdungsstufe A mit einem maßgebenden Rauminhalt von 1 m<sup>3</sup>. Alle genannten Aggregate sind mit einer SCR-Anlage zur Reduzierung der Stickoxid-Emissionen sowie nachgeschaltetem Oxidations-Katalysator ausgestattet.

- Alle Motoren werden mit Heizöl schwefelarm nach DIN 51603-1 betrieben.
- Errichtung eines Wasser-Glykol-Kühlkreislaufs für die Generatoren;
- Errichtung von 4 Sammelschornsteinen mit einer Höhe von jeweils 40,2 m über Grund;
- 4 Kraftstoff-Lagertanks (2 mit 47 m<sup>3</sup> und 2 mit 53 m<sup>3</sup> – insg. 200 m<sup>3</sup>) –  
*Eignungsfeststellungspflichtig gemäß § 63 WHG;*
- 1 Harnstoff-Lagertank mit 1 m<sup>3</sup> (Gefährdungsstufe A);
- 17 Harnstoff-Tagestanks mit jeweils 0,74 m<sup>3</sup> (Gefährdungsstufe A);
- 1 Abfüllplatz –  
*Eignungsfeststellungspflichtig gemäß § 63 WHG;*
- Pumpstation mit doppelwandigen Rohrleitungen vom Abfüllplatz zu den Lagertanks und von den Lagertanks zu den Tagestanks.

(Gefährdungsstufe gemäß § 39 AwSV)

Die insgesamt 17 NDMA zur Notstromversorgung des Rechenzentrums FR 2.6 bilden eine gemeinsame Anlage nach § 1 Absatz 3 der 4. BImSchV und eine gemeinsame Feuerungsanlage nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 4 der Verordnung über mittelgroße Feuerungs- Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen (44. BImSchV) vom 13. Juni 2019 (BGBl. I S. 804), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung vom 6. Juli 2021 (BGBl. I S. 2514). Die gemeinsame Anlage ist daher eine Anlage nach Ziffer 1.1 Anhang 1 der 4. BImSchV und eine Anlage nach Artikel 10 i. V. m. Anhang I der Industrieemissions-Richtlinie (Richtlinie 2010/75/EU).

Genehmigt sind ausschließlich die unter V.4.2.1 i. V. m. V.4.2.3 genannten Betriebsarten und -zeiten der NDMA.

Die am 21. September 2021 eingereichten Verpflichtungserklärungen (s. IV.) sind Bestandteil der Genehmigung. Die Errichtung und der Betrieb der NDMA des Rechenzentrums FR 2.6 ist an die Einhaltung des Inhalts dieser Erklärungen gekoppelt.

Sofern den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit fristgerecht erhobenen Einwendungen nicht durch Nebenbestimmungen im Bescheid Rechnung getragen wurde, werden im Übrigen die Einwendungen gegen die geplanten Maßnahmen zurückgewiesen.

Über die im Erörterungstermin eingegangenen Anträge (themenbezogen zusammengefasst unter VI.4.3) wird wie folgt entschieden:

Alle Anträge, die unter VI.4.3 aufgeführt sind, werden abgelehnt, soweit nicht in diesem Bescheid mit Ausführungen in der Begründung oder Festlegung von Nebenbestimmungen (unter V.) darüber entschieden wurde.

## 1.2

### Notstromdieselmotorenanlage zum erweiterten Rechenzentrum FR 9

Diese Genehmigung ergeht nach Maßgabe der unter Abschnitt IV dieses Bescheides aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und unter den in Abschnitt V festgesetzten Nebenbestimmungen.

Die Anlage besteht aus:

- 1. Ausbaustufe FR 9.1 (Bestand bzw. baurechtlich genehmigt im Rahmen der Baugenehmigung vom 3. Juli 2020 (Az. B-2019-518-3)
  - 8 NDMA mit einer FWL von je 6,08 MW und einer FWL von insgesamt 48,64 MW
  - inklusive der erforderlichen dienenden Nebeneinrichtungen (wie Kamine, Tanks, Abfüllplatz, Abgasreinigungseinrichtung, zugehörige Verrohrung und Pumpen, zugehörige MSR-Technik)
- 2. Ausbaustufe FR 9 (neu zu errichten)
  - 4 NDMA mit einer FWL von je 6,08 MW und einer FWL von insgesamt 24,32 MW
  - inklusive der erforderlichen dienenden Nebeneinrichtungen (wie Kamine, Tanks, Abfüllplatz, Abgasreinigungseinrichtung, zugehörige Verrohrung und Pumpen, zugehörige MSR-Technik)

Insgesamt umfasst die mit diesem Bescheid genehmigte Anlage damit im Einzelnen:

- Errichtung und Betrieb von 12 Notstromdieselmotoren (NDMA – Motortypvariante Caterpillar 3516 E) mit einer jeweiligen Feuerungswärmeleistung (FWL) von 6,08 MW, insgesamt also

72,96 MW, und jeweils einem Kraftstoff-Tagestank (jeweils 1 m<sup>3</sup>); die HBV-Anlagen entsprechen wasserrechtlich jeweils der Gefährdungsstufe A mit einem maßgebenden Rauminhalt von 1 m<sup>3</sup>. Alle genannten Aggregate sind mit einer SCR-Anlage zur Reduzierung der Stickoxid-Emissionen sowie nachgeschaltetem Oxidations-Katalysator ausgestattet.

- Alle Motoren werden mit Heizöl schwefelarm nach DIN 51603-1 betrieben.
- Errichtung eines Wasser-Glykol-Kühlkreislaufs für die Generatoren;
- Errichtung von 3 Sammelschornsteinen mit einer Höhe von jeweils 41,2 m über Grund;
- 4 Kraftstoff-Lagertanks (jeweils 80 m<sup>3</sup> – insg. 320 m<sup>3</sup>) –  
*Eignungsfeststellungspflichtig gemäß § 63 WHG;*
- 2 Harnstoff-Lagertank mit je 1 m<sup>3</sup> (Gefährdungsstufe A);
- 12 Harnstoff-Tagestanks mit jeweils 0,1 m<sup>3</sup> (Gefährdungsstufe A);
- 1 Abfüllplatz –  
*Eignungsfeststellungspflichtig gemäß § 63 WHG;*
- Pumpstation mit doppelwandigen Rohrleitungen vom Abfüllplatz zu den Lagertanks und von den Lagertanks zu den Tagestanks.

(Gefährdungsstufe gemäß § 39 AwSV)

Die insgesamt 12 NDMA zur Notstromversorgung des Rechenzentrums FR 9 bilden eine gemeinsame Anlage nach § 1 Absatz 3 der 4. BImSchV und eine gemeinsame Feuerungsanlage nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 4 der Verordnung über mittelgroße Feuerungs- Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen (44. BImSchV) vom 13. Juni 2019 (BGBl. I S. 804), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung vom 6. Juli 2021 (BGBl. I S. 2514). Die gemeinsame Anlage ist daher eine Anlage nach Ziffer 1.1 Anhang 1 der 4. BImSchV und eine Anlage nach Artikel 10 i. V. m. Anhang I der Industrieemissions-Richtlinie (Richtlinie 2010/75/EU).

Genehmigt sind ausschließlich die unter V.4.2.1 i. V. m. V.4.2.3 genannten Betriebsarten und -zeiten der NDMA.

Die am 21. September 2021 eingereichten Verpflichtungserklärungen (s. IV.) sind Bestandteil der Antragsunterlagen. Die Errichtung und der Betrieb der NDMA des Rechenzentrums FR 9 ist an die Einhaltung des Inhalts dieser Erklärungen gekoppelt.

Sofern den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit fristgerecht erhobenen Einwendungen nicht durch Nebenbestimmungen im Bescheid Rechnung getragen wurde, werden im Übrigen die Einwendungen gegen die geplanten Maßnahmen zurückgewiesen.

Über die im Erörterungstermin eingegangenen Anträge (themenbezogen zusammengefasst unter VI.4.3) wird wie folgt entschieden:

Alle Anträge, die unter VI.4.3 aufgeführt sind, werden abgelehnt, soweit nicht in diesem Bescheid mit Ausführungen in der Begründung oder Festlegung von Nebenbestimmungen (unter V.) darüber entschieden wurde.

## 1.3

Kostengrundentscheidung:

Die Kosten (Gebühren und Auslagen) der Verfahren zu I.1 und I.2 hat die Antragstellerin jeweils zu tragen. Die Festsetzung der Höhe der Kosten bleibt einem gesonderten Bescheid vorbehalten.

Der Genehmigungsbescheid enthält Nebenbestimmungen und ist mit der nachfolgenden Rechtsbehelfsbelehrung versehen:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erhoben werden beim: **Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Adalbertstraße 18, 60486 Frankfurt am Main.**

Eine Durchschrift des Genehmigungsbescheides liegt vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen von **Dienstag, 21. Juni 2022 bis Montag, 4. Juli 2022** beim **Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Umwelt Frankfurt**, Gutleutstraße 114, 60327 Frankfurt am Main, sechstes Obergeschoss, Raum 6.6.05, Tel. 069-2714-5993, aus und kann dort nach vorheriger Terminvereinbarung (Tel. 069-2714-5993) während der Dienststunden (Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.30 Uhr, Freitag 8.00 bis 15.00 Uhr) eingesehen werden.

Bei der Einsichtnahme sind die Hygieneregeln, wie Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und die Einhaltung der Abstandsregeln zu beachten.

Hinweis für Dritte:

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Die Klagefrist läuft **bis zum 4. August 2022.**

Hinweise zum Datenschutz finden sie im Internet unter [www.rp-darmstadt.hessen.de](http://www.rp-darmstadt.hessen.de) im Bereich Umwelt>Lärm/Luft/Strahlen>Datenschutzhinweise.

Frankfurt am Main, den 8. Juni 2022

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
Abteilung Umwelt Frankfurt  
RPDA - Dez. IV/F 43.1-53 u 12.01/575-2020/1  
IV/F 43.1 - 1566/12 Gen 2019/035

StAnz. 25/2022 S. 737

506

### Vorhaben: Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Lagerung von Abfällen in Großkrotzenburg

Die HIM GmbH, Bereich Altlastensanierung, Waldstraße 11 in 64584 Biebesheim am Rhein hat einen Antrag gestellt auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Lagerung über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr für maximal 37.000 m<sup>3</sup> Abfälle (Bodenaushub und Steine) in

63538 Großkrotzenburg, Gemarkung: Großkrotzenburg, Flur: 20, Flurstücke: 406/2, 410/2, 412/2, 418/4 und 520/9, Rechts-/Hochwert: 32U497017,51/5548153,45.

Errichtung und Betrieb der Anlage sind ausschließlich für mineralische Abfälle beantragt, die im Rahmen der Sanierung der Altdeponie Eisert verwendet werden. Es sollen nur Abfälle angenommen und für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren gelagert werden, die die Zuordnungswerte bis maximal Z1 im Feststoff und Z1.1 im Eluat laut Merkblatt „Entsorgung von Bauabfällen“ der hessischen Regierungspräsidien (Stand 1. September 2018) einhalten.

Die Genehmigung wurde befristet für einen Zeitraum von 5 Jahren nach Erteilung der Genehmigung beantragt.

Die Anlage soll nach Bescheiderteilung errichtet und in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit Nr. 8.14.2.2 des Anhangs 1 der 4. Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

#### Bekanntgabe nach § 5 Abs. 2 UVPG

Für dieses Vorhaben war nach § 1 Abs. 2 der 9. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da von dem geplanten Neuvorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Diese Feststellung beruht auf folgenden Kriterien und den entsprechenden Merkmalen des Vorhabens:

In das beantragte Zwischenlager werden nur Abfälle (Böden und Steine) mit der umwelttechnischen Eignung bis max. Z1 im Feststoff und Z1.1. im Eluat (gem. Merkblatt „Entsorgung von Bauabfällen“, Stand 1. September 2018), welche für die Sanierung der Altablagerung Eisert geeignet sind, eingelagert. Der Betrieb des Zwischenlagers erfolgt parallel zur Sanierung der Altablagerung und ist auf fünf Jahre befristet.

Nach § 7 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 8.9.2.1 in Anlage 1 UVPG ist für das Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung erforderlich. Die allgemeine Vorprüfung erfolgt unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG ausgeführten Kriterien. Nachfolgende Kriterien aus Anlage 3 sind für das Vorhaben einschlägig: Eine besondere Nutzung der Fläche (Punkt 1.3), eine bestehende Nutzung des Gebietes für Landwirtschaft (Punkt 2.1) sowie die Lage in Wasserschutzgebieten nach § 51 WHG und Risikogebieten nach § 73 Abs. 1 WHG (Punkt 2.3.8).

Der geplante Anlagenstandort liegt im Außenbereich nach § 35 BauGB. Durch den Regionalverband RheinMainFrankfurt wurde mitgeteilt, dass das Vorhaben aufgrund der Art und Dauer der Nutzung keine Änderung des RegFNP2010 erforderlich macht. Das gemeindliche Einvernehmen wurde durch die Gemeinde Großkrotzenburg ebenfalls erteilt.

Derzeit unterliegt der Anlagenstandort der landwirtschaftlichen Nutzung. Nach der Nutzung als Zwischenlager ist die Wiedernutzbarmachung als landwirtschaftliche Fläche – sofern mit endgültiger Aufstellung des Bebauungsplans „Auf dem Mittelfeld“ keine anderweitige Nutzung zu tragen kommt – vorgesehen. Durch die festgelegten oben genannten umwelttechnischen Eignungsanforderungen an die Abfälle (Böden und Steine) kann ein Schadstoffeintrag ausgeschlossen werden. Ferner wird durch eine eindeutige Begrenzung von Fahrwegen und Umschlagsbereich mittels Holzpalisaden eine Bodenverdichtung durch Fahrbewegungen auf ein minimal notwendiges Niveau reduziert. Fahrwege und Umschlagsbereiche werden in wasserdurchlässiger Bauweise ertüchtigt, eine Flächenversiegelung findet nicht statt. Der Anlagenbetrieb steht somit einer späteren möglichen Wiedernutzbarmachung für die Landwirtschaft nicht entgegen.

Der Anlagenstandort liegt in der Wasserschutzgebietszone (WSG Zone) III des Wasserwerks I Wallersee sowie im Hochwasserrisikogebiet (Extremhochwasser) des Mains. Wassergefährdende Stoffe – mit Ausnahme der Betriebsflüssigkeiten in Fahrzeugen – sind im Langzeitzwischenlager nicht vorhanden bzw. deren Vorkommen nicht zugelassen. Aufgrund der umwelttechnischen Eignungsanforderungen an die Abfälle (Böden und Steine) und der Beschränkung hinsichtlich wassergefährdender Stoffe ist eine Beeinträchtigung des WSG Zone III durch den Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser nicht zu besorgen. Für das Eintreten eines möglichen Extremhochwassers werden für den Betrieb des Langzeitzwischenlagers geeignete Maßnahmen (Sicherung von abschwemmbareren Gegenständen, Entfernen von Fahrzeugen unter einem Niveau von 106,22 Meter über NHN etc.) in einem Einsatz- und Alarmplan festgeschrieben. Entsprechend sind auch beim seltenen Eintritt eines Extremhochwassers erhebliche nachteiligen Auswirkungen im Sinne des UVPG nicht ableitbar.

Zusammenfassend ergab die allgemeine Vorprüfung, dass die Schutzgüter Mensch, Boden, Wasser und Natur nicht von erheblichen nachteiligen Auswirkungen im Sinne des UVPG betroffen sind. Dies wurde auch durch die maßgeblich beteiligten Fachbehörden in Ihren Stellungnahmen bestätigt. Eine UVP ist somit nicht erforderlich.

Das Vorhaben wird hiermit nach § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekannt gemacht.

Der Antrag und die Unterlagen sowie die bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung bei der Genehmigungsbehörde vorliegenden entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen liegen in der Zeit **vom 28. Juni 2022 (erster Tag) bis 27. Juli 2022 (letzter Tag)** beim Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Umwelt Frankfurt, Gutleutstraße 114, 60327 Frankfurt am Main, Zimmer 8.6.09, und beim Gemeindevorstand der Gemeinde Großkrotzenburg, Bahnhofstraße 3, Untergeschoß Raum U 0.1, 63538 Großkrotzenburg, aus und können dort nach vorheriger Terminvereinbarung (Tel. Regierungspräsidium Darmstadt: 069/2714-3947, Tel. Gemeinde Großkrotzenburg 06186/2009-0) während der Dienststunden (Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.30 Uhr, Freitag 8.00 bis 15.00 Uhr eingesehen werden. Bei der Einsichtnahme gelten die aktuellen pandemiebedingten Zugangsregelungen. Bitte erkundigen Sie sich gegebenenfalls vorher, welche Regelungen in den jeweiligen Auslegungsstellen aktuell gelten.

Bei den vorgenannten Berichten und Empfehlungen handelt es sich zurzeit um die nachfolgenden Stellungnahmen zu:

- RPDA – Dezernat IV/F-41.1 zu Grundwasser- und Bodenschutz
- RPDA – Dezernat IV/F-41.2 zu Oberflächengewässer und Hochwasserschutz
- RPDA – Dezernat IV/F-41.4 zum anlagenbezogenen Gewässerschutz und wassergefährdenden Stoffen
- RPDA – Dezernat IV/F-42.1 zur Luftreinhaltung
- RPDA – Dezernat IV/F-43.1 zu Emissionen von Lärm und Licht
- RPDA – Dezernat V 53.1 zum Naturschutz
- RPDA – Dezernat VI 63 zum Arbeitsschutz
- Main-Kinzig-Kreis, Amt für Gesundheit und Gefahrenabwehr, Abteilung Hygiene und Umweltmedizin zu umweltmedizinischen Gefährdungen für die Allgemeinheit
- Main-Kinzig-Kreis, Bauordnungsamt/Bauaufsicht zu bauplanungsrechtlichen Aspekten
- Main-Kinzig-Kreis, Amt für Gesundheit und Gefahrenabwehr, Brandschutzdienststelle zum Brandschutz
- Main-Kinzig-Kreis, Amt für Sicherheit, Ordnung, Migration und Integration, Verkehrsbehörde zum Bereich Straßenverkehr
- Gemeinde Großkrotzenburg mit Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Innerhalb der Zeit **vom 28. Juni 2022 (erster Tag) bis 10. August 2022 (letzter Tag)** können nach § 10 Abs. 3 BImSchG Ein-

wendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Auslegungsstellen oder elektronisch (E-Mail: [poststelle@rpda.hessen.de](mailto:poststelle@rpda.hessen.de)) erhoben werden.

Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder an die im Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Personenbezogene Daten von Einwenderinnen und Einwendern können z. B. bei Masseneinwendungen für die Dauer des Verfahrens automatisiert verarbeitet werden.

**Wenn Sie vorab Ihrer Einwendungen unsere Datenschutzhinweise zur Kenntnis nehmen möchten, haben Sie die Möglichkeit, diese auf der Homepage des RP Darmstadt unter Umwelt > Abfall > Datenschutzhinweise oder persönlich unter obiger Adresse einzusehen. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen diese zudem in Papierform, ausreichend ist ein formloses Schreiben an obige Adresse.**

Ein Termin zur Erörterung der Einwendungen wird wie folgt bestimmt:

**Datum: 6. September 2022**

**Uhrzeit: 10.00 Uhr**

**Ort: Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Umwelt Frankfurt  
Gutleutstraße 114, 60327 Frankfurt am Main,  
Raum 3.6.40**

Die Erörterung kann an Folgetagen fortgesetzt werden.

Der Erörterungstermin wird abgesagt, wenn die erhobenen Einwendungen nach Einschätzung der Behörde keiner Erörterung bedürfen. Diese Entscheidung wird an gleicher Stelle nach Ende der Einwendungsfrist öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Erörterungstermin grundsätzlich nicht stattfindet, wenn Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind bzw. die Einwendungen zurückgezogen wurden oder nur auf privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Erörterungstermin endet, wenn sein Zweck erfüllt ist. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden, sollte der Erörterungstermin stattfinden, auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Der Erörterungstermin ist öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Frankfurt am Main, den 7. Juni 2022

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
Abteilung Umwelt Frankfurt  
RPDA - Dez. IV/F 42.1-100 h 44.12/4-  
2019/2

StAnz. 25/2022 S. 739

in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), geändert durch Gesetz vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), zu prüfen, ob für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht oder nicht.

Bei der Prüfung war zu berücksichtigen, dass das Vorhaben „Nachauskiesung“ und der „Neuaufschluss des Quarzsand- und -kiestagebaus Geinsheim“ (der erforderliche Rahmenbetriebsplan befindet sich derzeit im Planfeststellungsverfahren) kumulierende Vorhaben im Sinne des § 10 Abs. 4 UVPG sind.

Nach § 12 Abs. 1 Nr. 2 UVPG wurde bei der allgemeinen Vorprüfung das Vorhaben „Neuaufschluss des Quarzsand- und -kiestagebaus Geinsheim“ als Vorbelastung berücksichtigt.

Die allgemeine Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Nr. 2 und § 12 Abs. 1 Nr. 2 UVPG des Regierungspräsidiums Darmstadt für das hinzutretende kumulierende Vorhaben „Nachauskiesung“ hat ergeben, dass zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche Umweltauswirkungen durch die „Nachauskiesung“ nicht hervorgerufen werden können und daher eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind folgende Gründe der Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder der Vorkehrungen unter Hinweis auf die einschlägigen Kriterien der Anlage 3 UVPG (die Nummern der Kriterien der Anlage 3 UVPG sind in Klammern in dem jeweiligen nachfolgenden Punkt angegeben) maßgebend:

- Durch die Nachauskiesung werden keinen neuen Flächen in Anspruch genommen (Nummer 1, insbesondere Nummer 1.1, und Nummer 3).
- Die Emissionen und Immissionen sind nicht erheblich (Nummern 1.5, 1.6, 1.7 und Nummer 3).
- Schutzgebiete sind ausreichend weit entfernt und werden nicht durch den Betrieb beeinträchtigt (Nummer 2 und Nummer 3).
- Es ist ausreichend Vorsorge für die Wiedernutzbarmachung getroffen (Nummer 1.1 und Nummer 3).
- Erhebliche Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt sind nicht zu erwarten (Nummer 3, insbesondere Nummer 3.7).

Diese Feststellung ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Diese Bekanntgabe wird vom im Internet vom 20. Juni 2022 bis 19. Juli 2022 auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt unter > Veröffentlichungen und Digitales > Öffentliche Bekanntmachungen > Umweltrecht (<https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-Digitales/Oeffentliche-Bekanntmachungen/Umweltrecht>) veröffentlicht.

Wiesbaden, den 2. Juni 2022

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
Abteilung IV/WI Umwelt Wiesbaden  
RPDA - Dez. IV/Wi 44-76 d 06/16-  
2019/10

StAnz. 25/2022 S. 740

507

**Quarzkies- und -sandtagebau „Kiebertsee“ der Dyckerhoff Kieswerk Trebur GmbH & Co. KG, Trebur;**  
Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG

Die Dyckerhoff Kieswerk Trebur GmbH & Co. KG, Trebur, beabsichtigt den Quarzsand- und -kiestagebau „Kiebertsee“ in der Gemeinde: Trebur, Gemarkung: Geinsheim, Flure: 12 und 13, wie folgt zu ändern:

Auf einer Fläche von etwa 6,2 ha im westlichen Teil des Quarzkies- und -sandtagebau „Kiebertsee“ soll der Gewinnungssee in der Gemeinde: Trebur, Gemarkung: Geinsheim, Flur: 12, Flurstücke: 77/1 teilweise (tlw.), 77/2 tlw., 78 tlw., 79 tlw., 80/1 tlw., 80/2 tlw., 83/1 tlw., 84/1 tlw., 85 tlw., 86 tlw. und 87 tlw., von bisher teilweise 22 Meter unter Geländeoberkante (u. GOK) auf zukünftig bis zu 37 Meter u. GOK vertieft werden (im Folgenden: Vorhaben „Nachauskiesung“).

Für das oben angegebene Vorhaben „Nachauskiesung“ war nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

508

**Anerkennung der Thorsten Reiher Familienstiftung, Sitz Eschborn, als rechtsfähige Familienstiftung des bürgerlichen Rechts**

Nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Stiftungsgeschäft und Stiftungssatzung vom 17. Mai 2022 errichtete Thorsten Reiher Familienstiftung mit Sitz in Eschborn mit Stiftungsurkunde vom 3. Juni 2022 als rechtsfähig anerkannt.

**Diese öffentliche Bekanntmachung wird auch auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt unter dem Link <https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-digitales/oeffentliche-bekanntmachungen/stiftungen-2022> veröffentlicht.**

Darmstadt, den 3. Juni 2022

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
I 13 - 25d04.06/15-2022

StAnz. 25/2022 S. 740

509

### Anerkennung der Familienstiftung Kahili V/XXII, Sitz Eschborn, als rechtsfähige Familienstiftung des bürgerlichen Rechts

Nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Stiftungsgeschäft und Stiftungssatzung vom 3. Mai 2022 errichtete Familienstiftung Kahili V/XXII mit Sitz in Eschborn mit Stiftungsurkunde vom 7. Juni 2022 als rechtsfähig anerkannt. Diese öffentliche Bekanntmachung wird auch auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt unter dem Link <https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-digitales/oef-fentliche-bekanntmachungen/stiftungen-2022> veröffentlicht.

Darmstadt, den 7. Juni 2022

Regierungspräsidium Darmstadt  
I 13 – 25d 04.06/25-2022

StAnz. 25/2022 S. 741

510

### Aufhebung der Preller-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main

Nach § 9 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes in der derzeit gültigen Fassung habe ich die Preller-Stiftung mit Sitz in Frankfurt am Main mit Bescheid vom 13. Dezember 2021 aufgehoben.

Diese öffentliche Bekanntmachung wird auch auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt unter dem Link <https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-digitales/oef-fentliche-bekanntmachungen/stiftungen-2022> veröffentlicht.

Darmstadt, den 1. Juni 2022

Regierungspräsidium Darmstadt  
I 13 – 25d04.12/26-2018

StAnz. 25/2022 S. 741

511

GIESSEN

### Planfeststellungsverfahren nach § 33 ff. des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) in Verbindung mit §§ 72 ff. des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HVwVfG) und §§ 1 ff. des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) für die Erneuerung und Erweiterung der Konrad-Adenauer-Brücke und grundlegende Erneuerung der L 3020 Heuchelheimer Straße/Gabelsbergerstraße“ von Bau-km 0+010 bis Bau-km 0+821 bzw. von Str.-km 0,362 bis Str.-km 1+180 in der Universitätsstadt Gießen inklusive trassennahen landschaftspflegerischen Kompensationsmaßnahmen sowie einer Ökokontomaßnahme in Gießen-Rödgen;

Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG

Die Universitätsstadt Gießen plant als Vorhabenträgerin die Erneuerung der Konrad-Adenauer-Brücke in Gießen. Die bestehende Brücke (einbahnig, zweistreifige Fahrbahn) wird durch einen Neubau (zweibahnig, vierstreifige Fahrbahn) ersetzt. Bestandteil der Planung sind auch der im Westen angrenzende Abschnitt der Heuchelheimer Straße sowie im Osten die Gabelsbergerstraße mit den Knotenpunkten „Lahnstraße“ und „Westanlage“. Die Konrad-Adenauer-Brücke liegt am westlichen Rand der Innenstadt von Gießen und überquert den Fluss „Lahn“, dessen Vorland sowie die „Schlachthofstraße“.

Die bestehende zweistreifige Brücke bildet einen Engpass im hochbelasteten Straßennetz der Stadt Gießen. In den Hauptverkehrszeiten kommt es im geplanten Ausbaubereich immer wieder zu Überlastungserscheinungen. Neben den verkehrlichen Problemen zeigt das Bauwerk auch erhebliche bauliche Schäden, die einen Ersatzneubau unumgänglich machen.

Im Netzabschnitt der Gabelsbergerstraße fehlt zwischen der Heuchelheimer Straße und der Schanzenstraße eine Radverkehrs-

führung in beiden Fahrtrichtungen. Diese Lücke soll im Zuge des geplanten Neubaus der Konrad-Adenauer-Brücke geschlossen werden.

Durch die vorliegende Planung werden die genannten Defizite beseitigt. Neben dem Brückenbauwerk werden die angrenzenden Straßenabschnitte und Knotenpunkte der neuen Situation angepasst.

Zur Reduzierung der Immissionspegel wird auf der Konrad-Adenauer-Brücke eine Schallschutzwand errichtet.

Die Universitätsstadt Gießen hat als Vorhabenträgerin für dieses Bauvorhaben Unterlagen zur UVP-Vorprüfung vorgelegt und ein straßenrechtliches Planfeststellungsverfahren nach § 33 HStrG beantragt.

Für das Vorhaben war zu prüfen, ob die möglichen Umweltauswirkungen die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern. Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 in Verbindung mit § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) anhand der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG hat ergeben, dass durch das Vorhaben sowohl hinsichtlich der Merkmale und des Standortes als auch der Merkmale der möglichen Auswirkungen des Vorhabens keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind und somit keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Diese Feststellung wird wie folgt begründet:

Durch entsprechende Schutzvorkehrungen ist kein Eintrag von Schadstoffen in den Boden zu erwarten. Das Bauvorhaben wird außerhalb von Naturschutz- und Wasserschutzgebieten errichtet. Der Eingriff ist relativ kleinräumig und findet in einem durch Verkehr deutlich vorbelasteten Bereich statt. Der Vorhabensbereich ist aufgrund seiner strukturellen Ausstattung und der Lage im Innenstadtbereich für Brut- und Rastvögel insgesamt von mäßiger Bedeutung. Teile des UG liegen im LSG „Auenverbund Lahn-Dill“. An den Uferändern der Lahn befinden sich stellenweise Gehölze, die zu den gesetzlich geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG zu zählen sind. Da sich das Vorhaben jedoch bereits in einem stark zerschnittenen Lebensraum befindet und durch die temporäre Flächeninanspruchnahme keine Verbindungsstrukturen zerstört werden, tritt keine erhebliche Verschlechterung ein. Durch das Vorhaben kommt es zu anlagebedingten Flächeninanspruchnahmen innerhalb eines nach § 13 HWG festgestellten Überschwemmungsgebietes. Durch die Neugestaltung der Brückenpfeiler kommt es zu einer geringfügigen Veränderung der Retentionsräume. Mit dem geplanten Bauwerk wird keine wesentliche Verschlechterung der bestehenden Hochwassersituation erzeugt. Es entsteht ein geringfügiger Verlust an Retentionsraum. Der hierfür notwendige Ausgleich ist durch den Rückbau der bestehenden Brückenpfeiler sowie die Entsiegelung der Flächen am östlichen Lahnufer direkt unterhalb der Brücke gewährleistet. Folglich ist nicht mit verbleibenden erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu rechnen. Derzeit ist das Brückenbauwerk aufgrund seiner Lage im bebauten Stadtbereich und der Einbettung in das Lahntal nur bedingt einsehbar. Durch die Erweiterung der Brücke in nördlicher Richtung erhöht sich die Auswirkung auf das Landschaftsbild nicht in erheblichem Maße.

Eine begründete Wahrscheinlichkeit, dass infolge des Vorhabens erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen entstehen können, ist nicht vorhanden. Das Vorhaben ist somit als unerheblich einzustufen.

Diese Feststellung ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Gießen, den 8. Juni 2022

Regierungspräsidium Gießen  
RPGI-33-66j0400/3-2017/18

StAnz. 25/2022 S. 741

512

### Vorhaben der Firma Liqvis GmbH, Huttropstraße 60 in 45138 Essen;

Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG

Die Liqvis GmbH, Huttropstraße 60, 45138 Essen beabsichtigt die Errichtung und den Betrieb einer Tankstelle für Flüssigerdgas (liquiefied natural gas, LNG) in 36304 Ailsfeld, Gemarkung Ailsfeld, Flur 17, Flurstück 76/221; Disröder Feld 4. Der LNG-Tank soll ein Fassungsvermögen von 29,9 Tonnen haben.

Für dieses Vorhaben war nach § 7 UVPG zu prüfen, ob die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 2 in Verbindung mit Anlage 1 Nr. 9.1.1.3 UVPG ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung beruht auf folgenden Kriterien und den entsprechenden Merkmalen des Vorhabens:

Es werden keine Leistungsgrenzen überschritten, die eine zwingende UVP auslösen.

Besondere örtliche Gegebenheiten im Untersuchungsgebiet des Vorhabens werden aufgrund der Entfernung zur Anlage sowie der irrelevanten betriebsbedingten Emission von Luftschadstoffen und der eingesetzten Stoffe nicht beeinträchtigt.

Auswirkungen nach Anlage 3 zum UVPG sind insgesamt auszuschließen.

Weitere Tatbestände, die die Besorgnis erheblich nachteiliger Umweltauswirkungen begründen könnten, liegen nach Einschätzung des Regierungspräsidiums Gießen nicht vor.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Gießen, den 1. Juni 2022

**Regierungspräsidium Gießen**  
RPGI-43.2-53e1020/1-2022/1

StAnz. 25/2022 S. 741

## 513 KASSEL

### **Gemeinsame Bekanntmachung der Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel; Genehmigung einer Entgeltliste für die unschädliche Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und Erzeugnissen in den Kalenderjahren 2022 bis 2024**

Die Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel haben der **SecAnim Südwest GmbH, Rivenich**, mit gleichlautenden Bescheiden vom 27. April 2022 auf der Grundlage von § 3 Abs. 2 Satz 1 HAGTierNebG rückwirkend mit Wirkung vom 1. Januar 2022 die Genehmigung der nachstehend als Anlage abgedruckten Entgeltliste erteilt.

Kassel, den 7. Juni 2022

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
RPDA V 54-19 d 04/17 b

**Regierungspräsidium Gießen**  
V 54 19d 02 11

**Regierungspräsidium Kassel**  
RPKS - 23-19 d 2603/1-2018/4

StAnz. 25/2022 S. 742

### **Entgeltliste für die unschädliche Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen, tierischen Erzeugnissen sowie sonstige Entsorgungen für das Land Hessen sowie für die Stadt Aschaffenburg und den Landkreis Aschaffenburg im Freistaat Bayern und die Stadt Mannheim und den Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg**

Für die Abholung und unschädliche Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen, tierischen Erzeugnissen sowie für sonstige Entsorgungen werden Entgelte nach dieser Entgeltliste erhoben.

Diese Entgeltliste gilt vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2024.

Die Entgeltliste ist in folgende Abschnitte unterteilt:

- Tierkörper
- Tierkörperteile gem. Verordnung (EG) Nr. 1069/2009
- Sonstige Entsorgungen
- Heim-, Wild- und sonstige Tiere
- Sektionstiertransporte
- Rechnungslegung

Sämtliche angegebenen Entgelte dieser Entgeltliste verstehen sich zuzüglich der jeweils gesetzlich gültigen Umsatzsteuer.

#### **A) Tierkörper**

##### **Für die Beseitigung der gefallenen Tiere werden bei Verwiegung folgende Entgelte erhoben:**

|  |                 |
|--|-----------------|
| Preis pro t                                      | <b>225,87 €</b> |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | <b>29,90 €</b>  |

##### **Für die Beseitigung der gefallenen Tiere ohne Verwiegung werden je nach Tierart je Tierkörper bzw. je Systembehälter folgende Entgelte erhoben:**

|  |                      |
|--|----------------------|
| Rind, jünger als 3 Monate                        | 15,81 €              |
| Rind, 3 bis unter 12 Monate                      | 45,17 €              |
| Rind, 12 bis unter 24 Monate                     | 90,34 €              |
| Rind, 24 Monate und älter                        | 124,22 €             |
| Schaf jünger als 12 Monate                       | 7,91 €               |
| Schaf ab 12 Monate                               | 10,16 €              |
| Schaf ab 18 Monate                               | 10,16 €              |
| Ziege jünger als 12 Monate                       | 7,91 €               |
| Ziege ab 12 Monate                               | 10,16 €              |
| Ziege ab 18 Monate                               | 10,16 €              |
| Einhufer bis unter 12 Monate                     | 27,10 €              |
| Einhufer ab 12 Monate                            | 101,64 €             |
| Gehegewild                                       | 15,81 €              |
| Saugferkel/Ferkeltotgeburt                       | 1,13 €               |
| Schwein unter 20 kg                              | 3,39 €               |
| Schwein von 20 kg bis 50 kg                      | 7,91 €               |
| Schwein  | 20,33 €              |
| Kameliden (Kamel, Lama, Trampeltier)             | 15,81 €              |
| sonstige Nutztiere –                             |                      |
| nach geschätztem Gewicht                         | Preis pro t 225,87 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €              |

#### **Tierkörper im Systembehälter**

|  |          |
|--|----------|
| Entleerung eines System-Behälters 240 l          | 32,53 €  |
| Entleerung eines System-Behälters 1.100 l        | 149,11 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €  |

#### **B) Tierkörperteile gemäß Verordnung (EG) Nr. 1069/2009**

Für die Entsorgung von Tierkörperteilen im Großcontainer (ca. 23 m<sup>3</sup>, Behälterwechselverfahren) und im System-Behälter (Umleerverfahren) werden unterschiedliche Entgelte erhoben. Die Anzahl der Schlachtungen richtet sich nach den amtlichen Schlachtzahlen, die durch die Kreise und kreisfreien Städte auf Basis der amtlichen Fleischuntersuchungen ermittelt werden.

Für die nachfolgend genannten Tierkategorien gelten folgende Definitionen:

Lamm, Schaf, Schwein, Kalb < 6 Monate, Gehegewildschlachtung = Schwein, Schaf, Ziege, Rinder < 12 Monate, Gehegewild

Rinder- oder Einhuferschlachtung = Rind ab 12 Monate und Einhufer

#### **1) Entsorgung von Tierkörperteilen im Großcontainer (23 m<sup>3</sup>, Behälterwechselverfahren)**

##### **1.1 Entsorgung von Tierkörperteilen aus Schlachtungen**

Die Entgelte für die Entsorgung im Großcontainer setzen sich wie folgt aus Entgelten pro Schlachttier, einem Entgelt je Gewichtstonne und einer Anfahrtspauschale zusammen

##### **Entgelt pro Schlachttier nach den amtlichen Schlachtzahlen**

|  |        |
|--|--------|
| Lamm, Schaf, Schwein, Kalb < 6 Monate, Gehegewildschlachtung | 0,55 € |
| Rinder- oder Einhuferschlachtung                             | 5,69 € |

##### **Gewichtsabhängiges Entgelt**

|   |         |
|---|---------|
| Schlachtbetriebe mit mehr als 30.000 Schlachtungen und weniger als 150.000 Schlachtungen pro Jahr je Gewichtstonne Schlachtabfall | 87,80 € |
|---|---------|

|   |         |
|---|---------|
| Schlachtbetriebe mit mehr als 150.000 Schlachtungen je Gewichtstonne Schlachtabfall | 74,50 € |
|---|---------|

Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet 44,90 €

##### **1.2 Entsorgung von Tierkörperteilen aus nicht schlachtenden Betrieben**

##### **Gewichtsabhängiges Entgelt**

|  |          |
|--|----------|
| je Gewichtstonne Zerlegeabfall                   | 121,75 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 44,90 €  |

**2) Entsorgung von Tierkörperteilen im Systembehälter (Umleerverfahren)**

**2.1 Entsorgung von Tierkörperteilen im Systembehälter bei Verwiegung**

Die Entgelte für die Entsorgung im Systembehälter setzen sich wie folgt aus Entgelten pro Schlachttier, einem vom Gesamtgewicht abhängigen Entgelt und einer Anfahrtspauschale zusammen

**Entgelt pro Schlachttier nach den amtlichen Schlachtzahlen**

|  |        |
|--|--------|
| Lamm, Schaf, Schwein, Kalb < 6 Monate, Gehegewildschlachtung | 0,55 € |
| Rinder- oder Einhufer Schlachtung                            | 5,69 € |

**Gewichtsabhängiges Entgelt**

|  |          |
|--|----------|
| je Gewichtstonne Schlachtabfall                  | 177,40 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €  |

**2.2 Entsorgung von Tierkörperteilen aus nicht schlachtenden Betrieben im Systembehälter bei Verwiegung**

**Gewichtsabhängiges Entgelt**

|  |          |
|--|----------|
| je Gewichtstonne Zerlegeabfall                   | 215,82 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €  |

**2.3 Entsorgung von Tierkörperteilen im Systembehälter ohne Verwiegung**

Die Entgelte für die Entsorgung im Systembehälter setzen sich wie folgt aus Entgelten pro Schlachttier, einem Behälterentgelt und einer Anfahrtspauschale zusammen

**Entgelt pro Schlachttier nach den amtlichen Schlachtzahlen**

|  |        |
|--|--------|
| Lamm, Schaf, Schwein, Kalb < 6 Monate, Gehegewildschlachtung | 0,55 € |
| Rinder- oder Einhufer Schlachtung                            | 5,69 € |

|  |          |
|--|----------|
| Entleerung eines System-Behälters 240 l          | 28,38 €  |
| Entleerung eines System-Behälters 1.100 l        | 127,88 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €  |

**2.4 Entsorgung von Tierkörperteilen aus nicht schlachtenden Betrieben im Systembehälter ohne Verwiegung**

**Gewichtsabhängiges Entgelt**

|  |          |
|--|----------|
| Entleerung eines System-Behälters 240 l          | 34,53 €  |
| Entleerung eines System-Behälters 1.100 l        | 155,39 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €  |

**3. Entsorgung von Blut aus Schlachtungen mittels Saugwagen**

|  |          |
|--|----------|
| Preis pro Tonne                                  | 174,75 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 44,90 €  |

**C) Sonstige Entsorgungen**

**1. Für Entsorgungen im Seuchenfall werden folgende Entgelte erhoben:**

|   |          |
|---|----------|
| Pro Stunde für Fahrzeug inkl. Fahrer        | 64,76 €  |
| Pro Stunde für jeden (weiteren) Mitarbeiter | 29,47 €  |
| Pro Tonne sonstiges Material                | 117,47 € |

**2. Für sonstige Sonderentsorgungen sowie außerplanmäßige Entsorgungen werden folgende Entgelte erhoben:**

|   |          |
|---|----------|
| Pro Stunde für Fahrzeug inkl. Fahrer        | 64,76 €  |
| Pro Stunde für jeden (weiteren) Mitarbeiter | 29,47 €  |
| Pro Tonne sonstiges Material                | 117,47 € |

**3. Für die Entsorgung verdorbener Lebensmittel, Fleischprodukte etc. im Systembehälter werden folgende Entgelte erhoben:**

|  |          |
|--|----------|
| Entleerung eines System-Behälters 240 l          | 28,38 €  |
| Entleerung eines System-Behälters 1.100 l        | 127,88 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €  |

**D) Heim-, Wild- und sonstige Tiere**

**1. Bei Verwiegung**

|  |            |
|--|------------|
| Gewichtsabhängiges Entgelt je t                  | 1.387,81 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €    |

**2. Ohne Verwiegung**

|           |                           |         |
|-----------|---------------------------|---------|
| Hund      | pro Stück bei Abholung    | 57,66 € |
|           | pro Stück bei Anlieferung | 38,79 € |
| Katze     | pro Stück bei Abholung    | 32,68 € |
|           | pro Stück bei Anlieferung | 13,81 € |
| Wildtiere | pro Stück bei Abholung    | 71,53 € |
|           | pro Stück bei Anlieferung | 52,67 € |

Versuchstiere ab 5 kg

|                           |          |
|---------------------------|----------|
| pro Stück bei Abholung    | 140,92 € |
| pro Stück bei Anlieferung | 122,06 € |

Sonstige Tiere

|                                   |            |
|-----------------------------------|------------|
| nach geschätztem kg-Gewicht pro t | 1.387,81 € |
| zusätzlich bei Abholung           | 29,90 €    |
| zusätzlich bei Anlieferung        | 11,04 €    |

**3. Das Entgelt der Entsorgung im System-Behälter beträgt:**

|  |          |
|--|----------|
| Entleerung eines System-Behälters 240 l          | 82,22 €  |
| Entleerung eines System-Behälters 1.100 l        | 272,56 € |
| Zusätzlich wird eine Anfahrtspauschale berechnet | 29,90 €  |

**E) Sektionstiertransporte (nur für das Gebiet des Landes Hessen)**

|                                   |          |
|-----------------------------------|----------|
| Abholungspauschale (je Transport) | 266,38 € |
|-----------------------------------|----------|

**F) Rechnungslegung**

Sämtliche angegebenen Entgelte dieser Entgeltliste versehen sich zusätzlich der jeweils gesetzlich gültigen Umsatzsteuer. Bei quartalsweiser Abrechnung wird ein Abschlag in Höhe von 60 Prozent des Rechnungsbetrages des letzten Quartals erhoben, um einen Teilausgleich für die verspätete Rechnungsstellung zu schaffen.

Die Beseitigungspflichtige ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, vor der Abholung die Zahlung der Entgelte zu verlangen.

514

**Vorhaben der Windenergiepark Höringhausen GmbH, Hauptstraße 2–4, 77704 Oberkirch;**

Bekanntmachung über die Erteilung einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Nach § 10 Abs. 8 BImSchG und § 21a der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) wird folgende Genehmigung vom 18. Mai 2022 hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der verfügende Teil des hierzu erlassenen Genehmigungsbescheides lautet:

„Auf Antrag vom 12.12.2019, zuletzt ergänzt am 19.2.2022 wird der **Windenergiepark Höringhausen GmbH, Hauptstraße 2–4, 77704 Oberkirch**, gesetzlich vertreten durch ihre Geschäftsführer **Herrn Nicolas Christoph, Herrn Simon Ruckinski**, nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) die Genehmigung erteilt, auf folgenden Grundstücken 4 Windenergieanlagen inkl. Nebeneinrichtungen zu errichten und zu betreiben

WEA N02: Grundstück in 34513 Waldeck Gemarkung Höringhausen, Flur 24, Flurstück 4 UTM: RW: 500.859, HW: 5.681.037

WEA N03: Grundstück in 34513 Waldeck Gemarkung Höringhausen, Flur 26, Flurstücke 6 und 5 UTM: RW: 501.387, HW: 5.680.482

WEA S02: Grundstück in 34513 Waldeck Gemarkung Höringhausen, Flur 28, Flurstück 1/4; Flur 29, Flurstück 10/3 UTM: RW: 501.181, HW: 5.679.214

WEA S03: Grundstück in 34513 Waldeck Gemarkung Höringhausen, Flur 29, Flurstück 11/1 UTM: RW: 501.903, HW 5.679.687

**Hinweis:** Der Begriff „Windenergieanlage“ ist und wird im Folgenden mit WEA abgekürzt. Diese Abkürzung ist gleichbedeutend mit der Abkürzung WKA.

Diese Genehmigung ergeht nach Maßgabe der unter Abschnitt III. dieses Bescheides aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und unter den in Abschnitt IV. festgesetzten Nebenbestimmungen.

Die Genehmigung berechtigt zur Errichtung und zum Betrieb von 4 Windenergieanlagen des Typs Vestas V162, Nennleistung je 5,6 MW, Gesamthöhe 247 m, Nabenhöhe 166 m an den gemäß Antragsunterlagen ausgewiesenen Standorten einschließlich Kranstellplätzen und Montageflächen auf den Anlagengrundstücken wie in den Kapiteln 5 und 18 der Antragsunterlagen dargestellt.“

Der Genehmigungsbescheid enthält Nebenbestimmungen und ist mit der nachfolgenden Rechtsbehelfsbelehrung versehen:

**„Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim **Hessischen Verwaltungsgerichtshof Kassel, Goethestraße 41 – 43, 34119 Kassel**, erhoben werden.“

Eine Ausfertigung dieses Genehmigungsbescheides liegt vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen von **Dienstag, 21. Juni 2022** (erster Tag) bis zum **Montag, den 4. Juli 2022** (letzter Tag) beim Regierungspräsidium Kassel, Abteilung Umweltschutz, Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel, im Raum 716 – Telefon: (0561) 106-4744 oder (0561) 106-4747, E-Mail: [immis-sionsschutzks@rpks.hessen.de](mailto:immis-sionsschutzks@rpks.hessen.de) – aus und kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie (Coronavirus) kann die Einsichtnahme nur nach vorheriger telefonischer Terminabsprache unter den oben genannten Rufnummern bzw. Terminabsprache per E-Mail erfolgen. Dabei sind die jeweiligen örtlichen Infektionsschutzmaßnahmen zu erfragen und bei der Einsichtnahme unbedingt zu beachten. Die zum Zeitpunkt der Auslage geltenden Öffnungszeiten können ebenfalls im Rahmen der Terminabstimmung erfragt werden.

**Hinweise:**

Bis zum Ablauf der Klagefrist können der Bescheid und seine Begründung von den Personen, die Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben, unter folgender Adresse schriftlich oder elektronisch angefordert werden: Regierungspräsidium Kassel, Abteilung Umweltschutz, Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel. Dabei bitte das untenstehende Aktenzeichen angeben.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Die Klagefrist beginnt am Tage nach dem Ende der Auslegungsfrist am **5. Juli 2022** und endet am **4. August 2022**.

Kassel, den 7. Juni 2022

**Regierungspräsidium Kassel**  
RPKS - 33.1-53 e 0421/1-2020/1-Ka  
StAnz. 25/2022 S. 743

515

**Abwassereinleitung durch die Firma Plukon Gudensberg GmbH in den Goldbach;**

Bekanntmachung über die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach dem Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit der Verordnung zur Regelung des Verfahrens bei Zulassung und Überwachung industrieller Abwasserbehandlungsanlagen und Gewässerbenutzungen (IZÜV)

Nach § 4 Abs. 1 und 2 IZÜV und § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG in Verbindung mit § 3 Abs. 1 PlanSiG wird folgende Erlaubnis vom 28. April 2022 hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der verfügende Teil des hierzu erlassenen **Erlaubnisbescheides** lautet:

**1.**

Auf Antrag vom 3.3.2021, in der Fassung vom 7.4.2022, wird der **Plukon Gudensberg GmbH**, gesetzlich vertreten u. a. durch den Geschäftsführer Frank Grundl, Besser Straße 45, 34281 Gudensberg, – Betreiberin –, nach §§ 8-13, 18, 54-57 und 61 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i. V. m. §§ 1 ff. Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV) die widerrufliche Erlaubnis erteilt, unbeschadet der Rechte Dritter, **befristet bis zum 31.3.2025**, gewerbliches Abwasser aus den Herkunftsbereichen der Anhänge 10 und 31 der Abwas-

serverordnung (AbwV) entsprechend den Antragsunterlagen (Abschnitt II) und unter Einhaltung der nachfolgend aufgeführten Benutzungsbedingungen (Abschnitt III) und Auflagen (Abschnitt IV) sowie den Vorgaben der Anhänge der AbwV – soweit in diesem Bescheid nicht abweichende Regelungen getroffen werden – wie folgt in den Goldbach einzuleiten:

|   |             |                  |   |             |                  |
|---|-------------|------------------|---|-------------|------------------|
| <b>Einleitung</b>   |             |                  |   |             |                  |
| von mechanisch-biologisch behandeltem Abwasser aus der Betriebskläranlage |             |                  |   |             |                  |
| <b>Gewässer</b>   |             |                  |   |             |                  |
| Goldbach, Gewässernummer 4289296; Gewässer 3. Ordnung                     |             |                  |   |             |                  |
| <b>Gewässergrundstück</b>   |             |                  | <b>Grundstück, von dem eingeleitet wird</b> |             |                  |
| <b>Gemarkung</b>  | <b>Flur</b> | <b>Flurstück</b> | <b>Gemarkung</b>                            | <b>Flur</b> | <b>Flurstück</b> |
| Gudensberg  | 5           | 100/5            | Gudensberg                                  | 5           | 39/1             |
| <b>Koordinaten</b>  |             | <b>UTM 32</b>    |   |             |                  |
| Einleitungsstelle   |             | E 5670483        | N 525882                                    |             |                  |

**2.****Kostenentscheidung**

Diese Erlaubnis ist kostenpflichtig. Die Kosten des Verfahrens hat die Antragstellerin zu tragen. Die Entscheidung über die Höhe der Kosten wird in einem eigenständigen Kostenbescheid geregelt.

Der Erlaubnisbescheid enthält Nebenbestimmungen und ist mit der nachfolgenden Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Kassel, Goethestraße 41 – 43, 34119 Kassel, erhoben werden.

Die Klage ist gegen das Land Hessen, vertreten durch das Regierungspräsidium Kassel, Abteilung III – Umweltschutz –, Dezernat 31.5, Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel zu richten.

Der Erlaubnisbescheid ist im Internet auf der Homepage des Regierungspräsidiums [www.rp-kassel.hessen.de](http://www.rp-kassel.hessen.de) unter der Rubrik Öffentliche Bekanntmachung vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen vom Dienstag, den 21. Juni 2022 (erster Tag) bis zum Montag, den 4. Juli 2022 (letzter Tag) veröffentlicht.

Ebenso liegt eine Ausfertigung dieses Erlaubnisbescheides vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen vom Dienstag, den 21. Juni 2022 (erster Tag) bis zum Montag, den 4. Juli 2022 (letzter Tag) beim Regierungspräsidium Kassel, Abteilung Umweltschutz, Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel, im Raum 847 aus und kann dort während der Dienststunden (Montag bis Freitag 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Freitag 8:00 Uhr bis 13:00 Uhr) nach vorheriger Terminvereinbarung (Tel.-Nr. 0561/106 4535) eingesehen werden.

Bei der Einsichtnahme sind die dann geltenden Hygieneregeln, wie die Einhaltung der Abstandsregeln und ggf. Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung zu beachten.

**Hinweis:**

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Die Klagefrist beginnt am Tage nach dem Ende der Auslegungsfrist am 5. Juli 2022 und läuft bis zum 4. August 2022.

Kassel, den 7. Juni 2022

**Regierungspräsidium Kassel**  
RPKS - 31.5-79 z 3401/4-2019/31

StAnz. 25/2022 S. 744

516

### Vorhaben der eno energy GmbH, Turnerweg 8, 01097 Dresden (Windpark Netra IV);

Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG

Die eno energy GmbH beabsichtigt, die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage (WEA) des Typs eno114 mit einer Nabenhöhe von 142 m, einem Rotordurchmesser von 114,9 m sowie einer Gesamthöhe von 199,45 m. Die Nennleistung der Anlage soll 3,5 MW betragen. Dafür wurde ein Vorbescheid nach § 9 BImSchG beantragt, in dessen Rahmen abschließend über die Genehmigungsvoraussetzungen hinsichtlich der Turbulenzauswirkungen sowie der Vereinbarkeit des Vorhabens mit der Regionalplanung zu entscheiden ist.

Das Vorhaben soll, in 37296 Ringgau, Gemarkung: Netra, Flur: 9, Flurstück 26 und 27 realisiert werden.

Für dieses Vorhaben (Vorbescheid) war nach § 1 Abs. 2 der 9. BImSchV zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da von dem geplanten Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Die Feststellung beruht auf folgenden Merkmalen des Vorhabens:

- Das Vorhaben liegt im Außenbereich der Gemeinde Ringgau, im Windvorranggebiet ESW\_35  
Bei der Fläche handelt es sich um eine landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche, welche an drei Seiten von Wald umgeben ist

- Im Windvorranggebiet ESW\_35 sind zwei Vorhaben kumulierend zu betrachten.

Dabei handelt es sich um die Vorhaben Windpark Netra I (Errichtung und Betrieb einer WEA; entschieden) und Windpark Netra II (Errichtung und Betrieb einer WEA, noch im Verfahren).

Für das Vorhaben ist daher eine standortbezogene Einzelfallprüfung durchzuführen

- Die kumulierend zu betrachtenden Vorhaben sind als Vorbelastung zu berücksichtigen
- Die Anlage grenzt in 1000 m Entfernung an die Ortschaft Netra und ca. 1,6 km Entfernung an die Ortschaft Rittmannshausen. Die nächstgelegene Wohnbebauung (außerhalb der geschlossenen Ortschaft) liegt in ca. 880 m Entfernung zur WEA WP Netra IV.
- Auswirkungen durch Schall und Schattenwurf können nicht ausgeschlossen werden, die Beeinträchtigungen werden aber als nicht erheblich eingestuft
- Die Anlagenstandorte (Netra I, Netra II und Netra IV) befinden sich außerhalb von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten, sowie außerhalb von Überschwemmungsgebieten
- Die Anlagen liegen außerhalb von Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, dass nächstgelegene Naturschutzgebiet ist das „NSG Graburg“, das nächste Vogelschutzgebiet ist die „Rendaer Höhe“. Zudem liegen die Anlagen außerhalb von FFH-Gebieten, dass nächstgelegene FFH-Gebiet ist das Gebiet „Kalkberge bei Röhrda und Weißenborn“.

Erhebliche Beeinträchtigungen auf die Erhaltungsziele der Schutzgebiete sind nicht gegeben.

- Im Umfeld der Anlagenstandorte befinden sich verschiedene geschützte Biotop, welche von dem Vorhaben aber nicht direkt betroffen sind
- Es handelt sich nicht um ein Gebiet, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen überschritten sind oder um ein Gebiet mit hoher Bevölkerungsdichte
- Erhebliche Auswirkungen auf Denkmäler, Denkmalensembles oder Bodendenkmäler können ausgeschlossen werden
- Die im Rahmen des Vorbescheids abschließend zu prüfenden Genehmigungsvoraussetzungen (Turbulenzauswirkungen und Vereinbarung mit der Regionalplanung) haben keine Umweltauswirkungen auf die Umgebung des Vorhabens
- Die überschlägige Prüfung der weiteren Genehmigungsvoraussetzungen hat ergeben, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben bestehen, erhebliche Beeinträchtigungen sind derzeit nicht zu erkennen, die abschließende Prüfung obliegt dem anschließenden Vollgenehmigungsverfahren

Insgesamt hat die Prüfung der möglichen Beeinträchtigungen auf die vorgenannten Schutzgüter ergeben, dass erhebliche Umwelteinwirkungen durch Errichtung und Betrieb der Anlage derzeit nicht zu erkennen sind und ausgeschlossen werden können.

Bad Hersfeld, den 8. Juni 2022

**Regierungspräsidium Kassel**  
**RPKS – 33.2-53 e 07 11/3-2019/4**

StAnz. 25/2022 S. 745

517

### Vorhaben der terranets bw GmbH, Theodor-Stern-Kai 1, 60596 Frankfurt am Main;

Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 UVPG

Die terranets bw GmbH beabsichtigt die Tieferlegung der Gas-hochdruckleitung 9505 von Hoheneiche nach Elliehausen (Werra-Meissner-Leitung) im Bereich der Querung des Vierbachs bei Reichensachsen (Km 3,253), die Beseitigung einer Minderdeckung ca. 300 m nördlich der Vierbachquerung (Km 3,550) mittels Ersatz eines Stützens durch ein Passstück sowie den Einbau eines Kompressoranschlusses an der Armaturengruppe Eschwege. Die Maßnahmen sind erforderlich, um die Mindestüberdeckung wiederherzustellen und den sicheren Leitungsbetrieb zu gewährleisten. Der Kompressoranschluss dient der Ersatzversorgung während der Sperrung des Leitungsabschnitts. Der Leitungsabschnitt der Bestandsleitung im Dükerbereich wird zurückgebaut.

Für dieses Vorhaben war zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die hier maßgebliche Prüfung nach § 9 Abs. 2 UVPG ergab, dass die Durchführung einer UVP nicht erforderlich ist.

Das Ergebnis ist darin begründet, dass die hier zu ändernde Freileitung ein Vorhaben nach Nr. 19.2.2 Anlage 1 zum UVPG und somit ein bestehendes, nach dem UVPG einzelfallprüfungspflichtiges Vorhaben ist. Eine UVP wurde für das bestehende Vorhaben bisher noch nicht durchgeführt.

Das hier gegenständliche Änderungsvorhaben ist nicht in der Anlage 1 zum UVPG gelistet.

Eine UVP-Pflicht für das Änderungsvorhaben selbst ist somit bereits von daher nicht gegeben.

Ebenso führt die Änderung nicht zu einem erstmaligen Erreichen oder Überschreiten des Größen- oder Leistungswertes für eine unbedingte UVP-Pflicht.

Hinsichtlich der Prüfung der Erforderlichkeit einer UVP ist somit der § 9 Abs. 2 Nr. 2 UVPG maßgeblich.

Die Änderung führt nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die, für die hier vorzunehmende allgemeine Einzelfallprüfung maßgeblichen Kriterien nach Anlage 3 UVPG.

Die Merkmale des Vorhabens lassen nach überschlägiger Prüfung anhand der Kriterien keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennen. Die Änderungen (Tieferlegung im Bereich der Vierbachquerung, Ersatz Stützen durch Passstück, Einbau Kompressoranschluss) sind kleinräumig und als geringfügig einzuschätzen. Der Betrieb der Leitung wird nicht geändert. Die Beeinträchtigungen sind im Wesentlichen während des Bauzeitraums zu erwarten und beschränken sich auf das unbedingt Notwendige.

Die bauzeitlichen Umweltwirkungen sind unter anderem Lärm- und Staubemissionen, die durch die eingesetzten Baumaschinen verursacht werden. Die rechtlichen Vorgaben werden hierbei eingehalten, so dass hinsichtlich des Schutzgutes Mensch keine erheblichen Umweltwirkungen zu erwarten sind.

Während der Bauzeit besteht zudem die Gefahr austretender Betriebsstoffe an den eingesetzten Geräten und Baumaschinen. Unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, der Sorgfaltspflicht und der guten fachlichen Praxis ist eine Gefährdung des Bodens bzw. des Grundwassers/der oberirdischen Gewässer nicht zu befürchten.

Für die Baustelleneinrichtung werden Flächen vorrübergehend befestigt durch Aufschotterung. Der zuvor abgeschobene Mutterboden (A-Horizont) wird seitlich gelagert. Nach Abschluss der

Bauarbeiten werden die Flächen wieder in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt bzw. können sich wieder regenerieren. Soweit Bodenverdichtungen im Rahmen der Baumaßnahme eintreten, so werden diese beispielsweise durch Tiefenlockerung beseitigt. Die Flächeninanspruchnahme wird auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt.

Die Baugruben werden nach Abschluss der Bauarbeiten wieder verfüllt. Die Vermischung der Bodenschichten wird vermieden, sodass auch hier keine erheblichen nachteiligen Umwelteinwirkungen eintreten.

Der Vierbach wird während der Baumaßnahme verrohrt, die beiden Enden dabei so abgedichtet, dass kein Wasser in die Baugrube eintritt. Bei geringer Wasserführung wird der Vierbach ggf. gestaut und über Pumpen um den Rohrgraben herumgeleitet. Dauerhaft verbleibende Schäden sind nicht zu erwarten. Erhebliche Beeinträchtigungen des Vierbachs sind insgesamt nicht zu erwarten.

Während der Bauphase ist eine Wasserhaltung im Bereich der Baugruben notwendig. Damit ist eine lokale Absenkung des Grundwasserspiegels verbunden. Nach Abschluss der Bauarbeiten kann sich der ursprüngliche Zustand wieder einstellen. Das abgepumpte Wasser sowie das Wasser aus der Druckprüfung wird gereinigt in den Vierbach eingeleitet. Das Wasser im Bereich der Minderdeckung wird alternativ gegebenenfalls per Wasserfass abgefahren. Insgesamt sind damit keine erheblichen nachteiligen Umwelteinwirkungen auf den Vierbach sowie die Grundwasserspiegel zu erwarten.

Im Bereich der Arbeitsflächen wird die Vegetation beseitigt. Auch die Ufervegetation am Vierbach wird dabei zum Teil entfernt. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt bzw. kann sich wieder einstellen. Die entfernten beiden Bäume aus dem Ufergehölzsaum werden nach Abschluss der Maßnahme durch Neupflanzungen vor Ort ersetzt. Die Erle kann wieder ausschlagen.

Auswirkungen auf die Fauna sind insgesamt temporär auf den Bauzeitraum beschränkt. In geringem Umfang können potenzielle Brutplätze beeinträchtigt werden. Weiterhin können Störungen der Fauna während der Bauarbeiten eintreten. Insgesamt sind diese Beeinträchtigungen jedoch als nicht erheblich zu bewerten.

Auswirkungen auf das Landschaftsbild sind lediglich während des Bauzeitraums zu erwarten und insgesamt als gering zu bewerten.

Die Maßnahme liegt nicht innerhalb der in Nr. 2.3 Anlage 3 UVPG genannten Schutzgebiete und hat auch keine Auswirkungen auf Schutzgebiete in räumlicher Nähe. Gleiches gilt für die weiteren genannten Schutzgüter wie Naturdenkmäler, geschützte Landschaftsbestandteile, Denkmäler usw. mit Ausnahme der folgenden:

Die Maßnahmen liegen im Überschwemmungsgebiet der Wehre. Während des Bauzeitraums stellen insbesondere die Bodenmieten ein Abflusshindernis dar. Nach Abschluss der Bauarbeiten verbleiben keine Beeinträchtigungen des Hochwasserabflusses. Die Beeinträchtigung während des Bauzeitraums ist als gering zu bewerten.

Des Weiteren wird das gesetzlich geschützte Biotop 885 „Ufergehölze am Vier-Bach nordwestliche Reichensachsen“ in geringem Maße in Anspruch genommen. Durch die vorgesehenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen wird eine nachhaltige Beeinträchtigung vermieden, die entnommenen Bäume durch Pflanzungen ersetzt. Die Beeinträchtigung des Biotops ist als gering zu bewerten.

Insgesamt sind unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen durch das Vorhaben keine erheblichen Umwelteinwirkungen zu erwarten, sodass keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese Feststellung ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Bad Hersfeld, den 7. Juni 2022

**Regierungspräsidium Kassel**  
RPKS - 33.2-78 z 01/1-2022/1

*StAnz. 25/2022 S. 745*

**518**

### **Erlöschen der „Kulturstiftung Klosterkirche Nordshausen“ mit Sitz in Kassel**

Die nach § 88 BGB in Verbindung mit den §§ 47 bis 53 BGB erforderliche Liquidation der „**Kulturstiftung Klosterkirche Nordshausen**“ wurde von mir für abgeschlossen erklärt.

Die Stiftung ist erloschen.

Kassel, den 31. Mai 2022

**Regierungspräsidium Kassel**  
41 - 25 d 04/11 – (1) – 66

*StAnz. 25/2022 S. 746*

**519**

### **Genehmigung der Änderung und Neufassung der Stiftungsverfassung der Stiftung „Diakonie in Edermünde“ mit Sitz in Edermünde**

Die vom Vorstand in seiner Sitzung am 6. April 2022 beschlossene Änderung und Neufassung der Stiftungsverfassung wird hiermit nach § 9 Absatz 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes (HStG) vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der zurzeit gültigen Fassung genehmigt.

Kassel, den 3. Juni 2022

**Regierungspräsidium Kassel**  
41 - 25 d 04/11 (5) – 23

*StAnz. 25/2022 S. 746*

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

2022

Montag, 20. Juni 2022

Nr. 25

## Güterrechtsregister

**131**

**212 GR 3187** – Eheleute Jürgen Gräf, geboren am 2.9.1965 und Silke Gräf geborene Petri, geboren am 7.1.1965, beide wohnhaft Burkhardtsfelder Straße 8, 35447 Reiskirchen. Durch Ehevertrag vom 2.6.2022 ist Gütertrennung vereinbart. Auf etwa bereits entstandene Ansprüche auf Ausgleich des Zugewinns wird verzichtet.

Gießen, den 9. Juni 2022

Amtsgericht

## Liquidationen

**132**

Der Verein **FC Südringgau Devils 1999** ist aufgelöst. Evtl. Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche gegen den Verein bei einem der Liquidatoren, Ronny Schlägel, Nordstr. 24, 37293 Herleshausen; Heiko Schmidt, Bahnhofstr. 6, 37293 Herleshausen; Lars Gisselmann, Eisfeld 16, 37293 Herleshausen, anzumelden.

Herleshausen, den 3. Juni 2022

Die Liquidatoren

**133**

Der Verein **Mittelaltergruppe Westera e. V.** ist aufgelöst. Evtl. Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche gegen den Verein beim Liquidator, Friedrich-Wilhelm Wille, Auf der Weide 11, 37215 Witzenhausen, anzumelden.

Bad Sooden-Allendorf, den 7. Juni 2022

Der Liquidator

**134**

Der **Förderverein Mönchebergschule** ist aufgelöst. Die Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren, Peter, Anke, Neißeweg 12, 34314 Espenau, Rott-Schaberick, Manuela, Eichholzweg 17, 34132 Kassel, anzumelden.

Kassel, den 10. Juni 2022

Die Liquidatoren

**135**

Der Verein **Association of American-German Business Clubs e. V.** Frankfurt a. M. ist aufgelöst. Eventuelle Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem Liquidator, Herrn Barry Swanson, Karl Straße 20, 69117 Heidelberg, anzumelden.

Frankfurt am Main, den 10. Juni 2022

Der Liquidator

## Andere Behörden und Körperschaften

### Öffentliche Bekanntmachung des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain

#### Änderung des Regionalplanes Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplanes 2010

##### Genehmigungsbekanntmachung

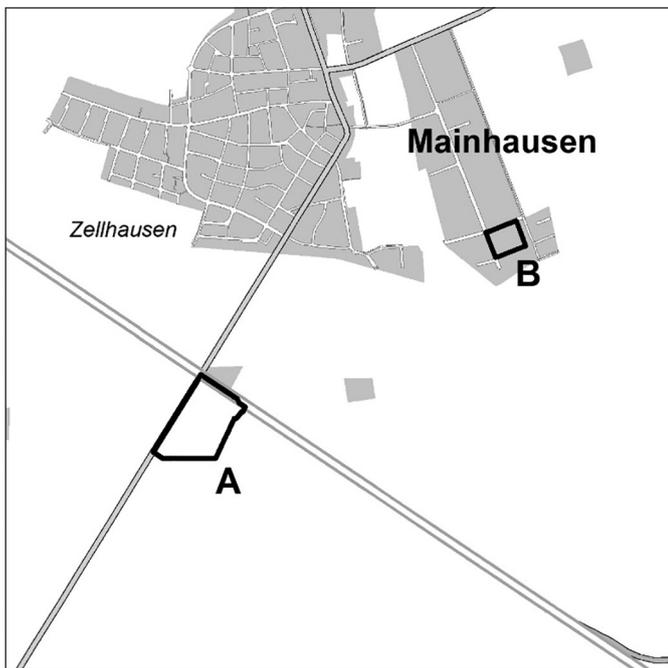
Aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 205 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 8 Abs. 1 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main hat die Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain in ihrer Sitzung am 15. Dezember 2021 die

**2. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010, für die **Gemeinde Mainhausen**, Ortsteil Zellhausen

Gebiet: „Recyclingzentrum ehemalige Sandgrube und Ostring 30/Fa. Höfling“

beschlossen.

Der Änderungsbereich kann folgender Skizze entnommen werden:



Der Regionalplan Südhessen/Regionale Flächennutzungsplan 2010 für diese Teilfläche wurde vom Regierungspräsidium Darmstadt gemäß § 6 Abs. 1 BauGB durch Bescheid vom 19. Mai 2022 (Az. RPDA - Dez. III 31.2-61 d 02.12/4-2021/3) genehmigt.

Der genehmigte Regionalplan Südhessen/Regionale Flächennutzungsplan 2010 kann, mit Begründung, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung beim Regionalverband FrankfurtRheinMain, Poststraße 16, 60329 Frankfurt am Main, gemäß § 6 Abs. 5 Satz 3 BauGB während der allgemeinen Dienststunden sowie im Internet auf [www.region-frankfurt.de/archiv](http://www.region-frankfurt.de/archiv) eingesehen werden. Über seinen Inhalt wird Auskunft erteilt.

Mit dieser Bekanntmachung wird der Regionalplan Südhessen/Regionale Flächennutzungsplan 2010 für diese Teilfläche rechts-wirksam.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Regionalverband FrankfurtRheinMain unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Frankfurt am Main, den 8. Juni 2022

**Regionalverband FrankfurtRheinMain**  
gez. Thomas Horn  
Verbandsdirektor

### Änderung der Satzung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Die Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale hat am 30. März 2022 nach Anhörung des Verwaltungsrates die Satzung der Bank vom 14. November 1990 (Hess. StAnz. vom 24. Dezember 1990, S. 2902) – zuletzt geändert gemäß Veröffentlichung im Hess. StAnz. vom 1. November 2021, S. 1395; Thür. StAnz. vom 1. November 2021, S. 1796-1797 – geändert.

Die Genehmigung der Satzungsänderung erfolgte mit Schreiben vom 27. April 2022 durch das Thüringer Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. Die Änderungen der Satzung werden nachfolgend bekannt gemacht.

#### § 13 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

Die Mitglieder des Vorstandes nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates beratend teil. Der Vorsitzende kann nach Maßgabe der Geschäftsordnung andere sachverständige Personen einladen. Wird der Abschlussprüfer als Sachverständiger zugezogen, nimmt der Vorstand an dieser Sitzung nicht teil, es sei denn, der Verwaltungsrat oder der Ausschuss achtet seine Teilnahme für erforderlich.

Frankfurt am Main, den 3. Juni 2022

**Landesbank Hessen-Thüringen**  
Girozentrale

### Öffentliche Bekanntmachung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Gemäß § 4 der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen geben wir nachstehend Zeit, Ort und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen bekannt. Gleichzeitig wird diese Bekanntmachung unter der Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen“ auf der Homepage des LWV Hessen (<https://www.lwv-hessen.de>) veröffentlicht.

#### Tagesordnung

für die 6. Sitzung des

#### Haushalts- und Finanzausschusses

der XVII. Verbandsversammlung des

Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

am 27. Juni 2022, um 11:00 Uhr, Festsaal,

Vitos Gießen-Marburg gGmbH, Licher Straße 106,

35394 Gießen

1. **Mitteilungen**
  - a) des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses
  - b) des Verwaltungsausschusses
2. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen am 2. März 2022 und 9. März 2022**
3. **Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht 2020 des LWV Hessen, Gesamtabschluss und Konsolidierungsbericht 2020 des LWV Hessen sowie Schlussbericht Teil I bis III 2020 der Revision des LWV Hessen**
- 3.1 **Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht 2020 des LWV Hessen sowie Schlussbericht Teil I, Teil II und Teil III der Revision des LWV Hessen; ergänzende Mitteilung**
4. **Aufstellung des Jahresabschlusses 2021 des LWV Hessen**
5. **Konzept Wohnflächen- und Wohnraumstrategie 2030**
6. **Finanzstatusbericht zum 31. Dezember 2021 und Liquiditätsbericht zum 31. Dezember 2021**
7. **Verschiedenes**

Kassel, den 8. Juni 2022

**Landeswohlfahrtsverband Hessen**

Dr. Hans Heuser  
Vorsitzender des Haushalts- und  
Finanzausschusses

## Öffentliche Bekanntmachung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Gemäß § 4 der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen geben wir nachstehend Zeit, Ort und Tagesordnung der nächsten gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen bekannt. Gleichzeitig wird diese Bekanntmachung unter der Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen“ auf der Homepage des LWV Hessen (<https://www.lwv-hessen.de>) veröffentlicht.

**Tagesordnung**  
für die gemeinsame Sitzung des  
**Haushalts- und Finanzausschusses und**  
**des Ausschusses für Soziales**  
der XVII. Verbandsversammlung des  
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen  
**am 27. Juni 2022, um 11:30 Uhr, Festsaal,**  
**Vitos Gießen-Marburg gGmbH, Licher Straße 106,**  
**35394 Gießen**

1. **Mitteilungen**
  - a) des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses
  - b) des Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales
2. **des Verwaltungsausschusses**
3. **Eckwerte für die Haushaltsplanung 2023**
4. **Zwischenbericht Controlling per 31. Dezember 2021**
5. **Zwischenbericht Controlling per 31. März 2022**
6. **Schaffung einer Beteiligungssatzung und Einrichtung eines Bürgerrats Eingliederungshilfe beim Landeswohlfahrtsverband Hessen**
7. **Verschiedenes**

Kassel, den 8. Juni 2022

**Landeswohlfahrtsverband Hessen**  
Dr. Hans Heuser  
Vorsitzender des Haushalts- und  
Finanzausschusses  
Bardo Bayer  
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales

## Öffentliche Bekanntmachung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Gemäß § 4 der Hauptsatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen geben wir nachstehend Zeit, Ort und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen bekannt. Gleichzeitig wird diese Bekanntmachung unter der Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen“ auf der Homepage des LWV Hessen (<https://www.lwv-hessen.de>) veröffentlicht.

**Tagesordnung**  
für die 6. Sitzung des  
**Ausschusses für Soziales**  
der XVII. Verbandsversammlung des  
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen  
**am 27. Juni 2022, um 12:30 Uhr, Festsaal,**  
**Vitos Gießen-Marburg gGmbH, Licher Straße 106,**  
**35394 Gießen**

1. **Mitteilungen**
  - a) des Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales
  - b) des Verwaltungsausschusses
2. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen am 3. März und 9. März 2022**
3. **Prüfauftrag zur Durchführung eines Modellprojektes zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei**
4. **„Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb“ – Umsetzungsstand 31. Dezember 2021**
5. **Bericht zur Umsetzung des Hessischen Perspektivprogramms zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen 2020 (HePAS 2020) – Stand 31. Dezember 2021**
6. **Betriebswirtschaftliches Monitoring für die hessischen Inklusionsbetriebe; Gesamtbericht für die Zeit vom 1. Januar 2018 - 30. Juni 2021**
7. **Verschiedenes**

Kassel, den 9. Juni 2022

**Landeswohlfahrtsverband Hessen**  
Bardo Bayer  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Soziales

## Stellenausschreibungen

■ REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
DARMSTADT

HESSEN

■ VON A BIS Z

*für Sie da.*



■ Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das **Dezernat IV/Wi 43.2 „Immissionsschutz (Energie, Chemie, Abfall)“** eine/einen:

■ **Maschinenbauer/in, Chemieingenieur/in, Umwelt-, Verfahrens- oder Energietechniker/in (Bachelor)**

Die Einstellung erfolgt als Beschäftigte oder Beschäftigter nach EG 10 TV-H und ist unbefristet. Eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis ist bei Vorliegen der Voraussetzungen möglich. Eine Einversetzung von anderen Dienststellen ist bis zur Bes.Gr. A 11 HBesG möglich.

Das Aufgabengebiet umfasst u. a. Genehmigungsverfahren und die Überwachung von Anlagen aus den Bereichen Energie (wie z.B. Kraftwerke, Windenergieanlagen), Abfall und Gefahrstofflagerung.

**Sie sind interessiert?** Dann finden Sie weitere Informationen zu der Stelle samt detaillierter Beschreibung des Aufgabenprofils sowie Angaben zu dem Regierungspräsidium Darmstadt als Arbeitgeber unter [www.rp-darmstadt.hessen.de](http://www.rp-darmstadt.hessen.de) in dem Verzeichnis „Über uns – Karriere im RP – Stellenangebote“. Sollten Sie keinen Zugriff auf das Internet haben, können Sie den vollständigen Ausschreibungstext unter der Telefonnummer 06151/125684 anfordern.



■ REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
DARMSTADT

HESSEN

■ VON A BIS Z

*für Sie da.*



■ Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt am **Standort Wiesbaden (mit Einsatz im Überwachungsbereich Südhessen)** für das **Dezernat VI 68 „Landesgewerbeamt, Fachzentrum für medizinischen Arbeitsschutz“** eine/einen:

■ **Bachelor Krankenhaushygiene, Medizin- und Gesundheitstechnologie, Biomedizinische Technik, Medizinisches Management oder Umwelthygiene- und Sicherheitsingenieurwesen**

Die Einstellung erfolgt als Beschäftigte oder Beschäftigter nach EG 10 TV-H und ist unbefristet. Eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis ist bei Vorliegen der Voraussetzungen möglich. Eine Einversetzung von anderen Dienststellen ist bis zur Bes.Gr. A 11 HBesG möglich.

Das Aufgabengebiet umfasst u.a. die Überwachung des sozialen, medizinischen und technischen Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Betrieben des Gesundheitswesens, die Durchführung von Betriebsbesichtigungen sowie die Sicherstellung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

**Sie sind interessiert?** Dann finden Sie weitere Informationen zu der Stelle samt detaillierter Beschreibung des Aufgabenprofils sowie Angaben zu dem Regierungspräsidium Darmstadt als Arbeitgeber unter [www.rp-darmstadt.hessen.de](http://www.rp-darmstadt.hessen.de) in dem Verzeichnis „Über uns – Karriere im RP – Stellenangebote“. Sollten Sie keinen Zugriff auf das Internet haben, können Sie den vollständigen Ausschreibungstext unter der Telefonnummer 06151/12 5293 anfordern.



REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
DARMSTADT

HESSEN

VON A BIS Z

für Sie da.



Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt am **Standort Frankfurt** für die Dezernate **VI 63** „Marktüberwachung Produkt- und Chemikaliensicherheit, Heimarbeit“ **VI 64** „Arbeitsschutz Frankfurt“ und **VI 65** „Arbeitsschutz Frankfurt, Sprengstoffrecht“ drei:

**Ingenieurinnen / Ingenieure (Bachelor) der Studien-/ Fachrichtung Elektrotechnik, Maschinenbau, Mechatronik, Technische Chemie, Chemische Verfahrenstechnik, Sicherheitstechnik**

Die Einstellung erfolgt als Beschäftigte/Beschäftigter nach E 10 TV-H und ist unbefristet; einschlägige Berufserfahrung kann bei der Stufenzuordnung berücksichtigt werden. Eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis ist bei Vorliegen der Voraussetzungen möglich. Einversetzungen von anderen Dienststellen sind bis A 11 HBesG möglich.

Das Aufgabengebiet umfasst u. a. die Überwachung von Betrieben unterschiedlicher Branchen hinsichtlich des technischen, sozialen und betriebsorganisatorischen Arbeitsschutzes und die eigenverantwortliche Durchführung von Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren (z.B. nach der Betriebssicherheitsverordnung).

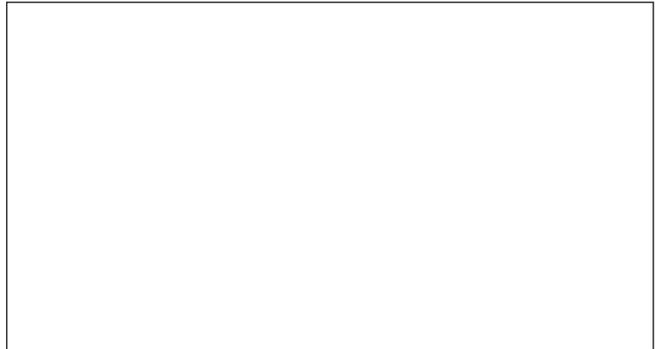
**Sie sind interessiert?** Dann finden Sie weitere Informationen zu der Stelle samt detaillierter Beschreibung des Aufgabenprofils sowie Angaben zu dem Regierungspräsidium Darmstadt als Arbeitgeber unter [www.rp-darmstadt.hessen.de](http://www.rp-darmstadt.hessen.de) in dem Verzeichnis „Über uns – Karriere im RP – Stellenangebote“. Sollten Sie keinen Zugriff auf das Internet haben, können Sie den vollständigen Ausschreibungstext unter der Telefonnummer 06151/12 5293 anfordern.



**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Verlag: Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Wolters-Kluwer-Straße 1, 50354 Hürth, Telefon: (02233) 3760-7000, Fax: (02233) 3760-7201, [www.wolterskluwer.de](http://www.wolterskluwer.de), Kundenservice: Telefon (02631) 801-2222, E-Mail: [info-wkd@wolterskluwer.com](mailto:info-wkd@wolterskluwer.com). Jahresabonnement Print: 48,50 € zzgl. 36,40 € Porto und Verpackung (jew. inkl. MwSt.). Bankverbindung: Bankkonto Deutsche Bank AG, Neuwied BLZ 574 700 47, Konto-Nr. 2 028 850. Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Wochen zum 30.6. und 31.12. möglich. Einzelverkaufspreis: 2,50 € zzgl. 2,50 € inkl. MwSt. Porto und Verpackung (jew. inkl. MwSt.). Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Ministerialrätin Rahela Welp; Redaktion: Birgit Stock, Telefon: 0611 353-1682; Anzeigen des „Öffentlichen Anzeigers“: Gabriele Wieneber (Anzeigenverkauf), Telefon: (02233) 3760-7608, [anzeigen-staatsanzeiger@wolterskluwer.com](mailto:anzeigen-staatsanzeiger@wolterskluwer.com); Anja Bottner

(Anzeigendisposition), Telefon (02233) 3760-7697, Gabriele Wieneber (Anzeigendisposition), Telefon (02233) 3760-7608, [anzeigen-staatsanzeiger@wolterskluwer.com](mailto:anzeigen-staatsanzeiger@wolterskluwer.com). Chefin vom Dienst: Annette Baier, Telefon: (02233) 3760-7975, [redaktion-staatsanzeiger@wolterskluwer.com](mailto:redaktion-staatsanzeiger@wolterskluwer.com); Druck: Lotos Poligrafia Sp. z o.o., Warszawa, Polen. Redaktionsschluss für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12:00 Uhr, Anzeigenschluss: jeweils freitags, 12:00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6 vom 1. Januar 2022.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 25 vom 20. Juni 2022 beträgt 48 Seiten.



Die Einhardstadt Seligenstadt sucht eine

**Fachkraft (m/w/d) für den Aufgabenbereich  
Straßenverkehrsangelegenheiten**

- Die Eingruppierung erfolgt nach Entgeltgruppe 9c TVöD.
- Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet in Vollzeit.
- Teilzeitbeschäftigung ist unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse möglich.

**Die vollständige Stellenausschreibung finden Sie  
auf unserer Internetseite unter:**

**[www.seligenstadt.de/stellenausschreibungen](http://www.seligenstadt.de/stellenausschreibungen)**



Zur Leitung unseres Teams suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt

**Teamleitung (m/w/d) der Abteilung Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen beim Bürger- und Ordnungsamt**

bis zur A 11 HBesG bzw. EG 11 TVöD,  
Vollzeit und Teilzeit, unbefristet

**Kennziffer: 1/165w3**

Auf unserem Online-Bewerbungsportal auf <https://karriere.darmstadt.de/stellenangebote.html> finden Sie die ausführlichen Stellenausschreibungen sowie weitere tagesaktuelle Stellenangebote. Bewerben Sie sich noch heute!

**Wissenschaftsstadt Darmstadt  
Der Magistrat  
– Personalabteilung –**

